



**HDI**

Das ist Versicherung.

Nr. 6 / Dezember 2015 / 35. Jahrgang

**GI aktuell**

Informationen für wirtschaftsprüfende, rechts- und steuerberatende Berufe

## Inhalt

<b>Editorial</b>	<b>161</b>	<b>Versicherungsschutz</b>	<b>175</b>
<b>GI Entscheidungen</b>	<b>162</b>	Steuerberater als Treuhandkommanditist / Bindungswirkung des Haftpflichtprozesses / Aufsichtsführende Treuhandtätigkeit / Handlungsspielräume / Eigene Anteile (OLG Köln, Urt. v. 2.6.2014 – 9 U 157/13)	
<b>GI Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis</b>	<b>189</b>	<b>Anwaltschaftung</b>	<b>176</b>
<b>GI Literatur-Ecke</b>	<b>192</b>	Restschuldbefreiung des Mandanten / Versäumter eigener Insolvenzantrag / Schaden / Kausalität / Verjährung (OLG Düsseldorf, Urt. v. 2.8.2012 – 24 U 110/11)	
<b>Notarhaftung</b>	<b>162</b>	<b>Anwaltschaftung</b>	<b>183</b>
Kenntnisabhängige Verjährung / Komplexe Grundbuchvorgänge (BGH, Urt. v. 11.9.2014 – III ZR 217/13)		Kanzleiabwickler / Überblick über die Geschäftskonten / Fremdgelder / Sicherungsmaßnahmen (AG Marl, Urt. v. 11.9.2014 – 24 C 492/13)	
<b>Honorar des Steuerberaters</b>	<b>166</b>	<b>Rechtsdienstleistung des Steuerberaters</b>	<b>186</b>
Pauschalhonorar / Kündigung des Steuerberatungsvertrages / Vergütungsanspruch / Abrechnung ausgeführter Arbeiten (BGH, Urt. v. 22.5.2014 – IX ZR 147/12)		Erstfeststellung nach Schwerbehindertenrecht / „Rechtliche Prüfung“, § 2 RDG? / Nebenleistung, § 5 RDG / Antragsverfahren / Widerspruchsverfahren (BSG, Urt. v. 14.11.2013 – B 9 Sb 5/12 R)	
<b>Versicherungsschutz</b>	<b>168</b>		
Mittelverwendungskontrolle / Wesentliche Pflichtverletzung / Keine Einrichtung eines Sonderkontos / Prospektwidrigkeiten (OLG München, Urt. v. 17.9.2015 – 23 U 1751/14)			
<b>Steuerberaterhaftung</b>	<b>171</b>		
Umsatzsteuer / Berufsbetreuer / Kenntnis der Rechtsprechung (OLG Naumburg, Urt. v. 27.8.2015 – 4 U 90/14)			

# Aus aktuellem Anlass.



**Jetzt zugreifen!**

Schiffrers/Theile **Bilanzrecht der GmbH**  
BilRUG, Handels- und Steuerbilanz, Konzernbilanz, GmbH und GmbH & Co. KG. Bearbeitet von WP, StB Prof. Dr. Joachim Schiffrers und Prof. Dr. Carsten Theile. 2016, rd. 850 Seiten  
Lexikonformat, brosch. 99,- €. ISBN 978-3-504-32202-1

Das komplette Bilanzrecht der mittelständischen GmbH und GmbH & Co. KG samt BilRUG in einem Band.

Eine umfassende systematische Darstellung der Rechnungslegung mit ihren rechtsformspezifischen Besonderheiten problem- und entscheidungsorientiert aufbereitet. Mit vielen Beispielen, Beratungs- und Gestaltungshinweisen. Und sämtlichen Neuerungen aufgrund des BilRUG, die sich durch das gesamte Rechtsgebiet ziehen, an Ort und Stelle eingearbeitet.

Aus aktuellem Anlass – das BilRUG wird sich ab 2016 in den Bilanzen massiv auswirken – haben die erfahrenen Autoren dieses Praxisbuch als einmalige Sonderausgabe aus dem GmbH-Handbuch herausgebracht.

Schiffrers/Theile, Bilanzrecht der GmbH. Probe lesen und bestellen bei [www.otto-schmidt.de/stgh](http://www.otto-schmidt.de/stgh)

**otto schmidt**

## Editorial

### Liebe Leserin, lieber Leser,

Rafael Meixner  
Rechtsanwalt



Seit jeher gilt für den Bereich der **Notarhaftung** die **kenntnis-abhängige Verjährung**. Der BGH bejaht – wie auch bei der Haftung von Rechtsanwälten und Steuerberatern – nur äußerst zurückhaltend das Eingreifen der Verjährungseinrede. Die Übermittlung einer Eintragungsnachricht des Grundbuchsamts kann zwar bei einfach gelagerten Sachverhalten den Beginn der Verjährung in Gang setzen. Dies soll aber nicht bei der Übersendung einer **Veränderungsmitteilung** gelten, wenn es um komplexe, wenig überschaubare Grundstücksvorgänge geht.

Das OLG Naumburg hatte sich mit der Haftung eines **Steuerberaters** zu befassen. Ihm wurde zum Vorwurf gemacht, die Rechtsprechungsänderung hinsichtlich der **Umsatzsteuerbefreiung von Berufsbetreuern** nicht zur Kenntnis genommen und keinen Rat zu Rechtsbehelfen erteilt zu haben. Im Jahre 2006 bestand nach Auffassung des Senats aber für ihn noch kein Anlass, an der Gemeinschaftswidrigkeit der damaligen gesetzlichen Regelungen zu zweifeln. Ob sich der Mandant seinerzeit bei entsprechendem Rat überhaupt zu einer kosten-trächtigen finanzgerichtlichen Klage mit unbekanntem Verfahrensausgang entschlossen hätte, konnte offen bleiben.

In dem vom AG Marl entschiedenen Fall hatte ein als Abwickler tätiger **Rechtsanwalt** nicht erkannt, dass in der abzuwickelnden Kanzlei nur Geschäftskonten und kein separates **Fremdgeldkonto** geführt wurden. Auf dem Geschäftskonto eingehende Fremdgelder wurden deshalb mit dem negativen Saldo verrechnet. Das AG Marl entschied, dass sich der Rechtsanwalt innerhalb von 14 Tagen ab Übernahme der Kanzleiabwicklung einen Überblick über diesen Missstand zu verschaffen und Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen hat.

In dem vom OLG München entschiedenen Fall war bei einem Fonds laut Anlage-Prospekt ein Sonderkonto einzurichten, über das die Fonds-Gesellschaft und der **Mittelverwendungskontrolleur** nur gemeinsam verfügen konnten. Tatsächlich bestand aber ein solches Konto nicht. Der Senat bestätigte den Ausschluss des Versicherungsschutzes für den als Mittelverwendungskontrolleur tätigen Wirtschaftsprüfer wegen Vorliegens einer **wissentlichen Pflichtverletzung**. Dass der Wirtschaftsprüfer von den Anlegern auf Ersatz des **Zeichnungsschadens** in Anspruch genommen wurde, sei unerheblich.

Ich wünsche Ihnen eine besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Rutsch ins neue Jahr.

A handwritten signature in black ink, reading 'Rafael Meixner'. The signature is fluid and cursive, with a long horizontal stroke at the end.

Rafael Meixner

## Notarhaftung

- Kenntnisabhängige Verjährung
- Komplexe Grundbuchvorgänge  
(BGH, Urt. v. 11.9.2014 – III ZR 217/13)

### Leitsätze:

1. Im Bereich der Notarhaftung kann die Übermittlung einer Eintragungsnachricht des Grundbuchamts im Einzelfall – insbesondere in sehr einfach gelagerten Sachen – für die Erfüllung der subjektiven Voraussetzungen des Verjährungsbeginns nach § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB (Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis von einer Amtspflichtverletzung des Notars) ausreichen.

2. Geht es jedoch um komplexe, für den Geschädigten schwer überschaubare Grundbuchvorgänge, so kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass dieser mit der Übersendung einer Veränderungsmitteilung zugleich Kenntnis von einer Amtspflichtverletzung des Notars erlangt oder diesbezüglich fortan grob fahrlässig keine Kenntnis hat.

3. Zu den Amtspflichten des Notars bei der Beurkundung des Verkaufs von Grundstücksteilflächen und ihrer Lastenfreistellung. ■

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger nimmt mit seiner im November 2011 eingereichten und am 14.12.2011 zugestellten Klage die beklagten Notare aus eigenem Recht sowie aus abgetretenem Recht seines Bruders (im Folgenden: Zedent) aus dem Gesichtspunkt der notariellen Amtshaftung (§ 19 Abs. 1 BNotO) auf Schadenersatz in Anspruch.

Der Kläger und der Zedent waren im Wege der Übereignung durch ihren Vater Eigentümer des Grundbesitzes in R., Flur 7, Flurstücke 107, 71/1 und 71/2 geworden. Dieser Grundbesitz war in Abteilung III des Grundbuchs mit mehreren Grundpfandrechten belastet. Den ersten Rang hatte eine zugunsten von H. G. S. eingetragene Sicherungshypothek über 421.064,49 DM, die an den Kläger und an den Zedenten abgetreten war (Grundpfandrecht III/5). Sodann folgten eine Buchgrundschuld über 200.000 DM zugunsten des Klägers und des Zedenten (Grundpfandrecht III/8), eine Buchgrundschuld über 100.000 DM zugunsten der damaligen Lebensgefährtin ihres Vaters, der Rechtsanwältin D.-H. (Grundpfandrecht III/12), und sechs weitere Grundpfandrechte (Grundpfandrechte III/13, III/15, III/16, III/18, III/19 und III/20).

Der Kläger und der Zedent beabsichtigten im Jahre 2005, noch zu vermessende Grundstücksteilflächen an verschiedene Käufer zu veräußern und einen Teil des Grundbesitzes für sich zu behalten, um ihn später selbst zu bebauen.

Am 19.8.2005 beurkundete der Beklagte zu 2) einen Vertrag über den Verkauf von drei noch zu vermessenden Teilflächen des Grundbesitzes an dritte Käufer. Als Verkäufer verpflichteten

sich der Kläger und der Zedent, sämtliche in Abteilung III des Grundbuchs eingetragenen Rechte zur Löschung zu bringen (§§ 1, 7 Nr. 1). Dementsprechend bewilligten und beantragten die Kaufvertragsparteien die Löschung sämtlicher Rechte in Abteilung III des Grundbuchs nach Maßgabe der Bewilligungen der Berechtigten (§ 11).

Im September 2005 übersandte die Berechtigte des Grundpfandrechts III/12, Rechtsanwältin D.-H., den Beklagten treuhänderisch (nach Erhalt von 20.000 EUR aus dem Kaufpreis) eine umfassende und uneingeschränkte Löschungsbewilligung. Diese verlangte sie im Oktober 2005 wieder zurück, weil sie ihre Löschungsbewilligung auf die verkauften Teilflächen des Grundbesitzes beschränken wollte. Der Beklagte zu 2) entsprach dieser Bitte und übermittelte der Rechtsanwältin zugleich ein von ihm vorbereitetes Schriftstück, mit dem diese die Pfandfreigabe für die verkauften Grundstücksteilflächen erklärte. Hierüber wurde nach der Behauptung der Beklagten der Vater der Verkäufer (als deren „Verhandlungsführer“) unterrichtet, unstreitig aber nicht der Kläger und der Zedent.

Nachdem sich hinsichtlich der Grundpfandrechte III/18 und III/19 Probleme bei der Beschaffung der Löschungsbewilligungen ergeben hatten, beurkundete der Beklagte zu 1) am 17.11.2005 einen Nachtrag zum Kaufvertrag; zu der hinsichtlich der Löschungsbewilligung für das Grundpfandrecht III/12 zwischenzeitlich vorgenommenen Beschränkung verhält sich der Vertrag nicht. Nach Vermessung und Neuparzellierung der verkauften Teilflächen wurde der Kaufvertrag vollständig durchgeführt.

Mit Schreiben vom 29.11.2006 übersandte das Grundbuchamt dem Beklagten zu 2) eine insgesamt 11 Seiten umfassende Eintragungsbenachrichtigung. Diese leitete der Beklagte zu 2) mit Schreiben vom 30.11.2006 an den Kläger und an den Zedenten weiter.

In der folgenden Zeit errichteten der Kläger und der Zedent auf dem in ihrem Eigentum verbliebenen Teil des Grundbesitzes ein Wohnhaus und eine Betriebshalle.

Infolge der umfassenden Löschungsbewilligungen des Klägers und des Zedenten (für die Grundpfandrechte III/5 und III/8) und der beschränkten Pfandfreigabe der Rechtsanwältin D.-H. rückte das Grundpfandrecht III/12 für den nicht veräußerten Teil des Grundbesitzes an den ersten Rang. Aus dem Grundpfandrecht III/12 wird derzeit im Wege der Zwangsversteigerung in den Grundbesitz vollstreckt.

Der Kläger hat geltend gemacht, die Beklagten hätten ihre Pflicht verletzt, ihn und den Zedenten über die Möglichkeit einer nur teilweisen Löschung der Grundpfandrechte (im Wege einer auf die veräußerten Teile des Grundbesitzes beschränkten Pfandfreigabe) zu belehren. Von der eingeschränkten Löschungsbewilligung der Rechtsanwältin D.-H. hätten der Kläger und der Zedent nichts erfahren. Gleiches gelte für ihren Vater, der im Übrigen auch nicht ihr Verhandlungsführer gewesen sei und dessen Kenntnis sie sich daher auch nicht zurechnen lassen müssten.

Der Beklagte zu 1) hat seine Passivlegitimation in Abrede gestellt. Beide Beklagten haben eine Pflichtverletzung verneint und unter Hinweis darauf, dass der Kläger und der Zedent bereits durch die Übersendung der Eintragungsbenachrichtigungen vom Fortbestand der Grundschuld auf dem zurück-behaltenen Grundstücksteil Kenntnis erlangt hätten, die Einrede der Verjährung erhoben. Der Kläger hält dem entgegen, dass er und der Zedent erst durch eine Mitteilung des AG M. vom 6.4.2010, wonach aus der Grundschuld in ihr Grundeigentum vollstreckt werden soll (Antrag auf Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung der Grundschuldbestellungsurkunde), von dem Fortbestehen dieses Rechts erfahren hätten.

Die vom Beklagten zu 2) übermittelten Eintragungsbekanntmachungen hätten sie zwar durchgeblättert, aber im Vertrauen darauf, dass eine etwa erforderliche Prüfung bereits von den Beklagten vorgenommen worden sei, nicht im Detail geprüft; auch im Nachhinein hätten sie diesen Bekanntmachungen keinen „verstehbaren“ Hinweis auf das teilweise Weiterbestehen der Grundschuld entnehmen können.

Das LG hat die Klage abgewiesen. Die hiergegen eingelegte Berufung des Klägers ist ohne Erfolg geblieben. Mit seiner vom erkennenden Senat zugelassenen Revision verfolgt der Kläger seine Klage weiter. ■

#### Aus den Gründen:

Die Revision ist begründet. Sie führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I. Das Berufungsgericht hat angenommen, dass zumindest der Beklagte zu 2) seine notariellen Amtspflichten verletzt habe. Eine Verletzung der betreuenden Belehrungspflicht nach §§ 14, 24 BNotO sei darin zu sehen, dass der Kläger und der Zedent nicht hinreichend über die Bedeutung und die Folgen der Abgabe einer unbeschränkten Löschungsbewilligung belehrt worden seien. Es hätte auch die Möglichkeit bestanden, im Kaufvertrag vom 19.8.2005 eine Regelung zu schaffen, wonach seitens der Grundpfandgläubiger die Erteilung einer auf die zu übertragenden Grundstücksteile beschränkten Löschungsbewilligung genüge. Es sei weiterhin denkbar, dass der Kläger und sein Bruder nach Widerruf der unbeschränkten und Erteilung einer beschränkten Löschungsbewilligung seitens der Rechtsanwältin D.-H. bei entsprechender Belehrung in gleicher Weise verfahren wären.

Dies bedürfe aber keiner abschließenden Klärung, weil eventuelle Schadenersatzansprüche des Klägers und des Zedenten verjährt seien. Die dreijährige Verjährungsfrist habe bereits Ende 2006 zu laufen begonnen, nachdem sämtliche (Teil-)Löschungen im Grundbuch eingetragen und die Kläger sowie der Zedent mit der ihnen übersandten Eintragungsnachricht des Grundbuchamts hiervon in Kenntnis gesetzt worden seien. Es genüge, wenn der Gläubiger Kenntnis von den maßgeblichen Tatsachen erlangt habe; nicht erforderlich sei, dass er den Vorgang rechtlich zutreffend beurteile. Die Änderungsmitteilung des Grundbuchamts lasse erkennen, dass die Grundpfandrechte des Klägers und des Zedenten gelöscht worden seien, während für die Buchgrundschuld

der Rechtsanwältin D. H. lediglich die verkauften Teilflächen aus der Mithaftung entlassen worden seien. Hierdurch sei auch für den Kläger und den Zedenten deutlich geworden, dass dieses Grundpfandrecht nicht insgesamt gelöscht worden sei.

Daraus ergebe sich der Schluss, dass dieses Grundpfandrecht für den im Eigentum des Klägers und des Zedenten verbliebenen Teil des Grundbesitzes nunmehr an die erste Rangstelle gerückt sei. Die Erkenntnis der wirtschaftlichen Bedeutung dieses Umstands könne dem Kläger unterstellt werden. Jedenfalls liege eine grob fahrlässige Unkenntnis im Sinne von § 199 Abs. 1 BGB vor. Diese ergebe sich daraus, dass der Kläger die Änderungsmitteilung des Grundbuchamts nicht überprüft und nicht einmal Überlegungen angestellt habe, welche Bedeutung diese für ihn haben könne.

Angesichts der erheblichen Bedeutung, die Eintragungsbekanntmachungen des Grundbuchamts nach § 55 GBO zukomme, sei es grob fahrlässig, wenn ein Grundbuchbeteiligter solche Mitteilungen zwar entgegennehme, diese aber nicht prüfe. Er gehe damit bewusst das Risiko ein, dass ihn belastende oder negative Veränderungen unbemerkt blieben, und sei damit nicht mehr schützenswert im Hinblick auf einen drohenden Rechtsverlust wie beispielsweise durch das Instrument der Verjährung.

II. Diese Beurteilung hält der rechtlichen Nachprüfung nicht stand.

1. Die Würdigung des Berufungsgerichts, dass etwaige Schadenersatzansprüche des Klägers und des Zedenten im Hinblick auf die ihnen übersandte Eintragungsmittelteilung des Grundbuchamts verjährt seien (§ 214 Abs. 1 BGB), ist von Rechtsfehlern beeinflusst. Die **dreijährige Verjährungsfrist** (§ 195 BGB) ist durch die Änderungsmitteilung des Grundbuchamts nicht in Lauf gesetzt worden, weil der Kläger und der Zedent auf diese Weise keine Kenntnis von den den Anspruch begründenden Umständen erlangt und sich insoweit auch nicht grob fahrlässig in Unkenntnis befunden haben (§ 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB).

a) **Kenntnis von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Ersatzpflichtigen liegt im Allgemeinen vor, wenn dem Geschädigten die Erhebung einer Schadenersatzklage, sei es auch nur in Form einer Feststellungsklage, Erfolg versprechend, wenn auch nicht risikolos, möglich ist.** Weder ist notwendig, dass der Geschädigte alle Einzelumstände kennt, die für die Beurteilung möglicherweise Bedeutung haben, noch muss er bereits hinreichend sichere Beweismittel in der Hand haben, um einen Rechtsstreit im Wesentlichen risikolos führen zu können.

**Auch kommt es, von Ausnahmefällen abgesehen, nicht auf die zutreffende rechtliche Würdigung an. Vielmehr genügt im Grundsatz die Kenntnis der den Einzelspruch begründenden tatsächlichen Umstände.** Hierzu gehört in Fällen unzureichender Beratung oder Aufklärung auch die Kenntnis der Umstände einschließlich der wirtschaftlichen Zusammenhänge, aus denen sich die Rechtspflicht zur Aufklärung ergibt. Die



dem Geschädigten bekannten Tatsachen müssen ausreichen, um den Schluss auf ein schuldhaftes Fehlverhalten des Anspruchsgegners als nahe liegend erscheinen zu lassen.

Es muss dem Geschädigten zumutbar sein, auf Grund dessen, was ihm hinsichtlich des tatsächlichen Geschehensablaufs bekannt ist, Klage zu erheben, wenn auch mit dem verbleibenden Prozessrisiko, insbesondere hinsichtlich der Nachweisbarkeit von Schadenersatz auslösenden Umständen (s. zu alldem etwa *Senatsurt. v. 7.7.2011 – III ZR 90/10, NJOZ 2011, 2087, 2089 Rdnr. 16; BGH, Urt. v. 3.6.2008 – XI ZR 319/06, NJW 2008, 2576, 2578 f Rdnr. 27 f m.w.N.; v. 23.9.2008 – XI ZR 253/07, NJW-RR 2009, 544, 546 Rdnr. 32 f; v. 10.11.2009 – VI ZR 247/08, NJW-RR 2010, 681, 683 Rdnr. 14 und v. 15.6.2010 – XI ZR 309/09, WM 2010, 1399, 1400 Rdnr. 12; s. zu § 852 Abs. 1 BGB a.F. auch *Senatsurt. v. 24.2.1994 – III ZR 76/92, NJW 1994, 3162, 3164 und v. 11.1.2007 – III ZR 302/05, BGHZ 170, 260, 271 Rdnr. 28; s. zur Notarhaftung auch Wöstmann in: Ganter/Hertel/Wöstmann, Handbuch der Notarhaftung, 3. Aufl., Rdnr. 2332 ff).**

**Grob fahrlässige Unkenntnis im Sinne von § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB** liegt vor, wenn dem Gläubiger die erforderliche Kenntnis deshalb fehlt, weil er ganz nahe liegende Überlegungen nicht angestellt oder das nicht beachtet hat, was im gegebenen Fall jedem hätte einleuchten müssen, wie etwa dann, wenn sich dem Gläubiger die den Anspruch begründenden Umstände förmlich aufgedrängt haben und er leicht zugängliche Informationsquellen nicht genutzt hat.

Dem Gläubiger muss persönlich ein schwerer Obliegenheitsverstoß in seiner eigenen Angelegenheit der Anspruchsverfolgung, eine schwere Form von „Verschulden gegen sich selbst“, vorgeworfen werden können (s. etwa *Senatsurt. v. 8.7.2010 – III ZR 249/09, BGHZ 186, 152, 161 Rdnr. 28 m.w.N.; v. 22.7.2010 – III ZR 99/09, NZG 2011, 68 Rdnr. 16; v. 22.7.2010 – III ZR 203/09, NJW-RR 2010, 1623, 1624 Rdnr. 12; v. 7.7.2011, a.a.O. Rdnr. 17 und v. 22.9.2011 – III ZR 186/10, NJW-RR 2012, 111, 112 Rdnr. 8; s. zur Notarhaftung auch Wöstmann, a.a.O. Rdnr. 2344).*

b) Die Feststellung, ob die Unkenntnis des Gläubigers von verjährungsauslösenden Umständen auf grober Fahrlässigkeit beruht hat, unterliegt als Ergebnis tatrichterlicher Würdigung nur einer eingeschränkten Überprüfung durch das Revisionsgericht darauf, ob der Streitstoff umfassend, widerspruchsfrei und ohne Verstoß gegen Denkgesetze, allgemeine Erfahrungssätze oder Verfahrensvorschriften gewürdigt worden ist, und ob der Tatrichter den Begriff der groben Fahrlässigkeit erkannt oder bei der Beurteilung des Grads des Verschuldens wesentliche Umstände außer Betracht gelassen hat (s. etwa *Senatsurt. v. 8.7.2010, a.a.O. Rdnr. 27 m.w.N.; v. 22.7.2010 – III ZR 99/09, a.a.O. Rdnr. 14; v. 22.7.2010 – III ZR 203/09, a.a.O. und v. 22.9.2011, a.a.O.*).

**Die Frage, wann eine für den Beginn der Verjährung hinreichende Kenntnis vorhanden ist, ist allerdings nicht ausschließlich Tatfrage, sondern wird maßgeblich durch den der Beurteilung des Revisionsgerichts unterliegenden Begriff der Zumutbarkeit der Klageerhebung geprägt** (s. etwa *BGH, Urt. v.*

*23.9.2008 – XI ZR 262/07, NJW-RR 2009, 547 f Rdnr. 17 m.w.N. und v. 15.6.2010, a.a.O. S. 1400 f Rdnr. 13).*

c) Unter diesen Maßgaben erweist sich die Würdigung des Berufungsgerichts, aufgrund der Veränderungsmittelung des Grundbuchamts hätten sich der Kläger und der Zedent in Kenntnis, jedenfalls in grob fahrlässiger Unkenntnis, der den Anspruch begründenden Umstände befunden, als rechtsfehlerhaft. Das Berufungsgericht hat den Gesichtspunkt der Zumutbarkeit nicht ausreichend berücksichtigt und die Reichweite der grob fahrlässigen Unkenntnis des Geschädigten überspannt.

aa) Im Ansatz zutreffend geht das Berufungsgericht allerdings davon aus, dass **im Bereich der Notarhaftung (§ 19 BNotO) die Übermittlung einer Eintragungsnachricht des Grundbuchamts (§ 55 GBO) im Einzelfall – insbesondere in sehr einfach gelagerten Sachen – für die Erfüllung der subjektiven Voraussetzungen des Verjährungsbeginns nach § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB (Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis von einer Amtspflichtverletzung des Notars) ausreichen kann** (vgl. hierzu *Senatsurt. v. 11.1.2007, a.a.O. und BGH, Urt. v. 15.4.1999 – IX ZR 328/97, NJW 1999, 2183, 2186).*

Den Grundbuchbeteiligten trifft allgemein die Obliegenheit, ihm übersandte Eintragungsnachrichten zu prüfen (vgl. *BGH, Urt. v. 13.1.1984 – V ZR 205/82, NJW 1984, 1748 m.w.N.*). Ist eine aus der Sicht des geschädigten Beteiligten „unrichtige“ (etwa: abredewidrige) Eintragung erfolgt, so muss er entgegen der Ansicht der Revision neben einer Amtspflichtverletzung des Grundbuchamts auch eine Amtspflichtverletzung des Notars in Erwägung ziehen. Denn auch dann, wenn der Fehler primär dem Grundbuchamt unterlaufen sein sollte, hätte der Notar diesen Fehler bemerken und entsprechende Schritte zu seiner Behebung unternehmen müssen.

bb) **Bei der Verjährung von Amtshaftungsansprüchen gegen einen Notar ist jedoch – was das Berufungsgericht bei seiner Würdigung nicht berücksichtigt hat – zu beachten, dass sich der Geschädigte in aller Regel darauf verlässt und auch verlassen darf, dass der Notar amtspflichtgemäß handelt und Grundbucheintragungen selbst fachkundig kontrolliert. Es ist dementsprechend grundsätzlich nicht Aufgabe des Geschädigten, die Amtsführung des Notars zu überwachen. Geht es um komplexe, für den Geschädigten schwer überschaubare Grundbuchvorgänge, so kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass er mit der Übersendung einer Veränderungsmittelung zugleich auch Kenntnis von einer Amtspflichtverletzung des Notars erlangt oder diesbezüglich fortan grob fahrlässig keine Kenntnis hat.** Die Überprüfung solcher komplexer Grundbuchvorgänge kann einem juristischen Laien nicht abverlangt und zugemutet werden.

So liegt es auch hier. Die Revision weist zu Recht darauf hin, dass die immerhin elf Seiten umfassende und auch für einen Juristen nicht eben leicht zu überschauende Eintragungsmittelung des Grundbuchamts vom 29.11.2006 eine Vielzahl von Veränderungen ausweist und für sich allein genommen nicht laienverständlich erkennen lässt, dass das Grundpfandrecht III/12 – im Gegensatz zu den Grundpfandrechten III/5

und III/8 – für die nicht veräußerten Teile des Grundbesitzes fortbesteht und nur für die verkauften Teilflächen zur Löschung gebracht worden ist. Ein Grundbuchauszug mit vollständigem Bestandsverzeichnis hat der Eintragungsmittelung nicht beigelegt, so dass für den Kläger und den Zedenten nicht hinreichend deutlich zu ersehen war, welche (Teil-)Flächen von der Löschung betroffen gewesen sind und welche nicht. Von der Erteilung einer nur eingeschränkten Löschungsbewilligung durch Rechtsanwältin D.-H. hatten beide nach ihrem revisionsrechtlich zu Grunde zu legenden Vorbringen keine Kenntnis gehabt und hiermit auch nicht rechnen müssen. Hinzu kommt, dass der genaue Unterschied zwischen der vollständigen Löschung eines Grundpfandrechts und seiner „Teillöschung“ im Wege der Entlassung einiger Grundstücke (oder Teilflächen) aus der Mithaft dem juristischen Laien in aller Regel nicht bekannt ist.

Vor diesem Hintergrund ist die Einlassung des Klägers, er und der Zedent hätten nicht erkannt, dass im Unterschied zu „ihren“ Grundpfandrechten (III/5 und III/8) das Grundpfandrecht III/12 an dem ihnen verbliebenen Restgrundbesitz weiterbestehen blieb und ihnen daraus irgendwelche Nachteile entstehen könnten, nicht zu widerlegen. Der Eintragungsmittelung des Grundbuchamts konnten der Kläger und der Zedent nicht entnehmen, dass auch für die Grundpfandrechte III/5 und III/8 von vornherein die Möglichkeit einer Teillöschung (im Wege der Entlassung nur der veräußerten Teilflächen aus der Mithaft) bestanden hätte, welche Bedeutung dies für sie gehabt und welchen Unterschied gegenüber einer Volllöschung es ausgemacht hätte. Dann aber trifft sie auch nicht der Vorwurf der groben Fahrlässigkeit, wenn sie nicht in Erwägung gezogen haben, von den Beklagten unzureichend belehrt worden zu sein und diese hierdurch amtspflichtwidrig gehandelt haben könnten.

d) Sonach hat das Berufungsgericht Schadenersatzansprüche des Klägers und des Zedenten gegen die beklagten Notare zu Unrecht wegen Verjährung abgelehnt.

2. Das Berufungsurteil erweist sich auch nicht im Ergebnis aus anderen Gründen als richtig. Insbesondere lässt sich aufgrund des derzeitigen Sach- und Streitstands eine Verletzung notarieller Amtspflichten durch die Beklagten nicht verneinen.

a) Wenn – wie hier – Gegenstand eines Grundstückskaufvertrags noch zu vermessende Teilflächen von mit Grundpfandrechten belasteten Grundstücken sind, ist der Notar nach § 17 Abs. 1 Satz 1 BeurkG verpflichtet, mit den Beteiligten zu erörtern, wie eine den Verkäufern versprochene Lastenfreistellung zu bewerkstelligen ist. Dies kann sowohl durch die vollständige Löschung als auch durch eine Teillöschung (Entlassung der verkauften Teilflächen aus der Mithaft) der Pfandrechte geschehen. Auf jedem der beiden Wege lässt sich das Ziel, den Käufern lastenfreies Eigentum zu verschaffen, erreichen. Indessen können die jeweiligen rechtlichen und wirtschaftlichen Folgen unterschiedlich ausfallen. Dies gilt insbesondere für die Rangverhältnisse von Grundpfandrechten, soweit sie im Falle ihrer nur teilweisen Löschung auf dem nicht veräußerten Grundstücksteil ruhen bleiben; hierüber hat der Notar zu belehren.

Dass der Beklagte zu 2) bei der Beurkundung des Kaufvertrags die notwendige Abklärung vorgenommen und die erforderlichen Hinweise gegeben hat, ist nicht festgestellt.

b) Aus dem Wortlaut des Kaufvertrags und der anschließenden Handhabung (zunächst Erteilung einer unbeschränkten Löschungsbewilligung durch die Rechtsanwältin D.-H.) ergibt sich zweifellos, dass sowohl der Beklagte zu 2) als Urkundsnotar als auch alle Urkundsbeteiligten zunächst davon ausgegangen sind, dass die in Vollzug des Kaufvertrags herbeizuführende Lastenfreistellung den gesamten Grundbesitz erfassen sollte.

Insoweit stellte die nachträglich herbeigeführte Beschränkung der Pfandfreigabe auf die verkauften Teilflächen eine erhebliche Abweichung der vereinbarten Vollzugsmodalitäten zum Nachteil der Verkäufer dar. Es versteht sich, dass hierüber die Verkäuferseite informiert und auf die dadurch entstandenen Folgen hingewiesen werden musste, um den Verkäufern die Gelegenheit zu geben, ihre eigenen Interessen zu wahren (etwa dadurch, dass sie ihre Löschungsbewilligungen ebenfalls beschränkt oder darauf gedrungen hätten, dass die Rechtsanwältin D.-H. – wie zunächst vorgesehen – die vollständige Löschung des Grundpfandrechts III/12 bewilligt).

Dass dies die Beklagten letztlich nicht anders sehen, bestätigt ihr Vorbringen, wonach ihr Büro den Vater der Verkäufer als deren (vermeintlichen) Verhandlungsführer informiert und dessen Billigung eingeholt habe.

c) Obwohl somit nicht nur bezüglich der Löschung der Grundpfandrechte III/18 und III/19, sondern auch hinsichtlich der Löschung des streitgegenständlichen Grundpfandrechts III/12 eine wesentliche Änderung der dem Vertragsschluss zugrunde gelegten Verhältnisse eingetreten war, verhält sich der von dem Beklagten zu 1) beurkundete Ergänzungsvertrag vom 17.11.2005 hierzu mit keinem Wort, sondern beschränkt sich insoweit auf den pauschalen Hinweis, dass es „ansonsten“ bei allen Bestimmungen des Kaufvertrags vom 19.8.2005 verbleibe.

Dementsprechend kommt, wie die Revision zutreffend ausgeführt hat, auch eine Pflichtverletzung des Beklagten zu 1) in Betracht.

3. Das Berufungsurteil war nach alledem aufzuheben (§ 562 Abs. 1 ZPO) und die Sache zur neuen Verhandlung und Entscheidung an das Berufungsgericht zurückzuverweisen, da die Sache noch nicht zur Entscheidung reif ist (§ 563 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 3 ZPO). Es stehen noch abschließende Feststellungen des Berufungsgerichts zu den geltend gemachten Pflichtverletzungen sowie zum Eintritt eines durch die betreffenden Pflichtverletzungen verursachten Schadens aus, die der Senat nicht selbst treffen kann. Hierbei wird das Berufungsgericht gegebenenfalls auch die Gegenrügen der Revisionserwidern (unter anderem das Vorbringen zu Lösungsansprüchen der Rechtsanwältin D.-H. nach §§ 1179a, 1196 Abs. 3 BGB) zu berücksichtigen haben, auf die einzugehen der Senat derzeit keinen Anlass sieht. ■

## Honorar des Steuerberaters

- Pauschalhonorar
  - Kündigung des Steuerberatungsvertrages
  - Vergütungsanspruch
  - Abrechnung ausgeführter Arbeiten
- (BGH, Urt. v. 22.5.2014 – IX ZR 147/12)

### Leitsatz:

Bei vorzeitiger Beendigung des Steuerberatervertrages ist ein vereinbartes Pauschalhonorar auf den Teil herabzusetzen, welcher der bisherigen Tätigkeit des Steuerberaters entspricht. ■

### Zum Sachverhalt:

Die beklagte Steuerberatungsgesellschaft betreute die Klägerin und mehrere von ihr beherrschte Gesellschaften seit dem 9.7.2001 in allen steuerrechtlichen Angelegenheiten. Die abgeschlossenen Steuerberaterverträge unterschieden zwischen Regelleistungen, für welche jeweils eine Jahrespauschalvergütung, zahlbar in gleich hohen monatlichen Teilbeträgen, vereinbart wurde, und Sonderleistungen, bei denen eine Vergütung nach Zeitaufwand berechnet wurde. Diese Verträge wurden im März 2010 durch die Klägerin und die betreuten Gesellschaften außerordentlich gekündigt. Leistungen hat die Beklagte seit diesem Zeitpunkt nicht mehr erbracht.

Die Klägerin hat aus eigenem und abgetretenem Recht die Rückzahlung von Vergütungsbeträgen für nicht geleistete Arbeiten in den Jahren 2008 und 2009 sowie für die Monate Januar und Februar 2010 – letztere betragen 7.352,30 EUR – begehrt. Daneben hat sie weitere Ansprüche, hierunter ein Schadenersatzanspruch in Höhe von 4.113,98 EUR wegen fehlerhafter Beratung, geltend gemacht. Das LG hat die Klage ganz überwiegend abgewiesen. Die hiergegen gerichtete Berufung der Klägerin blieb ohne Erfolg. Auf die Nichtzulassungsbeschwerde hat der Senat die Revision hinsichtlich der Ansprüche über 7.352,30 EUR und 4.113,98 EUR nebst Zinsen zugelassen. ■

### Aus den Gründen:

Die Revision führt im Umfang der Zulassung zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, die Klägerin könne die für die Monate Januar und Februar 2010 entrichteten Vergütungsbeträge nicht zurückfordern. Zwar sei davon auszugehen, dass die Klägerin und die von ihr vertretenen Gesellschaften zur außerordentlichen Kündigung nach § 627 Abs. 1 BGB berechtigt gewesen seien. Diese Befugnis hätten die Parteien nicht abbedungen. Der Abrede zur Vertragslaufzeit, wonach sich der auf ein Jahr geschlossene Vertrag jeweils um ein Jahr verlängere, wenn er nicht drei Monate vor Ablauf gekündigt werde, könne nicht hinreichend deutlich entnommen werden, dass dem Mandaten ein außerordentliches Kündigungsrecht nicht zustehen solle.

Aus der von den Parteien gehandhabten Berechnung und Zahlung der monatlichen Pauschbeträge und unter Berücksichtigung des praktischen Bedürfnisses für die Vereinbarung von Pauschalvergütungen folge, dass es sich hierbei um eine endgültige Vergütung der in diesen Teilzeiträumen erbrachten Leistungen habe handeln sollen. Eine Herabsetzung der für diese Monate gezahlten Vergütung nach § 628 Abs. 1 BGB komme nicht in Betracht. Der Grundsatz, dass bei vorzeitiger Beendigung des Anwaltsvertrages ein vereinbartes Pauschalhonorar auf den Teil herabzusetzen sei, welcher der bisherigen Tätigkeit des Rechtsanwalts entspreche, sei auf einen Steuerberatervertrag nicht übertragbar. Die hier in Rede stehenden Steuerberaterverträge bezögen sich auf wiederkehrende Tätigkeiten im Rahmen von Dauermandaten, welche jeweils zurückliegende Zeiträume beträfen. Zudem habe die Beklagte dargelegt, dass sie „Regelleistungen“ sowohl für die Klägerin als auch für die von ihr vertretenen Gesellschaften erbracht habe.

Weitergehende Zahlungsansprüche seien nicht Gegenstand der Berufung. Soweit die Klägerin im ersten Rechtszug Zahlungsansprüche gegen die Beklagte in Höhe von 4.113,98 EUR wegen Festsetzung von Strafzinsen und Ordnungsgeldern als Schadenersatz begehrt habe, verfolge sie diese Ansprüche nach Maßgabe der beschränkten Berufung nicht weiter. Das mit der Berufung verfolgte Zahlungsbegehren in Höhe von 54.666,23 EUR umfasse lediglich die Schadenersatzforderung in Höhe von 47.313,93 EUR und die Rückzahlungsforderung in Höhe von 7.352,30 EUR für die Vergütungspauschalen der Monate Januar und Februar 2010.

II. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Nach den bisherigen Feststellungen des Berufungsgerichts kann weder der geltend gemachte Anspruch auf Rückzahlung der für die Monate Januar und Februar 2010 entrichteten Vergütungspauschalen noch der Schadenersatzanspruch wegen der Verhängung von Ordnungsgeldern und Strafzinsen verneint werden.

1. Hinsichtlich des Zahlungsanspruches über 7.352,30 EUR kommt eine Rückforderung nach § 812 Abs. 1 Satz 1 Fall 1 BGB in Betracht, wenn der Beklagten gemäß § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB für den in Rede stehenden Zeitraum von Januar bis Februar 2010 eine geringere als die vereinbarte und entrichtete Vergütung zustehen sollte.

a) Die Bestimmung des § 628 Abs. 1 BGB regelt die Frage, in welchem Umfang dem Dienstverpflichteten nach der außerordentlichen Kündigung gemäß § 627 BGB Honoraransprüche gegen seinen Auftraggeber zustehen. **Danach kann der Verpflichtete grundsätzlich einen seinen bisherigen Leistungen entsprechenden Teil der Vergütung verlangen (§ 628 Abs. 1 Satz 1 BGB).**

Diese Regelung gilt auch für Verträge mit Rechtsanwälten (vgl. BGH, Urt. v. 29.9.2011 – IX ZR 170/11, WM 2011, 2110 Rdnr. 13; v. 26.9.2013 – IX ZR 51/13, NJW 2014, 317 Rdnr. 9) sowie mit Steuerberatern (OLG Düsseldorf, Gl 1995, 80, 82; LG Duisburg, NJW-RR 2002, 277, 278; Münch-Komm-BGB/Henssler, 6. Aufl., § 628 Rdnr. 3; Palandt/



Weidenkaff, BGB, 73. Aufl., § 628 Rdnr. 1; Zugehör in: *Zugehör/Fischer/Sieg/Schlee, Handbuch der Anwaltschaftung*, 2. Aufl., Rdnr. 880).

Die Vorschrift des § 628 Abs. 1 BGB ist zwar **abdingbar** (vgl. BGH, Urt. v. 16.10.1986 – III ZR 67/85, NJW 1987, 315, 316), jedoch haben die Parteien in der Vergütungsvereinbarung für den Fall der vorzeitigen Mandatsbeendigung, wie den entsprechenden Ausführungen des Berufungsgerichts zu § 627 BGB zu entnehmen ist, auch hierzu keine Regelung getroffen.

b) Nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung ist bei vorzeitiger Beendigung des Anwaltsvertrages aufgrund der Bestimmung des § 627 Abs. 1 BGB **ein vereinbartes Pauschalhonorar nach § 628 Abs. 1 BGB auf den Teil herabzusetzen, welcher der bisherigen Tätigkeit des Rechtsanwalts entspricht** (BGH, Urt. v. 27.2.1978 – AnwSt (R) 9/77, NJW 1978, 2304, 2305; v. 16.10.1986 – III ZR 67/85, a.a.O.; MünchKomm-BGB/Henssler, a.a.O. Rdnr. 14). Hierbei ist ausgehend von der vereinbarten Vergütung und der insgesamt vorgesehenen Tätigkeit zu bewerten, welcher Anteil auf die bereits erbrachten Leistungen des Rechtsanwalts entfällt (OLG Düsseldorf, Gl aktuell 2010, 88, 91; MünchKomm-BGB/Henssler, a.a.O.).

c) Entgegen der vom Berufungsgericht vertretenen Ansicht (so auch OLG Celle, StB 1987, 241 f) sind diese Grundsätze auch auf eine vereinbarte Pauschalvergütung für **steuerrechtliche Beratungsleistungen** anwendbar (Feiter, Die neue Steuerberatervergütungsverordnung, § 12 StBVV Rdnr. 230; Eckert, Steuerberatergebührenverordnung, 4. Aufl., StBGebV Vor § 1 Ziff. 1.3.5).

aa) Der vom Berufungsgericht für maßgeblich angesehene Umstand, dass die von der Beklagten zu erbringenden steuerlichen Leistungen wiederkehrende Tätigkeiten im Rahmen von Dauermandaten betrafen, steht einer Anwendung des § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB nicht entgegen. **Der Normzweck dieser Bestimmung beruht auf dem allgemeinen Rechtsgedanken, demzufolge sich die Vergütung des Dienstverpflichteten nach den tatsächlich erbrachten Leistungen richtet** (MünchKomm-BGB/Henssler, a.a.O. Rdnr. 1).

Die Vorschrift unterscheidet ersichtlich nicht danach, ob die aufgekündigte Tätigkeit im Rahmen eines über mehrere Jahre zu führenden Dauermandats oder nur bezogen auf eine kürzere Zeitdauer erbracht werden sollte. Auch bei einer Pauschalvergütung kommt diesem Gesichtspunkt keine maßgebliche Bedeutung zu.

bb) Die in § 14 StBGebV geregelte Pauschalvergütung **verschafft dem Steuerberater keinen schuldrechtlichen Anspruch auf Bezahlung noch nicht erbrachter Leistungen, sondern erleichtert lediglich das Abrechnungsverfahren für schon ausgeführte Leistungen**. Anstelle einer Vielzahl von Einzelvergütungen sollen die Parteien eine Pauschalvergütung vereinbaren können (Amtliche Begründung zu § 14 StBGebV, abgedruckt bei Eckert, a.a.O. § 14 StBGebV).

Ob und gegebenenfalls inwieweit der Steuerberater die Pauschalvergütung verlangen kann, ist demnach zunächst keine Frage des Steuerberatergebührenrechts, sondern eine solche der vertraglichen Regelung und der Vorschriften des Bürgerlichen Rechts (OLG Düsseldorf, Gl 1995, 80, 81; LG Duisburg, a.a.O.; Eckert, a.a.O. StBGebV Vor § 1 Ziff. 1.3.5; für die BRAGO BGH, Urt. v. 16.10.1986, a.a.O.).

cc) Eine gewisse **Einschränkung** erfährt § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB durch **§ 12 Abs. 4 StBGebV, wonach es auf bereits entstandene Gebühren ohne Einfluss ist, wenn sich die Angelegenheit vorzeitig erledigt oder der Auftrag endigt, bevor die Angelegenheit erledigt ist**. Diese Bestimmung ist jedoch auf den Tatbestand der Pauschalgebühr zugeschnitten und **findet deshalb entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts auf eine Pauschalvergütung, die – wie im Streitfall – mehrere Pauschalgebühren abdeckt, keine Anwendung** (Feiter, a.a.O. § 12 StBVV Rdnr. 230; für die Parallelvorschrift des § 13 Abs. 4 BRAGO [jetzt § 15 Abs. 4 RVG] BGH, Urt. v. 27.2.1978, a.a.O.; v. 16.10.1986, a.a.O. S. 316 f).

dd) Der Anwendungsbereich des § 628 Abs. 1 BGB und die danach gebotene Bewertung der tatsächlich erbrachten Leistungen lässt sich auch nicht mit der zusätzlichen Erwägung des Berufungsgerichts, die Beklagte habe Regelleistungen für die Monate Januar und Februar 2010 erbracht, verneinen. Nach § 628 Abs. 1 Satz 1 BGB ist ausgehend von der vereinbarten Vergütung und der insgesamt vorgesehenen Tätigkeit im Einzelnen zu bewerten, welcher Anteil auf die bereits ausgeführten Leistungen des Rechtsanwalts entfällt (vgl. OLG Düsseldorf, Gl aktuell 2010, a.a.O.; MünchKomm-BGB/Henssler, a.a.O. Rdnr. 14).

Tragfähige Feststellungen hierzu hat das Berufungsgericht nicht getroffen. **Es hat nicht weiter dargelegt, welche einzelnen Regelleistungen die Beklagte im hier maßgeblichen Zeitraum der Monate Januar und Februar 2010 tatsächlich für die Klägerin und die von ihr vertretenen Gesellschaften erbracht hat und welcher Anteil an der Vergütung diesen Leistungen zuzumessen ist.**

ee) Von seinem Rechtsstandpunkt aus hätte das Berufungsgericht im Übrigen auch einen Wegfall des von ihm angenommenen Vergütungsanspruchs für die Monate Januar und Februar 2010 gemäß § 628 Abs. 1 Satz 2 2. Fall BGB in Betracht ziehen und bei Vorliegen der hierfür erforderlichen Voraussetzungen insoweit prüfen müssen, ob erbrachte Teilleistungen für die angeführten Monate im Hinblick auf die infolge der Kündigung notwendige Beauftragung eines anderen Steuerberaters für die Klägerin nutzlos geworden sind (vgl. BGH, Urt. v. 29.9.2011, a.a.O. Rdnr. 13).

2. Die Ansicht des Berufungsgerichts, die Klägerin habe ihren Schadenersatzanspruch wegen fehlerhafter Beratung – bezogen auf den Anfall von Ordnungsgeldern und Strafzinsen – im Berufungsrechtszug nicht weiterverfolgt, beruht auf einer **Gehörsverletzung (Art. 103 Abs. 1 GG)**.

a) Wie die Revision zu Recht rügt, sind tragfähige Anhaltspunkte für die Annahme, die Klägerin habe den Anspruch

über 4.113,98 EUR im Berufungsrechtszug nicht weiterverfolgen wollen, nicht ersichtlich. Mit diesem vom LG für nicht begründet erachteten Anspruch hat sich die Klägerin in ihrer Berufungsbegründungsschrift ausführlich befasst und ist der Ansicht des LG unter verschiedenen Gesichtspunkten entgegengetreten. Hieraus folgt deutlich, dass auch dieser Anspruch und die hierzu geäußerte Ansicht des LG zur Überprüfung durch das Berufungsgericht gestellt werden sollte.

Das Berufungsgericht hat dieses entscheidungserhebliche Vorbringen der Klägerin nicht zur Kenntnis genommen. Der Umstand, dass die Klägerin in der mündlichen Verhandlung den zu diesem Anspruchskomplex gehörenden vorgerichtlichen Kostenersatzanspruch zurückgenommen hat, stützt die Annahme einer Beschränkung der Berufung nicht, weil der Hauptanspruch von dieser Rücknahmeerklärung gerade nicht erfasst wurde.

**Jedenfalls hätte das Berufungsgericht die Klägerin ausdrücklich darauf hinweisen müssen, es werde angesichts des im Klageantrag aufgeführten Zahlungsbetrages angenommen, die Klägerin wolle den im Hinblick auf die Berufungsbegründung zumindest hilfsweise zur Überprüfung gestellten Anspruch über 4.113,98 EUR nicht weiter verfolgen.** Die Nichtberücksichtigung ihres Vorbringens ist unter diesen Umständen als Verstoß gegen Art. 103 Abs. 1 GG zu bewerten (vgl. *BGH, Urt. v. 18.7.2003 – V ZR 187/02, NJW 2003, 3205; Beschl. v. 29.9.2011 – IX ZR 184/08, NJW-RR 2012, 305 Rdnr. 5).* (...) ■

## Versicherungsschutz

- Mittelverwendungskontrolle
  - Wissentliche Pflichtverletzung
  - Keine Einrichtung eines Sonderkontos
  - Prospektwidrigkeiten
- (*OLG München, Urt. v. 17.9.2015 – 23 U 1751/14*)

### Leitsätze:

1. Ein Wirtschaftsprüfer der als Mittelverwendungskontrolleur tätig ist, handelt wissentlich, wenn er weiß, dass entgegen dem Prospekt kein Sonderkonto eingerichtet ist, über das die Fondsgesellschaft nur gemeinsam mit dem Mittelverwendungskontrolleur verfügen kann.
2. Die Wissentlichkeit der Pflichtverletzung entfällt nicht, weil die Anleger den Mittelverwendungskontrolleur wegen mangelnder Aufklärung über die nicht durchgeführte Mittelverwendungskontrolle auf den Zeichnungsschaden in Anspruch nehmen. ■

### Zum Sachverhalt:

Die Kläger machen gegen die Beklagten als Versicherer Deckungsansprüche zu einem Schadenersatzanspruch gegen den Versicherungsnehmer, Herrn Wirtschaftsprüfer Horst F., geltend.

Die F. Zins AG legte im März 2003 den F. Zinsfonds auf. Grundlage des Vertriebs war der Verkaufsprospekt vom 11.3.2003. Der Wirtschaftsprüfer Horst F. führte die Prospektprüfung durch und übernahm die Mittelverwendungskontrolle. Der Mittelverwendungskontrollvertrag ist im Verkaufsprospekt abgedruckt. Nach § 1 Abs. 1 des Mittelverwendungskontrollvertrags richtet die Fondsgesellschaft ein Sonderkonto ein, über das sie nur gemeinsam mit dem Mittelverwendungskontrolleur verfügen kann. Dies wurde von der Fondsgesellschaft nicht umgesetzt, tatsächlich waren die Geschäftsführer einzelvertretungsbefugt. Der Wirtschaftsprüfer Horst F. kontrollierte die ordnungsgemäße Einrichtung des Kontos nicht. Hierüber informierte er weder die bereits beigetretenen Anleger noch beitrtrittswillige Interessenten.

Die Kläger beteiligten sich am 8.12.2003 mit 40.000 EUR an der F. Zinsfonds GbR.

Das AG Rosenheim eröffnete mit Beschluss vom 1.9.2010 das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Wirtschaftsprüfers Horst F. Die Kläger meldeten im Insolvenzverfahren Forderungen in Höhe von 24.391,26 EUR (Hauptforderung), ausgerechnete Zinsen in Höhe von 7.089,80 EUR und Kosten in Höhe von 6.727,74 EUR an, die vom Insolvenzverwalter zur Tabelle festgestellt wurden.

Mit Urteil des *LG München I – 4 KLS 314 Js 34413/07* vom 18.10.2010 wurde der Wirtschaftsprüfer Horst F. wegen Untreue im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit als Mittelverwendungskontrolleur für die F. Zinsfonds GbR verurteilt.

Am 22.2.2013 erhielten die Kläger eine Kapitalrückzahlung durch die F. Zinsfonds GbR in Höhe von 3.000 EUR, am 19.12.2013 in Höhe weiterer 3.000 EUR und am 1.9.2014 in Höhe von 660 EUR.

Die Kläger sind der Ansicht, der Deckungsanspruch sei nicht nach § 4 Nr. 5 AVB-RSW aufgrund einer wissentlichen Pflichtverletzung des Versicherungsnehmers ausgeschlossen. Die Bedingungen seien nicht Vertragsbestandteil geworden. Der Haftungsausschluss sei unwirksam. Zu dem komme allein eine fahrlässige Pflichtverletzung in Betracht. Allein eine möglicherweise wissentliche Verletzung der Pflicht, die Zeichnungsbefugnisse bezüglich des Sonderkontos zu kontrollieren, genüge nicht. Maßgeblich sei die unterlassene Aufklärung potentieller Anleger. Dass Herr Wirtschaftsprüfer F. von einer derartigen Offenbarungspflicht Kenntnis gehabt habe, könne nicht angenommen werden.

(Anträge: ...)

Die Beklagten sind der Ansicht, der Deckungsausschluss aus § 4 Nr. 5 AVB-RSW greife. Die Überprüfung des Sonderkontos auf die ordnungsgemäße Einrichtung sei eine Kardinalpflicht des Mittelverwendungskontrollvertrages. Da Herr Horst F. bewusst gewesen sei, dass er diese Kontrolle nicht vorgenommen habe, liege eine wissentliche Pflichtverletzung vor. Die Nichtaufklärung der Anleger sei nur eine Fortsetzung dieser ersten Pflichtverletzung; ob Herr Horst F. auch die Aufklärungspflicht wissentlich verletzt habe, sei nicht maßgeblich.

Das LG, auf dessen tatsächliche Feststellungen nach § 540 Abs. 1 ZPO Bezug genommen wird, hat dem Klageantrag Ziff. 1 im Wesentlichen – bis auf Teile des Zinsanspruchs – und dem Klageantrag Ziff. 5 stattgegeben. Die Beklagten zu 1) bis 5) seien passivlegitimiert. Der Anspruch sei nicht durch § 4 Nr. 5 AVB-RSW ausgeschlossen. Der geltend gemachte Zeichnungsschaden sei nicht die kausale Folge der pflichtwidrigen Mittelverwendungskontrolle, sondern der Verletzung einer hiervon zu unterscheidenden Aufklärungspflicht gegenüber potentiellen Anlegern. Eine solche Aufklärungspflicht habe vor dem Urteil des BGH vom 19.11.2009 – III ZR 108/08 und III ZR 109/08 die Rechtsprechung nicht angenommen. Herr Wirtschaftsprüfer Horst F. habe daher allenfalls fahrlässig gehandelt.

Dagegen wenden sich die Beklagten mit ihrer Berufung. Sie wiederholen und vertiefen ihren erstinstanzlichen Vortrag. Die Verletzung der Kontrollpflicht und der Aufklärungspflicht seien keine unabhängig voneinander zu betrachtenden Einzelpflichten. Herr Wirtschaftsprüfer F. habe gewusst, dass er für eine ordnungsgemäße Kontoerrichtung sorgen und Missstände beseitigen, mithin zum Schutz der Anleger tätig werden musste. Zudem habe das LG zu Unrecht die Beklagte zu 1) als passivlegitimiert angesehen.

Gegen die Beklagten hat der Senat im Verhandlungstermin vom 13.11.2014 Versäumnisurteil erlassen und die Berufung mit der Maßgabe zurückgewiesen, dass die Hauptsache in Höhe von 3.660 EUR erledigt ist.

(Anträge: ...)

Die Kläger verteidigen das landgerichtliche Urteil. Insbesondere fehle es an einer wissentlichen Pflichtverletzung. Die Beklagten versuchten zu Unrecht, aus einem Durchführungsschaden einen Zeichnungsschaden zu konstruieren. Zudem hätten schon die Instanzgerichte die später vom BGH bejahte Aufklärungspflicht nicht erkannt.

In Höhe von 3.660 EUR haben die Kläger den Rechtsstreit für erledigt erklärt; die Beklagten haben dem nicht zugestimmt.

Ergänzend wird auf die gewechselten Schriftsätze der Parteien und die Protokolle der mündlichen Verhandlungen vom 13.11.2014 und vom 6.8.2015 Bezug genommen. ■

#### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung der Beklagten ist in vollem Umfang begründet.

1. Die Beklagten haben gegen das am 13.11.2014 erlassene Versäumnisurteil form- und fristgerecht nach § 339, § 340 ZPO Einspruch eingelegt.

2. Die zulässige Berufung der Beklagten hat in der Sache Erfolg, da die Klage zwar zulässig, aber unbegründet ist.

2.1 Die Kläger haben keinen Zahlungsanspruch gemäß § 154, § 157 VVG a.F., Art. 1 Abs. 1, Abs. 2 EGVVG gegen die Beklagten. Der Anspruch ist nach § 4 Nr. 5 AVB-RSW ausgeschlossen.

2.2 Die Beklagte zu 1) ist passivlegitimiert. Der Versicherungsvertrag wurde mit der Beklagten zu 1), einer GbR, an der die Beklagten zu 2) bis 5) als Gesellschafter beteiligt sind, geschlossen, wie das LG zutreffend annimmt. In den als Anlage vorgelegten „Versicherungs- und Produktinformationen der Versicherungsstelle Wiesbaden“ ist ausgeführt: „Sie schließen den Versicherungsvertrag mit der Versicherungsgemeinschaft für das wirtschaftliche Prüfungs- und Treuhandwesen“. Daraus ergibt sich, dass entgegen der Ansicht der Beklagten zu 1) diese selbst Vertragspartner wurde. Auch die als Anlage vorgelegte Korrespondenz mit Herrn Wirtschaftsprüfer F. wurde stets von der „Versicherungsstelle für das wirtschaftliche Prüfungs- und Treuhandwesen“ geführt. Demgegenüber ist es rechtlich ohne Bedeutung, wenn, wie die Beklagten in zweiter Instanz vorgetragen, im aktuellen Internetauftritt nur die Beklagten zu 2) bis 5) als Vertragspartner etwaiger Versicherungsverträge genannt werden.

Dass die Beklagten zu 2) bis 5) passivlegitimiert sind, stellen diese selbst nicht in Frage.

2.3 Nach § 4 Nr. 5 AVB-RSW bezieht sich der Versicherungsschutz nicht auf Haftpflichtansprüche wegen wissentlichen Abweichens von Gesetz, Vorschrift, Anweisung oder Bedingung des Auftraggebers oder durch sonstige **wissentliche Pflichtverletzung**. Diese Voraussetzung ist vorliegend erfüllt:

2.3.1 § 4 Nr. 5 AVB-RSW wurde wirksam in den Versicherungsvertrag einbezogen. Mit dem von den Beklagten als Anlage vorgelegten Schreiben der Beklagten zu 1) vom 28.1.2004 wurden Herrn Wirtschaftsprüfer Horst F. als Nachtrag zum Versicherungsschein „die Allgemeinen und Besonderen Versicherungsbedingungen (AVB-RSW)“ übersendet und Herr Horst F. in Fettdruck darauf hingewiesen, dass Abweichungen vom Antrag oder bisher getroffenen Vereinbarungen als genehmigt gelten, wenn der Versicherungsnehmer nicht innerhalb eines Monats widerspricht. Dass Herr Horst F. das Schreiben nicht erhalten oder fristgerecht widersprochen hätten, behaupten auch die Kläger nicht. Gemäß § 5 Abs. 1, Abs. 2 VVG a.F., Art. 1 EGVVG wurden die Vertragsbedingungen mithin Vertragsbestandteil.

2.3.2 **Der Haftungsausschluss ist entgegen der Ansicht der Kläger wirksam, auch wenn er weiter geht als § 152 VVG a.F.** (Voith/Knappmann in Prölss/Martin, Versicherungsvertragsgesetz, 77. Aufl., § 152 Rdnr. 7 m.w.N.; vgl. auch BGH, Urt. v. 17.12.1986 – IVa ZR 166/85, juris Rdnr. 15 und BGH, Urt. v. 17.12.2014 – IV ZR 90/13, juris Rdnr. 8 ff, die jeweils von der Wirksamkeit des Haftungsausschlusses ausgehen).

2.3.3 Entgegen der Ansicht der Kläger besteht bezüglich der Frage, ob eine wissentliche Pflichtverletzung vorlag, **keine Bindungswirkung des Haftpflicht- für den Deckungsprozess** (BGH, Urt. v. 17.12.2014 – IV ZR 90/13, juris Rdnr. 13).

Zudem fehlt es vorliegend ohnehin an einem rechtskräftigen Urteil im Haftpflichtprozess; das als Anlage vorgelegte Urteil des LG München I vom 18.11.2010 – 10 O 14541/06 erging nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens.

**2.3.4 Eine wissentliche Pflichtverletzung i.S.d. § 4 Nr. 5 AVB-RSW begeht nur der Versicherte, der die verletzten Pflichten positiv kennt.** Bedingter Vorsatz, bei dem er die in Rede stehende Verpflichtung nur für möglich hält, reicht dafür ebenso wenig aus wie fahrlässige Unkenntnis. Es muss vielmehr feststehen, dass der Versicherte die Pflichten zutreffend gesehen hat und das Bewusstsein hatte, pflichtwidrig zu handeln (BGH, NJW 2006, S. 289, 291; BGH, Urt. v. 20.6.2001 – IV ZR 101/00, juris Rdnr. 23; BGH, Urt. v. 17.12.2014 – IV ZR 90/13, juris Rdnr. 15). **Darlegungs- und beweispflichtig für die Verwirklichung der subjektiven Tatbestandsmerkmale des Risikoausschlusses ist der Versicherer** (BGH, Urt. v. 20.6.2001 – IV ZR 101/00, juris Rdnr. 23; BGH, Urt. v. 17.12.2014 – IV ZR 90/13, juris Rdnr. 16).

Dabei hat zunächst der Versicherer einen Sachverhalt vorzutragen, der auf eine Wissentlichkeit der Pflichtverletzung des Versicherungsnehmers zumindest hindeutet. Dabei ist der Vortrag weiterer zusätzlicher Indizien dann entbehrlich, wenn es sich um die **Verletzung elementarer beruflicher Pflichten** handelt, deren Kenntnis nach der Lebenserfahrung bei jedem Berufsangehörigen vorausgesetzt werden kann. Jenseits der Fälle der Verletzung von beruflichen **Kardinalpflichten**, in denen vom äußeren Geschehensablauf und dem Ausmaß des objektiven Pflichtverstößes auf innere Vorgänge geschlossen werden kann, ist es aber Aufgabe des beweispflichtigen Versicherers, Anknüpfungstatsachen vorzutragen, die als schlüssige Indizien für eine wissentliche Pflichtverletzung betrachtet werden können. Wenn dies geschehen ist, obliegt es dem Versicherungsnehmer im Rahmen seiner sekundären Darlegungslast, Umstände aufzuzeigen, warum die vorgetragenen Indizien den Schluss auf eine wissentliche Pflichtverletzung nicht zulassen (BGH, Urt. v. 17.12.2014 – IV ZR 90/13, juris Rdnr. 20 f).

Nach diesen Grundsätzen ist von einer wissentlichen Pflichtverletzung auszugehen:

2.3.4.1. Herr Wirtschaftsprüfer Horst F. hat seine Kontrollpflicht aus dem Mittelverwendungskontrollvertrag wissentlich verletzt.

Im Mittelverwendungskontrollvertrag (abgedruckt im Prospekt) ist unter § 1 ausgeführt, die Fondsgesellschaft richte ein **Sonderkonto** ein, über das sie nur **gemeinsam mit dem Beauftragten** – Herrn Wirtschaftsprüfer T. – verfügen dürfe. Auf dieses Konto seien die Gesellschaftereinlagen einzuzahlen und die von der Fondsgesellschaft ausgereichten Darlehen zu tilgen. Gemäß § 4 wird der Mittelverwendungskontrollvertrag als Vertrag zu Gunsten der Gesellschafter abgeschlossen, die aus diesem eigene Rechte herleiten können. Im Prospekt ist unter „Rechtliche Grundlagen“ Ziff. 3 (S. 44 des Prospekts) ausgeführt: „Zur Absicherung der Kapitalanleger hat ein Wirtschaftsprüfer die Kontrolle über die Auszahlung von Darlehen übernommen. Wegen der Einzelheiten wird auf die Beschreibung des Mittelverwendungskontrollvertrags verwiesen“.

Unstreitig wurde ein Sonderkonto entsprechend diesen Vorgaben nie eingerichtet, eine zwingende Mitzeichnung des

Herrn F. nie vorgesehen. **Seine Pflicht, zu kontrollieren, ob ein Sonderkonto entsprechend der Vorgaben eingerichtet wurde, kannte Herr Wirtschaftsprüfer F.; indem er diese Kontrolle unterließ, handelte er bewusst pflichtwidrig.** Dies ergibt sich zum einen daraus, dass er als Mittelverwendungskontrollleur Vertragspartner des Mittelverwendungskontrollvertrages war und auch den Prospektprüfungsbericht erstellt hatte, den Text des Mittelverwendungskontrollvertrags und die sich daraus ergebenden Pflichten mithin kannte. **Zudem handelt es sich gerade um die Kardinalspflicht aus dem Mittelverwendungskontrollvertrag. Von jedem Wirtschaftsprüfer kann erwartet werden, dass ihm bewusst ist, dass er die im Vertrag vorgesehene Einrichtung des Sonderkontos mit zwingender Mitzeichnung zu kontrollieren hat und sich anderenfalls pflichtwidrig verhält.**

Überdies zeigt sich auch aus dem als Anlage vorgelegten, von Herrn F. erstellten Bericht über die Mittelverwendungskontrolle vom 22.3.2004, dass ihm diese Pflicht durchaus bewusst war. So ist gerade unter der Überschrift „Die Kontrollmaßnahmen stellen sich im Einzelnen wie folgt dar“ – unzutreffend – angeführt, ein Sonderkonto, über das die Fondsgesellschaft nur gemeinsam mit dem Mittelverwendungskontrollleur verfügen dürfe, sei eingerichtet. Unstreitig hat der Wirtschaftsprüfer F. diese Angaben bewusst wahrheitswidrig gemacht. Dass ihm die Fondsgesellschaft die Einrichtung eines entsprechenden Kontos vorgespiegelt oder Herr F. sich bezüglich der Existenz eines derartigen Kontos geirrt hätte, behaupten auch die Kläger nicht. Allein die Tatsache, dass das Konto von der Fondsgesellschaft – und nicht von Herrn F. – einzurichten war, ändert an der bewussten Pflichtverletzung entgegen der Ansicht der Kläger nichts.

2.3.4.2. Der Senat verkennt nicht, dass die Kläger vorliegend den **Zeichnungsschaden** vom Dezember 2003 geltend machen. Für diesen haftet Herr F. Insoweit hat der BGH im Urteil vom 19.11.2009 (III ZR 109/08, NJW 2010, S. 1279 ff) – anders als zuvor die Instanzgerichte – eine vorvertragliche Aufklärungspflicht auch des reinen Mittelverwendungskontrollleurs gegenüber künftigen potentiellen Anlegern angenommen. Soweit die Kläger hieraus jedoch ableiten, bezüglich dieser Aufklärungspflicht fehle es an einer wissentlichen Pflichtverletzung, folgt der Senat dem nicht:

Herr F. wusste aus dem Vertragstext, dass der **Mittelverwendungskontrollvertrag als Vertrag zugunsten der Anleger** ausgestaltet war. Damit war ihm auch bewusst, dass er bei Pflichtverletzungen unmittelbar den Anlegern gegenüber haftbar war und mithin im Interesse der Anleger umfassende Maßnahmen ergreifen musste, die Missstände abzustellen. **Damit war ihm aber notwendigerweise ebenfalls bewusst, dass er sich auch neuen Anlegern gegenüber, die sich an der Fondsgesellschaft beteiligen würden, bevor die Missstände abgestellt waren, haftbar machen würde.** Zudem kannte Herr Wirtschaftsprüfer F., wie ausgeführt, den Prospekt, mit dem – im Dezember 2003 – neue Anleger geworben wurden: Er wusste mithin, dass der Mittelverwendungskontrollvertrag im Prospekt abgedruckt und werbend herausgestellt war, obwohl Herr F. eine entsprechende Mittelverwendungskontrolle gerade nicht durchgeführt hatte. Damit war ihm be-



wusst, dass neue Anleger getäuscht würden und fälschlicherweise davon ausgehen müssten, der Mittelverwendungskontrollleur – Herr F. – überwache die Einrichtung eines Sonderkontos für die Einlagen der Gesellschafter und stelle sicher, dass Verfügungen nur mit seiner Mitzeichnung möglich seien.

**Vor diesem Hintergrund wäre es eine lebensfremde Aufspaltung der Bewusstseinslage, das einheitliche Untätigbleiben von Herrn F. zwar in Bezug auf die alten Anleger, nicht aber in Bezug auf die neu zuwerbenden Anleger als bewusste Pflichtverletzung anzusehen.** Letztlich stellen die weiteren Pflichtverletzungen, wie das Nichtabstellen der Missstände und die fehlende Warnung der potentiellen Anleger, sich als weitere Glieder einer Kausalkette dar, die mit der wissentlichen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers F. durch die fehlende Kontrolle des Sonderkontos und der Mittelverwendung in Gang gesetzt wurden (so auch OLG Frankfurt, Urt. v. 20.3.2014 – 3 U 233/12, juris Rdnr. 34 ff).

Selbst wenn man dem nicht folgen wollte, hätten die Beklagten jedenfalls ausreichend Anknüpfungstatsachen vorgebracht, die als schlüssige Indizien für eine wissentliche Pflichtverletzung des Herrn F. auch in Bezug auf die neuen Anleger betrachtet werden können. Die wissentliche Verletzung des Mittelverwendungskontrollvertrags als Vertrag zugunsten der Anleger lässt jedenfalls den Schluss zu, Herr Wirtschaftsprüfer Horst F. habe auch in Bezug auf die Verletzung der vorvertraglichen Aufklärungspflichten gegenüber neuen Anlegern wissentlich gehandelt. Umstände, warum die Indizien den Schluss auf eine wissentliche Pflichtverletzung im konkreten Fall nicht zulassen, haben die Kläger im Rahmen ihrer sekundären Darlegungslast (vgl. BGH, Urt. v. 17.12.2014 – IV ZR 90/13, juris Rdnr. 20 f) nicht dargetan.

Auf die sekundäre Darlegungslast und das vorbezeichnete Urteil des BGH vom 17.12.2014 hat der Senat in der mündlichen Verhandlung vom 6.8.2015 hingewiesen, ohne dass die Kläger hierzu in der mündlichen Verhandlung weiter vorgebracht oder Stellungnahmefrist beantragt hätten. Soweit die Kläger erstmals im nicht nachgelassenen Schriftsatz vom 9.9.2015 ausführen, der Zeuge F. wurde als Zeuge für die Nichtkenntnis der Aufklärungspflicht hilfsweise angeboten, ist dieses Beweisangebot nach § 296a, § 525 S. 1 ZPO nicht mehr zu berücksichtigen. Eine Wiedereröffnung der mündlichen Verhandlung nach § 156 ZPO ist nicht veranlasst.

2.4 Soweit die Kläger in Höhe von 3.660 EUR die Klage in zweiter Instanz einseitig für erledigt erklärt haben, war dies als Antrag auf Feststellung der Erledigung auszulegen (vgl. das Versäumnisurteil des Senats vom 13.11.2014). Dieser Antrag verbleibt indessen ohne Erfolg, da die Klage von Anfang an unbegründet war.

2.5 Da sich die Beklagten insgesamt auf den Ausschlussbestand des § 4 Nr. 5 AVB-RSW berufen und die Versicherungsleistung verweigern können, verbleiben auch die Hilfsanträge der Kläger (Feststellung der Verpflichtung der Beklagten, Deckung zu erteilen oder den Insolvenzverwalter von der Klageforderung freizustellen) sowie der Antrag, den Annahmeverzug der Beklagten festzustellen, ohne Erfolg.

3. Die Kostenentscheidung ergibt sich aus § 91 Abs. 1, § 344 ZPO. Die Beklagten waren zum Termin am 13.11.2014 ordnungsgemäß geladen und hatten mit Schriftsatz vom 12.11.2014 angekündigt, den Verhandlungstermin am 13.11.2014 nicht wahrzunehmen.

4. Die Entscheidung über die vorläufige Vollstreckbarkeit folgt aus § 708 Nr. 10, § 713 ZPO.

5. Die Revision war nach § 543 Abs. 2 ZPO nicht zuzulassen. Es handelt sich um eine Einzelfallentscheidung ohne grundsätzliche Bedeutung. Entgegenstehende höchst- oder obergerichtliche Rechtsprechung ist ebenfalls nicht ersichtlich. Insbesondere weicht der Senat nicht von der Entscheidung des OLG Frankfurt vom 20.3.2014 – 3 U 233/12, juris Rdnr. 34 ff ab. ■

## Steuerberaterhaftung

- Umsatzsteuer
- Berufsbetreuer
- Kenntnis der Rechtsprechung (OLG Naumburg, Urt. v. 27.8.2015 – 4 U 90/14)

### Leitsatz:

Im Jahre 2006 bestanden für einen Steuerberater noch keine Anhaltspunkte dafür, dass die aus einer Betreuer-tätigkeit erzielten Einkünfte infolge einer sich abzeichnenden Gemeinschaftswidrigkeit von § 4 Nr. 14 UStG in der bis zum 18.12.2006 geltenden Gesetzesfassung nicht der Umsatzsteuer unterliegen können. ■

### Zum Sachverhalt:

Die Klägerin nimmt den Beklagten auf Zahlung von Schadenersatz wegen einer behaupteten Pflichtverletzung eines Steuerberatervertrages in Anspruch.

Die Klägerin ist als Berufsbetreuerin tätig und hatte den Beklagten als Steuerberater mit der Erstellung ihrer Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2005 beauftragt. Auf der Grundlage der am 7.7.2006 bei dem FA Halle eingegangenen Umsatzsteuererklärung des Beklagten setzte das FA mit Bescheid vom 8.9.2006 Umsatzsteuer in Höhe von 6.351,77 EUR fest. Der Bescheid wurde bestandskräftig.

Die von der Klägerin im Jahr 2009 beauftragte neue Steuerberaterin wies sie auf eine in Fachkreisen geführte Diskussion über eine Umsatzsteuerpflicht von Berufsbetreuern hin, woraufhin die Klägerin ab 2009 gegen die Umsatzsteuerbescheide des FA Einspruch einlegen ließ. Ihren Antrag vom 23.11.2012, die Umsätze aus der Tätigkeit als Berufsbetreuerin für die Zeit vom 1.7.2005 bis zum 31.12.2010 umsatzsteuerfrei zu stellen, lehnte das FA Halle mit Bescheid vom 16.5.2013 mit der Begründung ab, dass die einschlägige EU-Mehrwertsteuerrichtlinie eine Umsatzsteuerbefreiung auf Einrichtungen mit sozialem Charakter beschränke, was auf die Klägerin als Berufsbetreuerin nicht zutreffe.



Die Klägerin hat die Auffassung vertreten und meint weiterhin, dass der Beklagte den Steuerberatervertrag schlecht erfüllt habe, weil ihm die in den Fachkreisen bereits im Jahr 2005 geführte Diskussion über eine Umsatzsteuerfreiheit eines Berufsberaters, die der BFH mit *Urteil vom 25.4.2013 – V R 7/11*, schließlich bejaht habe, hätte bekannt sein müssen, weswegen er hätte raten müssen, den Umsatzsteuerbescheid des FA Halle vom 8.9.2006 für den Veranlagungszeitraum 2005 in Höhe von 6.351,77 EUR nicht rechtskräftig werden zu lassen, sondern dagegen Einspruch einzulegen. Die Klägerin hat behauptet, sich bei einer zutreffenden Beratung dementsprechend verhalten und den Beklagten mit der Einlegung des Einspruchs gegen den Umsatzsteuerbescheid 2005 beauftragt zu haben.

(Anträge: ...)

Der Beklagte hat die Auffassung vertreten, dass für ihn aus dem Steuerberatervertrag keine Pflicht bestanden habe, der Klägerin zur Einlegung eines Einspruchs gegen den Umsatzsteuerbescheid des FA Halle zu raten. Erst mit der Entscheidung des *BFH vom 25.4.2013 – V R 7/11*, sei die Steuerfreiheit eines Berufsbetreuers höchstrichterlich anerkannt worden. Das vorangegangene Urteil des BFH vom 18.8.2005 – *V R 71/03*, sei hingegen nicht einschlägig, weil es sich mit der Steuerfreiheit einer Legasthenie-Therapeutin für Legasthenie-Behandlungen im Rahmen der Eingliederungshilfe befasse. In dem weiteren *Urteil des BFH vom 11.3.2009 – XI R 68/06*, habe dieser sogar bestätigt, dass das von einem Berufsbetreuer in Rechnung gestellte Entgelt mit Umsatzsteuer belastet werde.

Im Übrigen habe sich im Jahre 2006 keine wissenschaftliche Diskussion herausgebildet, welche in die Richtung der späteren Rechtsentwicklung gewiesen hätte. Daher hätte im damaligen Zeitpunkt auch ein Rechtskundiger die Erfolgsaussichten eines Rechtsmittels gegen den Bescheid nicht zuverlässig einschätzen können. Außerdem hat der Beklagte die Einrede der Verjährung erhoben.

Das LG hat die Klage mit Urteil vom 21.11.2014 abgewiesen und im Wesentlichen ausgeführt:

Eine Pflichtverletzung des Beklagten könne dahingestellt bleiben, weil ein Schadenersatzanspruch der Klägerin verjährt sei. Offen bleiben könne zudem, ob der geltend gemachte Schaden kausal auf eine Pflichtverletzung des Beklagten zurückzuführen sei. Es sei eher unwahrscheinlich, dass das FA auf einen Einspruch hin den Umsatzsteuerbescheid vom 8.9.2006 unter den Vorbehalt der Nachprüfung gestellt hätte. Ein Schadenersatzanspruch der Klägerin sei aber verjährt, weil die dreijährige Verjährungsfrist des § 195 BGB am 31.12.2011 geendet habe. Die Verjährungsfrist habe im Jahr 2009 begonnen, weil die Klägerin in diesem Jahr von ihrer Steuerberaterin auf die steuerrechtliche Diskussion über die Umsatzsteuerbefreiung für Berufsbetreuer hingewiesen worden und ihr von diesem Zeitpunkt an bekannt gewesen sei, die Steuerbescheide unter einen Vorbehalt der Nachprüfung stellen zu lassen.

Zu diesem Zeitpunkt sei das Mandatsverhältnis mit dem Beklagten bereits beendet gewesen. Die Frage, ob der Klägerin eine Klageerhebung gegen den Beklagten wegen Verletzung des Steuerberatervertrages zumutbar gewesen sei, obwohl die Steuerfreiheit im Jahre 2009 noch rechtlich umstritten gewesen sei, sei im Ergebnis zu bejahen. Wenn sie davon ausgehe, dass der Beklagte im Jahre 2006 zu einem Einspruch gegen den Steuerbescheid hätte raten müssen, dann wäre es aber auch ihr zuzumuten gewesen, im Jahr 2009 trotz der Risiken eine Schadenersatzklage gegen den Beklagten zu erheben.

Hiergegen richtet sich die Berufung der Klägerin. Sie vertritt die Auffassung, dass Schadenersatzansprüche gegen den Beklagten nicht verjährt seien, weil eine Kenntnis von einer Pflichtverletzung des Beklagten bei ihr erst mit Erlass des Urteils des BFH vom 25.4.2013 vorgelegen habe. Bis zu diesem Zeitpunkt habe sie davon ausgehen dürfen, dass der Beklagte seine vertraglichen Verpflichtungen ihr gegenüber erfüllt habe.

Eine Pflichtverletzung des Beklagten folge unabhängig von der seinerzeitigen juristischen Diskussion aus einer unmittelbaren Anwendung des Art. 132 Abs. 1 Buchst. g der Richtlinie 2006/112/EG des Rates der Europäischen Union vom 28.11.2006. Der Beklagte, der ihr gegenüber zur Wahl des sichersten Weges verpflichtet gewesen sei, hätte dafür Sorge tragen müssen, dass sie gegen den Bescheid des FA vom 8.9.2006 Einspruch einlege, um wenigstens den Vorbehalt der Nachprüfung zu erhalten. Dann hätte sie das Einspruchsverfahren und erforderlichenfalls auch ein Klageverfahren erfolgreich zu Ende geführt.

(Anträge: ...)

Der Beklagte verteidigt die angefochtene Entscheidung unter Wiederholung und Vertiefung seines erstinstanzlichen Vorbringens.

Im Übrigen wird von der Darstellung des Sachverhalts gemäß § 540 Abs. 2 in Verb. mit § 313a Abs. 1 Satz 1 ZPO und § 26 Nr. 8 Satz 1 EGZPO Abstand genommen. ■

#### Aus den Gründen:

Die gemäß § 511 Abs. 1 und 2 Nr. 1 ZPO statthafte und auch sonst formell zulässige, insbesondere form- und fristgerecht gemäß den §§ 517, 519, 520 ZPO eingelegte und begründete Berufung der Klägerin bleibt in der Sache, allerdings aus einem anderen Rechtsgrund als in der angefochtenen Entscheidung, im Ergebnis ohne Erfolg.

1. Der Beklagte ist nicht gemäß § 214 Abs. 1 BGB wegen **Verjährungseintritts** zur Verweigerung der Leistung berechtigt. Schadenersatzansprüche der Klägerin gegen den Beklagten wegen einer schuldhaften Verletzung des Steuerberatervertrages gemäß den §§ 280 Abs. 1, 675 BGB dadurch, dass er gegen den vom FA Halle über die Festsetzung der Umsatzsteuer für das Jahr 2005 erlassenen Bescheid vom 8.9.2006 keinen Einspruch eingelegt hat bzw. der Klägerin nicht geraten hat, hiergegen einen Rechtsbehelf einzulegen, sind entgegen der Auffassung des LG nicht verjährt.

Schadenersatzansprüche gegen Steuerberater verjähren gemäß den §§ 195, 199 Abs. 1 Nr. 1 und 2 BGB in drei Jahren ab dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von der Person des Schuldners und von den den Anspruch begründenden Umständen Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.

Für den Fall der Rechtsberaterhaftung hat der BGH entschieden, dass eine **Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis** der den Anspruch begründenden Umstände nicht schon dann vorliegt, wenn dem Gläubiger Umstände bekannt werden, nach denen zu seinen Lasten ein Rechtsverlust eingetreten ist. **Der in der Regel nicht fachkundige Mandant könne ähnlich wie der Patient, der Amtshaftungsgläubiger und der Anleger etwaige Fehlleistungen seines berufenen Fachmanns nicht erkennen** (vgl. BGH, Urt. v. 6.2.2014 – IX ZR 245/12, juris).

Ebenso wie der ungünstige Ausgang eines Rechtsstreits in erster Instanz grundsätzlich noch nicht die erforderliche Kenntnis im Sinne von § 199 Abs. 1 Nr. 1 BGB vermitteln kann, erlangte die Klägerin alleine mit dem Erlass des Umsatzsteuerbescheids vom 8.9.2006 für das Jahr 2005 noch keine Kenntnis in diesem Sinn, solange sie nicht auch Kenntnis von solchen Tatsachen erlangte, aus denen sich für sie ergab, dass ihr Rechtsberater von dem üblichen rechtlichen Vorgehen abgewichen war oder Maßnahmen nicht eingeleitet hatte, die aus rechtlicher Sicht zur Vermeidung des Schadens indes erforderlich waren (vgl. BGH, Urt. v. 6.2.2014, a.a.O.).

**Nach diesen Grundsätzen hatte die Klägerin erst ab der Verkündung des Urteils des BFH vom 25.4.2013 – V R 7/11, über die Umsatzsteuerbefreiung von Leistungen eines Berufsbetreibers die erforderliche Kenntnis davon, dass ein Schaden in Höhe der Umsatzsteuerfestsetzung eingetreten war und dementsprechend eine Pflichtverletzung des Beklagten und ein daraus folgender Schadenersatzanspruch gegen ihn in Betracht kommt.** Folgerichtig kann für die Zeit davor eine solche Kenntnis der Klägerin über den ihr entstandenen Schaden und die darauf beruhenden anspruchsbegründenden Umstände nicht angenommen werden.

**Es kann für die Frage der Verjährung dahingestellt bleiben, ob eine Umsatzsteuerbefreiung für Berufsbetreuer ein seinerzeit in Fachkreisen, insbesondere in der steuerrechtlichen Literatur, kontrovers diskutiertes Problem gewesen ist.** Falls dies so gewesen ist, hätte für die Klägerin alleine deswegen noch kein hinreichender Anlass bestanden, an der Richtigkeit der vom Beklagten ergriffenen Maßnahmen anlässlich der Umsatzsteuererklärung zu zweifeln. Unabhängig davon hatte selbst der BFH in seinem Urteil vom 11.3.2009 – XI R 68/06, noch ausgeführt, dass das von einem Berufsbetreuer in Rechnung gestellte Entgelt gemäß einem BMF-Schreiben in BStBl I 2000, 1251 mit Umsatzsteuer belastet werde.

War mithin Verjährungsbeginn der 31.12.2013, ist die dreijährige Verjährungsfrist des § 195 BGB mit der Klageerhebung durch Zustellung der Klageschrift am 24.7.2014 rechtzeitig gemäß § 204 Abs. 1 Nr. 1 BGB gehemmt worden.

2. Die angefochtene Entscheidung erweist sich aber aus einem anderen rechtlichen Gesichtspunkt als im Ergebnis zutreffend. Der Klägerin stehen mit Blick auf die streitgegenständliche Umsatzsteuerjahreserklärung für das Jahr 2005 keine Schadenersatzansprüche wegen eines Beratungsfehlers des zwischen den Parteien geschlossenen Steuerberatervertrages gemäß den §§ 675 in Verb. mit § 280 Abs. 1 BGB gegen den Beklagten deswegen zu, weil er ihr nicht geraten hat, gegen den Umsatzsteuerbescheid des FA Halle vom 8.9.2006 Einspruch einzulegen.

**Denn im Jahr 2006 bestanden für den Beklagten noch keine Anhaltspunkte dafür, dass die von der Klägerin als Berufsbetreuerin erzielten Einkünfte infolge einer sich abzeichnenden Gemeinschaftswidrigkeit von § 4 Nr. 14 UStG in der bis zum 18.12.2006 geltenden Gesetzesfassung, wonach Umsätze aus der Tätigkeit als Arzt, Zahnarzt, Heilpraktiker, Krankengymnast, Hebamme oder aus einer ähnlichen heilberuflichen Tätigkeit steuerfrei sind, nicht der Umsatzsteuer unterliegen könnten.**

Der um Rat ersuchte steuerliche Berater ist dem Mandanten gegenüber zu einer umfassenden und möglichst erschöpfenden Belehrung verpflichtet. Er hat ihm diejenigen Schritte anzuraten, die zu dem erstrebten Ziel zu führen geeignet sind, und Nachteile für den Auftraggeber zu verhindern, soweit solche vorhersehbar und vermeidbar sind. Dazu hat der Steuerberater dem Auftraggeber den **relativ sichersten und ungefährlichsten Weg zu dem angestrebten steuerlichen Ziel** aufzuzeigen und die für den Erfolg notwendigen Schritte vorzuschlagen, damit der Mandant eine sachgerechte Entscheidung treffen kann.

Wegen der richtungsweisenden Bedeutung, die höchstrichterlichen Entscheidungen für die Rechtswirklichkeit zukommt, hat sich der Steuerberater bei der Wahrnehmung seines Mandats grundsätzlich an dieser Rechtsprechung auszurichten. **Maßgeblich ist die jeweils aktuelle höchstrichterliche Rechtsprechung im Zeitpunkt seiner Inanspruchnahme.** Hierbei darf der Berater in der Regel auf deren Fortbestand vertrauen, weil von einer gefestigten höchstrichterlichen Rechtsprechung nur in Ausnahmefällen abgewichen zu werden pflegt. **Entgegenstehende Judikatur von Instanzgerichten und vereinzelte Stimmen im Schrifttum verpflichten den Steuerberater regelmäßig nicht, bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben die abweichende Meinung zu berücksichtigen.**

Ebenso darf ein Steuerberater grundsätzlich auf die Verfassungsmäßigkeit des von der Steuerverwaltung angewendeten Steuergesetzes vertrauen. **Eine Änderung der Rechtsprechung hat der Berater allerdings in Betracht zu ziehen, wenn ein oberstes Gericht darauf hinweist oder neue Entwicklungen in Rechtsprechung und Rechtswissenschaft Auswirkungen auf eine ältere Rechtsprechung haben können und es zu einer bestimmten Frage an neueren höchstrichterlichen Entscheidungen fehlt.** Eine Verpflichtung des Beraters, die Rechtsprechung der Instanzgerichte und das Schrifttum einschließlich der Aufsatzliteratur heranzuziehen, kann ausnahmsweise auch dann bestehen, wenn ein Rechtsgebiet aufgrund eindeutiger Umstände in der Entwicklung begriffen und (neue)

höchstrichterliche Rechtsprechung zu erwarten ist (vgl. z.B. BGH, Urt. v. 19.3.2009 – IX ZR 214/07; BGH, Urt. v. 6.11.2008 – IX ZR 140/07; BGH, Urt. v. 30.9.1993 – IX ZR 211/92; OLG Celle, Urt. v. 23.2.2011 – 3 U 174/10, juris).

Unter Berücksichtigung dieser Grundsätze ist nicht anzunehmen, dass der Beklagte im vorliegenden Fall seine ihm gegenüber der Klägerin obliegenden Beratungspflichten aus dem Steuerberatervertrag verletzt hat.

Der Beklagte hat die Umsatzsteuererklärung für das Jahr 2005 im Jahr 2006, mithin fast sieben Jahre vor Erlass des **Urteils des BFH vom 25.4.2013 – V R 7/11**, abgegeben, in dem dieser entschieden hat, dass ein Berufsbetreuer, der gemäß § 1896 BGB gerichtlich zur Erbringung von Betreuungsleistungen bestellt ist, als anerkannte Einrichtung im Sinne von Art. 13 Teil A Abs. 1 Buchst. g der Richtlinie 77/388/EWG und Art. 132 Abs. 1 Buchst. g MwStSystRL handelt und sich für die Steuerfreiheit der aufgrund dieser Bestellung erbrachten Betreuungsleistungen auf das Unionsrecht berufen darf.

Art. 13 Teil A Abs. 1 Buchst. g der Richtlinie 77/388/EWG (ab 2007 Art. 132 Abs. 1 Buchst. g MwStSystRL 2006/112 VVEG) bestimmte:

Befreiungen bestimmter dem Gemeinwohl dienender Tätigkeiten:

Unbeschadet sonstiger Gemeinschaftsvorschriften befreien die Mitgliedstaaten unter den Bedingungen, die sie zur Gewährleistung einer korrekten und einfachen Anwendung der nachstehenden Befreiungen sowie zur Verhütung von Steuerhinterziehungen, Steuerumgehungen und etwaigen Missbräuchen festsetzen, von der Steuer:

(...)

g) Die eng mit der Sozialfürsorge und der sozialen Sicherheit verbundenen Dienstleistungen und Lieferungen von Gegenständen, einschließlich derjenigen der Altenheime, durch Einrichtungen des öffentlichen Rechts oder andere von dem betreffenden Mitgliedstaat als Einrichtungen mit sozialem Charakter anerkannte Einrichtungen.

**Vom Zeitpunkt der Veröffentlichung der vorgenannten Entscheidung des BFH in den einschlägigen Fachzeitschriften an war der Beklagte auf jeden Fall verpflichtet, die Klägerin auf die Umsatzsteuerfreiheit ihrer beruflich erbrachten Betreuungsleistungen hinzuweisen.** Zu dieser Zeit war der Steuerberatervertrag zwischen den Parteien aber bereits beendet.

Für den **hier allein interessierenden Zeitraum 2006** bestanden für den Beklagten aber keine von ihm als Steuerberater zu beachtenden Hinweise in Rechtsprechung und steuerrechtlicher Literatur, die ihn hätten veranlassen müssen, der Klägerin den Einspruch gegen den Umsatzsteuerbescheid des FA Halle vom 8.9.2006 anzuraten.

Der **BFH** hatte zwar bereits mit *Urteil vom 18.8.2005 – V R 71/03*, entschieden, dass Umsätze aus **Legasthenie-Behandlungen**, die im Rahmen der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII erbracht und gegenüber dem Träger für die betreffende Sozialleistung abgerechnet werden, nicht gemäß § 4 Nr. 14 UStG 1999 der Umsatzsteuer unterliegen. Hinweise auf eine generelle Unzulässigkeit der Besteuerung von Leistungen eines Berufsbetreuers über den vom BFH beurteilten speziellen Fall von Umsätzen einer Legasthenie-Therapeutin für Behandlungen, die im Rahmen der Eingliederungshilfe erbracht und gegenüber dem Träger für die betreffende Sozialleistung abgerechnet werden, hinaus enthält diese Entscheidung nicht.

Soweit der BFH ausgesprochen hat, dass der Begriff Einrichtung in Art. 13 Teil A Abs. 1 Buchst. g der Richtlinie 77/388/EWG grundsätzlich weit genug gefasst sei, um auch private Einheiten mit Gewinnerzielungsabsicht zu erfassen, hat er gleichwohl einschränkend ausgeführt, dass die genannte Richtlinie den Mitgliedsstaaten ein Ermessen in der Frage einräume, ob sie bestimmten Einrichtungen sozialen Charakter zuerkennen, und dass der Einzelne die Eigenschaft einer Einrichtung mit sozialem Charakter nicht schon dadurch erlangen könne, dass er sich auf diese Bestimmung berufe, es vielmehr Sache der nationalen Behörden sei zu bestimmen, welche Einrichtungen als Einrichtungen mit sozialem Charakter im Sinne von Art. 13 Teil A Abs. 1 Buchst. g der Richtlinie 77/388/EWG anzuerkennen seien.

Somit hat der BFH lediglich eine auf den Fall einer Legasthenie-Behandlung durch einen Therapeuten, der seine Leistungen im Rahmen der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII erbracht hat, zugeschnittene Entscheidung zur Umsatzsteuerbefreiung getroffen. Die von der Klägerin herangezogene Anmerkung von Heidner (vgl. UR 2006, 170) enthält über die Erstreckung des in der EG-Richtlinie aufgeführten Begriffs der Einrichtung auch auf natürliche Personen durch den BFH keine weiterführenden Hinweise darauf, dass auch Berufsberaterleistungen als umsatzsteuerfrei zu behandeln sind bzw. sein könnten. Dem Beklagten, der seine Tätigkeit für die Klägerin vorrangig an der höchstrichterlichen Rechtsprechung auszurichten hatte, kann somit allein auf der Grundlage der Entscheidung des BFH vom 18.8.2005 bezogen auf das Jahr 2006 keine Pflichtverletzung des Steuerberatervertrags mit der Klägerin deswegen vorgeworfen werden, dass er ihr keine Einspruchseinlegung gegen den Umsatzsteuerbescheid vom 8.9.2006 empfohlen hat.

Der Beklagte konnte aus der Entscheidung des **BFH vom 18.8.2005** bezogen auf den Veranlagungszeitraum 2005 im Verlauf des Jahres 2006 auch keine in der Entwicklung begriffene höchstrichterliche Rechtsprechung ableiten, der zufolge in Zukunft, wie mit der Entscheidung des *BFH vom 25.4.2013 – V R 7/11*, in der Folgezeit geschehen, auch Berufsbetreuer wahrscheinlich von der Umsatzsteuerpflicht befreit sein würden.

Soweit der BFH in der genannten Entscheidung eine unmittelbare Anwendung des Art. 13 Teil A Abs. 1 Buchst. g der Richtlinie 77/388/EWG als begünstigende Richtlinienbestim-

mung für eine Umsatzsteuerbefreiung, die im nationalen Recht noch nicht nachgezeichnet gewesen sei, bejaht, vermag dies eine Pflichtwidrigkeit des Beklagten ebenfalls nicht zu begründen, weil er mangels anderweitiger höchstrichterlicher Rechtsprechung – wiederum bezogen auf das Jahr 2006 – davon ausgehen durfte, dass der nationale deutsche Gesetzgeber die in Art. 13 Teil A Abs. 1 Buchst. g der Richtlinie 77/388/EWG genannten Steuerbefreiungen durch Beibehalten der bereits bestehenden Befreiungstatbestände in § 4 UStG europarechtskonform umgesetzt hat.

Ob in den Folgejahren nach 2006 bis zur Beendigung des Mandatsverhältnisses zwischen den Parteien im Jahr 2009 in den einschlägigen Fachzeitschriften eine für den Beklagten ersichtliche Entwicklung der Instanzgerichte und der steuerrechtlichen Literatur mit der begründeten Erwartung einer Umsatzsteuerbefreiung auch für Berufsbetreuer eingesetzt hat, die nach der Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union vom 15.11.2012 – C-174/11, schließlich vom BFH mit Urteil vom 25.4.2013 – V R 7/11, bejaht wurde, bedarf hier keiner Entscheidung, weil eine solche Entwicklung zeitlich nach dem Eintritt der Bestandskraft des Umsatzsteuerbescheids des FA Halle vom 8.9.2006 eingetreten wäre und daher keine rechtliche Bedeutung für eine Pflichtverletzung des Beklagten bis zu diesem Zeitpunkt hätte.

Wegen Fehlens einer objektiven Pflichtverletzung des Steuerberatervertrages durch den Beklagten im Jahr 2006 kann auch die bei unterstellter Pflichtverletzung zu prüfende **haftungsbegründende Kausalität** offen bleiben, die sich dann indes stellen würde, weil die steuerrechtliche Angelegenheit alleine mit der Einlegung eines Einspruchs gegen den Steuerbescheid vom 8.9.2006 aller Voraussicht nach nicht ihre Erledigung gefunden hätte.

Denn nach der vom FA zu jener Zeit vertretenen Auffassung einer Umsatzsteuerpflicht von Berufsbetreuern wäre mit einer Zurückweisung eines Einspruchs zu rechnen gewesen, zumal das FA bereits vorher den Vorbehalt der Nachprüfung im Umsatzsteuerbescheid vom 8.9.2006 gemäß § 164 Abs. 3 AO zulässigerweise aufgehoben hatte und demgemäß eine Aufhebung oder Änderung der Steuerfestsetzung nach § 164 Abs. 2 AO nicht mehr in Betracht kam.

**Dann hätte sich die Klägerin zu einer kostenträchtigen Klageerhebung mit unbekanntem Ausgang entschließen müssen, wobei sie die Beweislast für einen für sie günstigen Prozessausgang zu tragen hätte. (...) ■**

## Versicherungsschutz

- Steuerberater als Treuhandkommanditist
  - Bindungswirkung des Haftpflichtprozesses
  - Aufsichtsführende Treuhandtätigkeit
  - Handlungsspielräume
  - Eigene Anteile
- (OLG Köln, Beschl. v. 2.6.2014 – 9 U 157/13)

### Leitsatz (d. Red.):

1. Hat der Treuhänder die Entscheidungsbefugnis, ob er Angebote zum Abschluss von Treuhandverträge annehmen will oder nicht, übt er nicht nur eine rein aufsichtsführende Treuhandtätigkeit aus. Versicherungsschutz besteht nicht.

2. Die im Haftpflichtprozess rechtskräftig getroffenen Feststellungen zur Haftung haben auch für den Deckungsprozess Gültigkeit (sog. Bindungswirkung). ■

### Zum Sachverhalt:

Die Kläger nehmen die Beklagte auf Zahlung aus einer Berufshaftpflichtversicherung für Steuerberater in Anspruch, welche die zwischenzeitlich in Insolvenz gefallene U. C. mbH (nachfolgend: „U.“) bei der Beklagten unterhielt.

Durch rechtskräftiges Urteil des LG Berlin vom 22.12.2011 – 14 O 160/11 – wurde die U. verurteilt, an die Kläger insgesamt 19.800 EUR zuzüglich Zinsen zu zahlen und die Kläger von sämtlichen etwaigen Ansprüchen freizustellen, die an sie im Zusammenhang mit der Beteiligung an der V. K. GmbH & Co. Q. KG gerichtet werden. Das LG Berlin sah in dem Urteil vom 22.12.2011, auf das wegen der Einzelheiten Bezug genommen wird, den von den Klägern erhobenen Vorwurf unzureichender Aufklärung über Prospekt- und Informationsfehler hinsichtlich der mit der Beteiligung verbundenen Risiken als begründet an.

Nach Pfändung und Überweisung des vermeintlichen Deckungsanspruchs der U. haben die Kläger vor dem LG Köln Klage gegen die Beklagte erhoben, weil sich diese auf den Standpunkt stellte, dass die Treuhandtätigkeit der U. im Zusammenhang mit ihrer Stellung als Treuhandkommanditistin für den Q. nicht zum Bereich ihrer versicherten beruflichen Tätigkeit gehöre. Mit dem angefochtenen Urteil hat die 20. Zivilkammer des LG Köln die Klage mit der Begründung abgewiesen, dass die Tätigkeit der U. Elemente einer geschäftsführenden Treuhandtätigkeit aufgewiesen habe, weshalb sie gemäß § 4 Ziffer 6 AVB-S. als unternehmerische Tätigkeit vom Versicherungsschutz ausgenommen sei.

Gegen dieses Urteil richtet sich die frist- und formgerechte Berufung der Kläger, mit der sie fehlerhafte Rechtsanwendung durch das LG rügen. Das LG habe die Regelungen des Steuerberatungsgesetzes und die zur Einstandspflicht der Berufshaftpflichtversicherer bei Treuhandtätigkeiten von Steuerberatern ergangene Rechtsprechung missachtet, wonach eine geschäftsführende Treuhand nur anzunehmen sei, wenn der Treuhänder die Geschäfte des Fonds führe, was hier aber nicht der Fall gewesen sei. ■

(Anträge...)

### Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung ist in der Sache offensichtlich unbegründet. Den Klägern steht der mit ihrem Rechtsmittel weiterverfolgte Anspruch auf Zahlung von Versicherungsleistun-



gen in Höhe von 21.145 EUR aus dem zwischen der Beklagten und der U. geschlossenen Berufshaftpflichtversicherungsvertrag gemäß § 1 VVG in Verbindung mit § 4 Nr. 6 AVB-S nicht zu. Das LG hat zu Recht festgestellt, dass die Tätigkeit der U. im Zusammenhang mit den Q. nicht von der Pflichtversicherung für Steuerberater umfasst war, weil sie Elemente einer geschäftsführenden Treuhandtätigkeit beinhaltete, die mit dem Berufsbild des Steuerberaters nicht zu vereinbaren waren.

Der Senat nimmt insoweit gemäß § 522 Abs. 2 Satz 3 ZPO auf die Begründung seines Beschlusses vom 6.2.2014 Bezug.

Diese wird durch das Vorbringen der Kläger mit Schriftsatz vom 2.4.2014 nicht entkräftet. Soweit die Kläger es inhaltlich und rechtlich für nicht nachvollziehbar halten, woraus sich die vom Senat in seinem Hinweisbeschluss erwähnte Bindungswirkung der vom LG Berlin im Haftungsprozess getroffenen Feststellungen ergeben soll, ist anzumerken, dass die aus dem materiellen Leistungsversprechen des Haftpflichtversicherers folgende **Bindungswirkung** an die im Haftpflichtprozess getroffenen Feststellungen wesentliches Korrektiv des im Haftpflichtversicherungsrecht geltenden **Trennungsprinzips** ist (BGH, VersR 1992, 1504 und ständig); sie bewirkt, dass die im Haftpflichtprozess rechtskräftig getroffenen Feststellungen zur Haftpflichtfrage auch für den Deckungsprozess Gültigkeit haben.

Danach ist für die Entscheidung im vorliegend nach Erwirkung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses durch die Kläger eingeleiteten Deckungsprozess davon auszugehen, dass die U. den Klägern wegen vorvertraglicher Pflichtverletzung unter dem Gesichtspunkt der Prospekthaftung im weiteren Sinne schadenersatzpflichtig ist, §§ 311 Abs. 2 Nr. 1 BGB i.V. m. § 280 Abs. 1, 241 Abs. 2 BGB, weil sie die Kläger entgegen den in ihrer Eigenschaft als Treuhandkommandistin begründeten Pflicht, die künftigen Treugeber über alle für die Anlageentscheidung maßgeblich bedeutsamen Umstände zu informieren, nicht darüber aufgeklärt hatte, dass der Emissionsprospekt unzureichende Informationen über die mit der Beteiligung verbundenen Risiken beinhaltete.

Auf der Grundlage der in dem Urteil des LG Berlin vom 22.12.2011 im Weiteren getroffenen Feststellungen sowie der unstrittigen, u.a. aus dem Anlageprospekt selbst hervorgehenden Erkenntnisse ist ferner im hiesigen Deckungsprozess davon auszugehen, dass sich die Gesellschafterstellung der U. nicht in dem treuhänderischen Halten von Beteiligungen der Treugeber erschöpfte, **sondern die U. auch einen eigenen Anteil** hielt und damit nicht nur Treuhandgesellschafterin war, sondern auch „normale“ Gesellschafterin (vgl. dazu BGH, Urt. v. 9.7.2013 – II ZR 193/11).

Durch die ihr eingeräumte **Entscheidungsbefugnis, ob sie Angebote auf den Abschluss von Treuhandverträgen annehmen wollte oder nicht**, hatte die U. zudem **einen eigenen Handlungsspielraum, der ihre Rolle in dem Gesellschaftsgefüge von einer rein aufsichtführenden Treuhändertätigkeit deutlich unterschied**. Die vom LG in dem angefochtenen Urteil aufgezeigten hinzutretenden Besonderheiten ihrer

Aufgabenzuweisungen belegen, wie der Senat bereits in seinem Hinweisbeschluss vom 6.2.2014 dargelegt hat, noch zusätzlich den unternehmerischen Charakter der von der U. ausgeübten Funktionen. Indem die Kläger den vom LG genannten Beispielen aus dem Katalog der von der U. wahrzunehmenden Aufgaben und Befugnisse einen unternehmerischen Charakter absprechen, setzen sie ohne Erfolg lediglich ihre eigene Würdigung an die Stelle der zutreffenden Beurteilung des LG. (...) ■

## Anwaltschaftung

- Restschuldbefreiung des Mandanten
- Versäumter eigener Insolvenzantrag
- Schaden
- Kausalität
- Verjährung

(OLG Düsseldorf, Urt. v. 2.8.2012 – 24 U 110/11)

### Leitsätze:

1. Der Kläger kann noch in der Berufungsinstanz von einem Freistellungs- zu einem Feststellungsantrag übergehen, weil es sich dabei um eine bloße Beschränkung des Klageantrags i.S.v. § 264 Nr. 2 ZPO handelt.
2. Der Rechtsanwalt, der im Insolvenzantragsverfahren einen Schuldner vertritt, muss ihn darüber aufklären, dass der für eine Restschuldbefreiung erforderliche eigene Insolvenzantrag nur bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt werden kann.
3. Die Versäumung der vom Insolvenzgericht für einen Eigenantrag gesetzten Frist führt nicht zur Unzulässigkeit des Antrags. Die in § 287 Abs. 1 S. 2 InsO bestimmte Frist gilt nicht für den Eigenantrag des Schuldners, sondern nur für den – nicht mit einem Eigenantrag verbundenen – Antrag auf Restschuldbefreiung.
4. Der Schuldner kann im Regressprozess nicht auf die Stellung eines neuen Insolvenz- und Restschuldbefreiungsantrags nach Abschluss des laufenden Insolvenzverfahrens verwiesen werden, da ihm das nicht zuzumuten ist. Das gilt umso mehr, wenn er zuvor noch eine dreijährige Wartefrist zurücklegen müsste, weil sein Restschuldbefreiungsantrag im laufenden Insolvenzverfahren verworfen worden ist. ■

### Zum Sachverhalt:

Der Kläger begehrt von dem beklagten Rechtsanwalt Schadenersatz wegen Verletzung anwaltlicher Pflichten aus einem zwischen den Parteien geschlossenen Anwaltsvertrag.

Der Kläger betrieb einen Wach- und Sicherheitsdienst. Am 28.11.2005 stellte das FA X. beim AG K. (nachfolgend auch Insolvenzgericht) einen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens über sein Vermögen. Mit Schreiben vom



2.12.2005, welches dem Kläger am 6.12.2005 zugeing, übersandte das Insolvenzgericht dem Kläger diesen Antrag und wies ihn unter Beifügung der Unterlagen für die Stellung eines Restschuldbefreiungsantrages darauf hin, dass das Gesetz dem Schuldner die Möglichkeit der „Restschuldbefreiung“ gibt und dass Voraussetzung dafür zum einen ein eigener Insolvenzantrag des Schuldners und zum anderen ein Restschuldbefreiungsantrag ist. Gleichzeitig wurde dem Kläger mitgeteilt, dass der Insolvenzeröffnungsantrag binnen vier Wochen nach Zugang des Schreibens gestellt werden muss und dass der Restschuldbefreiungsantrag zusammen mit dem Insolvenzeröffnungsantrag gestellt werden soll.

Am 15.12.2005 wurde das vorläufige Insolvenzverfahren eröffnet und Rechtsanwalt T. zum vorläufigen Insolvenzverwalter bestellt.

Am 9.1.2006 fand zwischen dem Kläger und dem Beklagten in dessen Kanzlei ein Besprechungstermin statt. Nach den Feststellungen des LG beauftragte der Kläger den Beklagten bei dieser Gelegenheit, die von den Parteien gemeinschaftlich ausgefüllten Unterlagen für einen eigenen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens und die Unterlagen für den Restschuldbefreiungsantrag unverzüglich beim Insolvenzgericht einzureichen. Das geschah jedoch nicht. Die ausgefüllten Anträge verblieben in der Handakte des Beklagten.

Am 19.7.2006 wurde das Insolvenzverfahren über das Vermögen des Klägers eröffnet und Rechtsanwalt T. zum Insolvenzverwalter bestellt.

Die jetzigen Prozessbevollmächtigten des Klägers stellten mit Schriftsatz vom 25.5.2010 für diesen einen Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung. Diesen Antrag wies das AG Kleeve durch Beschluss vom 23.8.2010 als unzulässig zurück.

Das Insolvenzverfahren ist bislang noch nicht beendet.

Das LG hat den Beklagten antragsgemäß verurteilt, den Kläger von allen Forderungen freizustellen, die seine Gläubiger in dem über sein Vermögen beim AG K. geführten Insolvenzverfahren erfolgreich zur Gläubigertabelle angemeldet haben und die bei Abschluss des Verfahrens nicht beglichen werden konnten.

Die Berufung des Beklagten hatte, nachdem der Kläger in zweiter Instanz seinen Klageantrag dahin umgestellt hatte, dass er statt Freistellung die Feststellung der Schadenersatzpflicht des Beklagten begehrt, keinen Erfolg. ■

#### Aus den Gründen:

Der Beklagte ist dem Kläger wegen schuldhafter Verletzung seiner Pflichten aus dem zwischen den Parteien zustande gekommenen Anwaltsvertrag zum Schadenersatz verpflichtet.

1. Der Kläger hat den in erster Instanz gestellten Freistellungsantrag im Berufungsrechtszug im Hinblick auf die gegenüber dem bisherigen Klageantrag bestehenden Bestimmtheitsbedenken (§ 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO), auf die bereits das LG hätte hinweisen müssen, in einen Antrag auf Feststellung der

Schadenersatzpflicht des Beklagten umgestellt. Hiergegen bestehen keine Bedenken. Eine zweitinstanzliche Klageänderung i.S.d. §§ 263, 533 ZPO liegt hierin nicht.

Denn nach § 264 Nr. 2 ZPO ist es nicht als eine Änderung der Klage anzusehen, wenn ohne Änderung des Klagegrundes der Klageantrag in der Hauptsache oder in Bezug auf Nebenforderungen erweitert oder beschränkt wird. Das trifft z. B. für den Übergang von einem Anspruch auf Freistellung von einer Geldschuld auf einen Zahlungsanspruch zu. Zwar ist der Freistellungsanspruch grundsätzlich nicht auf Zahlung gerichtet. Der Freistellungs- wie der Zahlungsanspruch sind aber nur unterschiedliche Ausprägungen ein und desselben Anspruchs. Auch der Freistellungsanspruch beruht auf der Verpflichtung des Schuldners zum Schadenersatz (BGH, VersR 1985, 238 [240] = NJW 1985, 1152 [1154]; VersR 1994, 621 = NJW 1994, 944 [945]). Der Schädiger schuldet Ausgleich wegen der von ihm zu verantwortenden Belastung des Vermögens. Diese Schuld kann, je nachdem ob diese Belastung aus einer Verbindlichkeit oder sonstigen Vermögensnachteilen besteht, auf Schuldbefreiung oder auf Zahlung gerichtet sein.

Dementsprechend ist der Übergang von einem Zahlungs- auf ein Freistellungsbegehren als bloße Beschränkung des Klageantrags i.S.v. § 264 Rdnr. 2 ZPO zu werten (BGH, VersR 1994, 621 = NJW 1994, 944 [945]; Zöller/Greger, ZPO, § 264 Rdnr. 3b). Umgekehrt ist der Übergang von einem Befreiungs- auf einen Zahlungsanspruch nur eine bloße Erweiterung des Klageantrags im Sinne dieser Vorschrift (BGH, VersR 1994, 621 = NJW 1994, 944 [945]; Zöller/Greger, a.a.O., § 264 Rdnr. 3b).

Ebenso stellt der Übergang von der Feststellungs- zur Leistungsklage eine Klageerweiterung nach § 264 Nr. 2 ZPO dar (BGH, VersR 1992, 1110 = NJW 1992, 2296; Zöller/Greger, a.a.O., § 264 Nr. 3b), wie auch umgekehrt der Übergang von einem Leistungsantrag zum Feststellungsantrag nur eine Beschränkung des Klageantrags und keine Klageänderung darstellt (BAG, NJW 2011, 1988; Zöller/Greger, a.a.O., § 264 Nr. 3b). Gleiches gilt für den vorliegenden Fall des Übergangs von einem Freistellungsantrag zu einem Schadenersatzfeststellungsantrag. **Die Modifizierung des Antrags verändert nicht den Streitgegenstand; insoweit liegt nur eine qualitative Änderung des Klageantrags vor. Auf eine solche Modifizierung des Klageantrags finden daher diejenigen Vorschriften, die die Zulässigkeit einer Klageänderung regeln, keine Anwendung.**

Dies gilt nicht nur für § 263, sondern auch für § 533 ZPO (BGH, VersR 2004, 1472 [1474] = NJW 2004, 2152 [2154]; VersR 2006, 1361 = NZBau 2006, 254 [255]; NJW 2007, 3127 [3129]; NZI 2010, 565 [566]; Musielak/Ball, ZPO, 9. Aufl., § 533 Rdnr. 3). Wollte man dies anders sehen, lägen allerdings auch die Voraussetzungen für die Zulässigkeit einer zweitinstanzlichen Klageänderung nach letzterer Vorschrift vor: Die Antragsänderung ist ohne weiteres als sachdienlich anzusehen und sie kann auch auf Tatsachen gestützt werden, die der Senat seiner Verhandlung und Entscheidung ohnehin nach § 529 ZPO zugrunde zu legen hat.

2. Der in zweiter Instanz gestellte Feststellungsantrag ist zulässig.

a) Die von dem Beklagten mit der Berufungsbegründung gegenüber dem bisherigen Freistellungsantrag erhobenen Bestimmtheitsbedenken bestehen gegenüber dem nunmehr gestellten Feststellungsantrag nicht.

b) Der Feststellungsantrag ist nach § 256 Abs. 1 ZPO statthaft. Gegenstand der Feststellungsklage ist ein Rechtsverhältnis i.S.v. § 256 Abs. 1 ZPO, nämlich die Schadenersatzpflicht des Beklagten gegenüber dem Kläger (*vgl. dazu Zöller/Greger, a.a.O., § 256 Rdnr. 4*). Dass dem Kläger durch die geltend gemachte Pflichtverletzung des Beklagten ein zu ersetzender Schaden entstanden ist bzw. entsteht, ist hinreichend wahrscheinlich. Denn es ist schon jetzt absehbar, dass nicht alle zur Insolvenztabelle angemeldeten und festgestellten Forderungen im Insolvenzverfahren erfüllt werden können, so dass nach Abschluss des Insolvenzverfahrens Verbindlichkeiten verbleiben, die der Kläger erfüllen muss. Der Kläger hat auch ein rechtliches Interesse an der begehrten Feststellung (§ 256 Abs. 1 ZPO), weil der Beklagte seine Haftung bestreitet und das erstrebte Urteil geeignet ist, die dem subjektiven Recht des Klägers dadurch drohende gegenwärtige Gefahr zu beseitigen.

c) Der Kläger ist prozessführungsbefugt.

Der Senat hat bereits entschieden, **dass der Rechtsanwalt vom Insolvenzverwalter wegen fehlerhafter Beratung des Mandanten über dessen Pflichten während der Insolvenzreife nur in Regress genommen werden kann, wenn die geschuldete Beratung einen Schaden der Insolvenzgläubiger vermieden hätte** (*vgl. OLG Düsseldorf, Gl aktuell 2010, 202, juris*).

Nichts anderes kann im Streitfall gelten. Denn es geht hier um keinen Schaden der Insolvenzgläubiger, sondern um einen Schaden des Insolvenzschuldners, der darin besteht, dass dieser nach Abschluss des Insolvenzverfahrens die verbliebenen Forderungen der Insolvenzgläubiger befriedigen muss. Letztlich kommt es hierauf allerdings nicht entscheidend an, weil der Insolvenzverwalter die die gegenüber dem Beklagten bestehenden Ansprüche aus dem Insolvenzbeschluss mit Schreiben vom 17.8.2011 an den Kläger freigegeben hat.

3. In der Sache ist der nunmehr gestellte Antrag auf Feststellung der Schadenersatzpflicht des Beklagten begründet. Der Beklagte haftet dem Kläger im zuerkannten Umfang wegen der schuldhaften Verletzung der ihn treffenden Pflichten auf Schadenersatz (§§ 675, 611, 276, 280, 249 ff BGB).

a) Der Beklagte hat seine Pflichten aus dem Mandatsverhältnis mit dem Kläger in objektiver Hinsicht verletzt.

aa) Nach den – auf der Grundlage des erstinstanzlichen Sach- und Streitstandes zutreffenden – Feststellungen des LG beauftragte der Kläger den Beklagten anlässlich der Besprechung am 9.1.2006 in dessen Kanzlei, die von den Parteien bei dieser Gelegenheit gemeinschaftlich ausgefüllten Unter-

lagen für einen eigenen Antrag des Klägers auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens sowie einen Restschuldbefreiungsantrag unverzüglich beim Insolvenzgericht einzureichen.

Dem entsprechenden Sachvortrag des Klägers ist der Beklagte im ersten Rechtszug nicht nur nicht entgegengetreten, er hat vielmehr sogar ausdrücklich eingeräumt, dass der Kläger ihn **beauftragte, für ihn einen Insolvenzantrag mit Restschuldbefreiungsantrag beim AG Kleve einzureichen**. Dies hat der Beklagte versäumt; die ausgefüllten Anträge verblieben unstrittig in seiner Handakte.

Soweit der Beklagte in zweiter Instanz erstmals eine Beauftragung zur Stellung eines eigenen Insolvenzantrags sowie eines Restschuldbefreiungsantrags für den Kläger bestreitet und nunmehr behauptet, der Kläger habe bewusst von der Einreichung des gemeinsam mit ihm vorbereiteten Eigen- und Restschuldbefreiungsantrags abgesehen, kann er hiermit in zweiter Instanz nach § 531 Abs. 2 ZPO nicht mehr gehört werden. Denn es handelt sich hierbei um neues Vorbringen, das der Kläger ausdrücklich bestreitet, und ein Grund nach § 531 Abs. 2 ZPO zur Zulassung dieses neuen Vorbringens liegt nicht vor. (...)

Es kann ... dahinstehen, ob darin, dass der Beklagte in erster Instanz eingeräumt hat, dass der Kläger ihn beauftragte, für ihn einen Insolvenzantrag mit Restschuldbefreiungsantrag einzureichen, nicht ohnehin ein Geständnis i.S.d. § 288 Abs. 1 ZPO zu sehen ist, von dem sich der Beklagte nur unter den Voraussetzungen des § 290 ZPO hätte lösen können.

bb) Dadurch, dass er entgegen seinem Auftrag beim Insolvenzgericht keinen Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens sowie einen Antrag auf Restschuldbefreiung für den Kläger eingereicht hat, hat der Beklagte seine Pflichten aus dem mit dem Kläger zustande gekommenen Anwaltsvertrag verletzt.

cc) Eine Pflichtverletzung läge hier im Übrigen selbst dann vor, wenn der Kläger dem Beklagten in dem Besprechungstermin der Parteien oder danach erklärt hätte, der Beklagte solle mit der Einreichung des Eigenantrags sowie des Restschuldbefreiungsantrags zunächst noch zuwarten, weil er – der Kläger – zunächst erst klären wolle, ob das FA seinen Insolvenzeröffnungsantrag zurücknimmt. Denn in diesem Fall hätte der Beklagte den Kläger darüber aufklären müssen, dass der für eine Restschuldbefreiung erforderliche eigene Insolvenzantrag nur bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt werden kann.

**(1) Grundsätzlich ist der Rechtsanwalt aufgrund des Anwaltsvertrages in den Grenzen des ihm erteilten Mandats (BGH, VersR 1999, 188 = MDR 1998, 1378; VersR 1996, 1499 = NJW 1996, 2648; vgl. auch BGH, NJW 2009, 1141; Zugehör/Fischer/Sieg/Schlee, Handbuch der Anwaltschaft, 2. Aufl., Rdnr. 482 m.w.N.) verpflichtet, die Interessen seines Mandanten nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen und Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden können, zu vermeiden.**

Soweit der Mandant nicht eindeutig zu erkennen gibt, dass er des Rates nur in einer bestimmten Richtung bedarf, ist der Rechtsanwalt zur allgemeinen, umfassenden und möglichst erschöpfenden Belehrung des Auftraggebers verpflichtet. In den Grenzen des Mandats hat er dem Mandanten diejenigen Schritte anzuraten, die zu dem erstrebten Ziel zu führen geeignet sind, und Nachteile für den Auftraggeber zu verhindern, soweit solche voraussehbar und vermeidbar sind. Dazu hat er dem Auftraggeber den sichersten und gefahrlosesten Weg vorzuschlagen und ihn über mögliche Risiken aufzuklären, damit der Mandant zu einer sachgerechten Entscheidung in der Lage ist (BGH, VersR 1993, 1523 = WM 1993, 1376; VersR 2007, 393 = WM 2007, 419; VersR 2007, 1374 = NJW 2007, 2485; VersR 2008, 1112 = WM 2008, 1560; NJW 2009, 2949).

Der konkrete Umfang der anwaltlichen Pflichten richtet sich nach dem erteilten Mandat und den Umständen des einzelnen Falles (BGH, VersR 1996, 1499 = WM 1996, 1824; VersR 2008, 1112 = WM 2008, 1560). Ziel der anwaltlichen Rechtsberatung ist es, dem Mandanten eigenverantwortliche, sachgerechte (Grund-)Entscheidungen („Weichenstellungen“) in seiner Rechtsangelegenheit zu ermöglichen (vgl. BGH, NJW 2009, 1949; VersR 2007, 1374 = NJW 2007, 2485; VersR 2008, 1112 = WM 2008, 1560; Zugehör/Fischer/Sieg/Schlee, a.a.O., Rdnr. 558, 631 f.).

(2) Nach diesen Maßstäben wäre der Beklagte, der den Kläger in dem vereinbarten Besprechungstermin ersichtlich beraten sollte, unter Zugrundelegung seines eigenen Vorbringens gehalten gewesen, den rechtsunkundigen Kläger darüber aufzuklären, dass der zur Restschuldbefreiung erforderliche eigene Insolvenzantrag nur bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt werden kann.

**(2.1) Voraussetzung für die Gewährung der Restschuldbefreiung ist grundsätzlich ein Eigenantrag des Schuldners auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Auch für das Regelinsolvenzverfahren darf der Schuldner, der die Restschuldbefreiung anstrebt, auf einen solchen Eigenantrag nicht verzichten** (BGH, NZI 2004, 511; 2004, 593; BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433; BGH, ZinsO 2008, 1138; 2009, 1171). **Der Eigenantrag des Schuldners ist nur bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens zulässig.** Hat bereits ein Gläubigerantrag zur Insolvenzeröffnung geführt, ist bis zum Abschluss des Verfahrens ein Eigenantrag des Schuldners nicht mehr zulässig (BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433; BGH, NJW 2008, 3494 [3495] = NZI 2008, 609; ZinsO 2008, 1138).

**(2.2) Nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens war hier auch nicht ausnahmsweise ein isolierter Restschuldbefreiungsantrag wegen einer unterbliebenen oder fehlerhaften Belehrung des Klägers durch das Insolvenzgericht zulässig.**

(2.2.1) Nur dann, wenn das Insolvenzgericht die erforderlichen Hinweise zur Erlangung der Restschuldbefreiung fehlerhaft, unvollständig oder verspätet erteilt hat und das Insolvenzverfahren auf den Gläubigerantrag hin eröffnet worden ist, bevor der Schuldner den Eigenantrag stellt, genügt ausnahmsweise ein isolierter Antrag auf Restschuldbefreiung

(BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433; vgl. auch BGH, NJW 2008, 3494, [3495] = NZI 2008, 609).

Damit der Schuldner seine Rechte wahren kann, ist er, sofern es sich um eine natürliche Person handelt, gemäß § 20 Abs. 2 InsO auf die Erfordernisse zur Erlangung der Restschuldbefreiung hinzuweisen. Liegt ein Gläubigerantrag auf Insolvenzeröffnung vor, ist der Schuldner darauf aufmerksam zu machen, dass er neben dem Antrag nach § 287 Abs. 1 S. 1 InsO auch einen eigenen Antrag auf Insolvenzeröffnung stellen muss (BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433; BGH, ZInsO 2009, 1171). Hierfür ist ihm eine angemessene richterliche Frist zu setzen, die in der Regel nicht mehr als vier Wochen ab Zugang der Verfügung betragen sollte (BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433 [1434]; BGH, ZInsO 2009, 1171). Die für den Restschuldbefreiungsantrag geltende, nicht verlängerbare Zwei-Wochen-Frist des § 287 Abs. 1 S. 2 InsO steht dem nicht entgegen.

Denn diese gilt nur für den Restschuldbefreiungsantrag und kann erst in Lauf gesetzt werden, wenn der Eigenantrag auf Insolvenzeröffnung gestellt ist (BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433 [1434]; vgl. auch BGH, NZI 2004, 593 [594]; NJW-RR 2006, 551 = NZI 2006, 181). Hat es das Insolvenzgericht versäumt, dem Schuldner für die Nachholung des Insolvenzantrags eine Frist zu setzen, oder ist dem Schuldner die Fristsetzung nicht bekannt gemacht worden, läuft die Frist nicht (BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433 [1434] m.w.N.). Hat der Gläubigerantrag in einem derartigen Fall bereits zur Verfahrenseröffnung geführt und ist ein Eigenantrag des Schuldners deshalb nicht mehr zulässig, genügt es zur Erhaltung der Aussicht auf Restschuldbefreiung, dass der Schuldner nunmehr lediglich einen Restschuldbefreiungsantrag stellt (BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433 [1434]).

(2.2.2) Hier hatte das Insolvenzgericht den Kläger mit Schreiben vom 2.12.2005 allerdings auf die Möglichkeit der Restschuldbefreiung hingewiesen, wobei der Kläger auch darauf aufmerksam gemacht wurde, dass Voraussetzung hierfür nicht nur ein Restschuldbefreiungsantrag, sondern auch ein eigener Insolvenzantrag ist. Hinsichtlich der Stellung eines solchen Eigenantrags wurde dem Kläger eine Frist von vier Wochen gesetzt. Außerdem wurde der Kläger darauf hingewiesen, dass der Restschuldbefreiungsantrag zusammen mit dem Insolvenzeröffnungsantrag gestellt werden soll.

Der Kläger wurde damit nicht nur die Notwendigkeit eines Eigenantrages hingewiesen, sondern es wurde ihm auch eine Frist von vier Wochen zur Stellung eines solchen Antrags gesetzt. Das Schreiben des Insolvenzgerichts vom 2.12.2005 hat der Kläger unstreitig erhalten; dieses ging ihm unstreitig am 6.12.2005 zu. Dementsprechend hat das AG Kleve den vom Kläger durch seine nunmehrigen Prozessbevollmächtigten gestellten Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung vom 25.5.2010 durch Beschluss vom 23.8.2010 auch als unzulässig zurückgewiesen bzw. verworfen.

(2.3) Soweit der Beklagte in erster Instanz behauptet hat, das Schreiben des Insolvenzgerichts vom 2.12.2005 sei ihm vom Kläger nicht übergeben worden, bedarf dies keiner Aufklä-

rung. Sollte dies zutreffen, hätte der Beklagte beim Kläger nachfragen müssen, welche Unterlagen dieser vom Gericht erhalten hatte. **Keinesfalls durfte der Beklagte einfach davon ausgehen, dass der Kläger vom Insolvenzgericht nicht über die Erforderlichkeit eines Eigenantrags belehrt und/oder dass dem Kläger eine Frist zur Stellung eines solchen Antrags nicht gesetzt worden war.** Dass er hiervon ausgegangen sei, behauptet der Beklagte auch gar nicht.

(3) Ohne die Eröffnung des Insolvenzverfahrens wäre ein Eigenantrag sowie ein Restschuldbefreiungsantrag des Klägers noch möglich gewesen.

(3.1) Zwar war im Zeitpunkt der Mandatierung des Beklagten am 9.1.2006 die dem Kläger vom Insolvenzgericht mit dem Schreiben vom 2.12.2005 gesetzte Frist zur Stellung eines Eigenantrags bereits abgelaufen. Die Versäumung der Frist führte aber nicht zur Unzulässigkeit eines solchen Antrags. **Der Kläger hätte den Antrag vielmehr wirksam bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens stellen können** (vgl. BGH, NJW 2008, 3494 [3495] = NZI 2008, 609).

Die Unzulässigkeit des Antrags folgte nicht aus § 287 Abs. 1 S. 2 InsO. Die dort genannte Frist von zwei Wochen gilt ... nicht für den Eigenantrag des Schuldners, sondern nur für den Antrag auf Restschuldbefreiung, wenn dieser nicht mit dem Eigenantrag verbunden worden ist (vgl. BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433 [1434]; BGH, NZI 2004, 593 [594]; NJW-RR 2006, 551 = NZI 2006, 181; NJW 2008, 3494 [3495]; ZInsO 2009, 1171). Auch folgte die Unzulässigkeit eines Eigenantrags nicht aus § 4 InsO, § 230 ZPO, weil letztere Vorschrift auf die Nichteinhaltung der für die Eigenantragstellung zu setzenden richterlichen Frist nicht anzuwenden ist (BGH, NJW 2008, 3494 [3495] = NZI 2008, 609).

Die richterliche Frist hat den Zweck, den Schuldner im Interesse einer zügigen Behandlung des Verfahrens dazu anzuhalten, sich möglichst kurzfristig zu entschließen, ob er den Eigenantrag stellen will, der ihm die Option auf die Erlangung der Restschuldbefreiung offen hält (BGHZ 162, 181 = NJW 2005, 1433 [1434]; BGH, NJW 2008, 3494 [3495] = NZI 2008, 609; ZInsO 2008, 1138). Diesem Zweck wird bereits dadurch genügt, dass das Insolvenzverfahren nach Ablauf der Frist dann, wenn die Eröffnungsvoraussetzungen gegeben sind, jederzeit eröffnet werden kann (BGH, NJW 2008, 3494 [3495] = NZI 2008, 609; ZInsO 2008, 1138). Der Eigenantrag auf Insolvenzeröffnung kann deshalb bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens wirksam gestellt werden (BGH, NJW 2008, 3494 [3495]; ZInsO 2009, 1171).

(3.2) Mit dem somit bis zur Verfahrenseröffnung noch möglichen Eigenantrag hätte auch noch ein Restschuldbefreiungsantrag gestellt werden können.

(4) Vor diesem Hintergrund hätte der Beklagte den Kläger, sofern dieser mit der Stellung des Eigenantrags sowie des Restschuldbefreiungsantrags noch hätte zuwarten wollen, in jedem Falle **darüber aufklären müssen, dass eine Restschuldbefreiung einen eigenen Insolvenzantrag voraussetzt und dass dieser nur noch bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf**

**den Gläubigerantrag gestellt werden kann, danach aber nicht mehr.** Dass der Beklagte den Kläger hierauf hingewiesen hat, behauptet der Beklagte nicht, weshalb dieser auch unter Zugrundelegung seines eigenen – streitigen – Berufungsvorbringens seine anwaltlichen Pflichten verletzt hat.

b) Der Beklagte hat die objektive Pflichtverletzung auch zu vertreten.

War er ... zur unverzüglichen Einreichung des Eigenantrags sowie des Restschuldbefreiungsantrags beauftragt, hätte er sogleich dafür sorgen müssen, dass die im Besprechungstermin ausgefüllten Unterlagen samt Anträgen beim Insolvenzgericht eingereicht werden. Dies hat er versäumt. Umstände, die den Beklagten insoweit entlasten könnten, sind nicht feststellbar.

Sollte die dem Beklagten anzulastende Pflichtverletzung allein in der unterbliebenen Aufklärung des Klägers liegen, hat der Beklagte auch dies zu vertreten. Dass eine Restschuldbefreiung neben einem Antrag auf Restschuldbefreiung einen eigenen Insolvenzantrag des Schuldners voraussetzt und ein solcher Eigenantrag grundsätzlich nur bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens auf den Gläubigerantrag gestellt werden kann, hätte er wissen müssen.

c) Die Pflichtverletzung des Beklagten hat mit hinreichender Wahrscheinlichkeit auch zu einem **Schaden des Klägers** geführt bzw. wird zu einem solchen führen.

aa) Wird dem Anwalt eine Unterlassung vorgeworfen, so muss untersucht werden, wie die Dinge abgelaufen wären, wenn der Rechtsanwalt die versäumte Handlung pflichtgemäß vorgenommen hätte. Die Feststellung, ob infolge der Pflichtverletzung ein Schaden entstanden ist, gehört zur **haftungsausfüllenden Kausalität**. Nach dem auch im Regressrecht geltenden **normativen Schadensbegriff soll der Auftraggeber nur in die Vermögenslage versetzt werden, in der er sich nach der materiellen Rechtslage zu dem Zeitpunkt, in dem über sein Verfahren aus der maßgeblichen Sicht des Regressgerichts zu befinden war, hätte befinden müssen** (BGHZ 124, 86 [95]; = VersR 1994, 238 [240]; 125, 27 [34] = VersR 1994, 596 [598]; 145, 256 [262] = VersR 2001, 201 [203] = NJW 2001, 146; BGH, VersR 1995, 2344; Senat, OLGR 2008, 124; 2009, 167).

Der Beweis ist nach ständiger Rechtsprechung des BGH (BGHZ 4, 192 [196]; 84, 244 [253]; = VersR 1982, 851 [853]; BGH, VersR 1994, 68 [70] = NJW 1993, 3073 [3076]; VersR 2001, 638 [639] = NJW 2000, 1572 [1573]; VersR 2005, 510 [511] = NJW 2004, 1521 [1522]; vgl. auch Zugehör/Fischer/Sieg/Schlee, a.a.O., Rdnr. 992 m.w.N.; Zöller/Greger, a.a.O., § 287 Rdnr. 3), der der Senat folgt (vgl. OLG Düsseldorf, OLGR 2005, 734; 2006, 741; 2007, 195), unter Heranziehung des **§ 287 Abs. 1 ZPO** zu führen. Es ist somit zu ermitteln, **ob eine überwiegende Wahrscheinlichkeit dafür besteht, dass nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge oder den besonderen Umständen des Streitfalls mit für den Mandanten günstigeren Feststellungen zu rechnen gewesen wäre** (vgl. Senat, VersR 2011, 1060 m.w.N.).



bb) Danach gilt ... Folgendes:

Hätte der Beklagte den Eigenantrag und Restschuldbefreiungsantrag sogleich beim Insolvenzgericht für den Kläger eingereicht, wäre der Restschuldbefreiungsantrag ... zulässig gewesen ... Dem Kläger wäre dann nach Abschluss des Insolvenzverfahrens mit überwiegender Wahrscheinlichkeit Restschuldbefreiung erteilt worden. Umstände, die einer Restschuldbefreiung hätten entgegenstehen können, sind weder dargetan noch ersichtlich. Der Kläger wäre dann mit Abschluss des Insolvenzverfahrens und der Wohlverhaltensperiode von den nicht erfüllten Verbindlichkeiten gegenüber den Insolvenzgläubigern befreit gewesen. Infolge des Versäumnisses des Klägers konnte und kann der Kläger hingegen im Rahmen des laufenden Insolvenzverfahrens keinen wirksamen Eigenantrag und damit Restschuldbefreiungsantrag mehr stellen. Dies hat zu Folge, dass nach Abschluss des Insolvenzverfahrens keine Restschuldbefreiung erteilt werden wird, was wiederum zur Folge hat, dass der Kläger nach Abschluss des Insolvenzverfahrens die im Insolvenzverfahren nicht befriedigten Forderungen der Insolvenzgläubiger erfüllen muss.

Das Ergebnis ist kein anderes, wenn die Pflichtverletzung des Beklagten in der unterbliebenen Aufklärung über die Notwendigkeit der rechtzeitigen Stellung eines eigenen Insolvenzantrags und Restschuldbefreiungsantrags liegen sollte. Hätte der Beklagte den Kläger darauf hingewiesen, dass eine Restschuldbefreiung neben einem Antrag auf Restschuldbefreiung einen eigenen Insolvenzantrag des Schuldners voraussetzt und ein solcher Eigenantrag nur bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt werden kann, ist nach der Lebenserfahrung davon auszugehen, dass der Kläger, der in Kontakt mit dem (vorläufigen) Insolvenzverwalter stand, rechtzeitig vor Eröffnung des Insolvenzverfahrens einen Eigenantrag gestellt hätte. Von einem solchen Antrag abzugehen, hätte nur dann Sinn gemacht, wenn das FA seinen Insolvenzeröffnungsantrag zurückgenommen hätte. Hierzu konnte der Kläger das FA aber nicht bewegen.

cc) Soweit der Beklagte mit der Berufung gegenüber der Reichweite des ursprünglich gestellten Freistellungsantrags Bedenken angemeldet hat, hat der Kläger diesen durch die Stellung und Formulierung des zweitinstanzlichen Feststellungsantrags Rechnung getragen, auf dem der nunmehr getroffene Feststellungsausspruch beruht.

Zu ersetzen ist dem Kläger danach nur der Schaden, welcher ihm dadurch entstanden ist bzw. entsteht, **dass nach Abschluss des Insolvenzverfahrens Gläubigerforderungen verbleiben, bei denen es sich um im Rahmen des Insolvenzverfahrens angemeldete und festgestellte Forderungen handelt, die im Rahmen des Insolvenzverfahrens nicht befriedigt worden sind. Ausgenommen sind nach dem vom Kläger gestellten Feststellungsantrag ausdrücklich Forderungen, die als „Forderungen begangen aus unerlaubter Handlungen“ (§ 308 Nr. 1 InsO) angemeldet wurden.**

Sofern im noch nicht beendeten Insolvenzverfahren (erneut) eine persönliche Forderung von einem absonderungsberech-

tigten Gläubiger, namentlich von der Bank X., welche die von ihr angemeldete Forderung in Höhe von 97.478,60 EUR ausweislich der zuletzt vorgelegten Tabelle zurückgenommen hat, angemeldet und unter Beschränkung auf den Ausfall bzw. für den Ausfall (§ 52 InsO) zur Tabelle festgestellt werden sollte, besteht die Schadenersatzpflicht des Beklagten demgemäß nur für den Fall des Ausfalls.

Dies ergibt sich auch daraus, dass die festgestellte Schadenersatzverpflichtung des Beklagten gemäß dem vom Kläger gestellten Klageantrag darauf gerichtet ist, dem Kläger denjenigen Schaden zu ersetzen, der diesem daraus entstanden ist bzw. entsteht, dass es infolge der unterbliebenen rechtzeitigen Stellung eines eigenen Insolvenzantrags mit Restschuldbefreiungsantrag nicht dazu kommt, dass dem Kläger Restschuldbefreiung erteilt wird und der Kläger (deshalb) nach Abschluss des Insolvenzverfahrens verpflichtet ist, verbliebene Forderungen von Gläubigern zu begleichen, die die Gläubiger in diesem Verfahren zur Insolvenztabelle angemeldet haben und die zur Tabelle festgestellt wurden.

Da im Falle einer Restschuldbefreiung das Absonderungsrecht des Gläubigers unberührt geblieben wäre (§ 301 Abs. 2 InsO), kann dem Kläger insoweit ein Schaden nur entstehen, wenn sich der absonderungsberechtigte Gläubiger aus seinem Absonderungsrecht nicht vollständig befriedigen kann.

dd) Ohne Erfolg wendet der Beklagte ein, der Kläger könne die Restschuldbefreiung im anhängigen Insolvenzverfahren durch einen Insolvenzplan nach § 254 InsO erlangen. Der Kläger hat dargetan und belegt, dass dem Insolvenzverwalter keine ausreichenden Beträge zur Verfügung stehen, um einen verbindlichen Insolvenzplan bei Gericht einzureichen und abstimmen zu lassen. Der Kläger selbst kann den hierzu erforderlichen Geldbetrag nicht aufbringen. Der Beklagte war bisher zu einer an keine Bedingungen geknüpften Zahlung an den Insolvenzverwalter nicht bereit. Auch im Verhandlungstermin vor dem Senat hat der Beklagte nicht erklärt, dass dem Insolvenzverwalter die erforderlichen Mittel nunmehr zur Verfügung gestellt wurden.

**ee) Der Beklagte kann den Kläger auch nicht mit Erfolg auf die Stellung eines neuen Insolvenzantrags und Restschuldantrags nach Abschluss des Insolvenzverfahrens verweisen.**

(1) Der Ersatzpflichtige hat nach § 249 S. 1 BGB den Zustand herzustellen, der ohne seine Pflichtverletzung bestünde. Der Kläger hat damit Anspruch darauf, so gestellt zu werden, wie er ohne die Pflichtverletzung des Beklagten stünde. In diesem Falle wäre der Kläger mit Abschluss des Insolvenzverfahrens und der Wohlverhaltensperiode von den nicht erfüllten Verbindlichkeiten gegenüber den Insolvenzgläubigern befreit gewesen, d.h. er hätte diese nicht mehr erfüllen müssen.

**Darauf, ein weiteres Insolvenzverfahren zu durchlaufen und seine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs weiteren Jahren abzuführen, muss er sich**



**auch unter dem Gesichtspunkt der Schadenminderungspflicht nicht verweisen lassen, da ihm dies nicht zuzumuten ist.**

**(2) Unabhängig davon, kann der Kläger zurzeit einen neuen Insolvenzantrag auch gar nicht stellen. (...)**

ff) Ein **Mitverschulden gemäß § 254 BGB** muss sich der Kläger nicht anrechnen lassen. Zwar ist in zweiter Instanz unstrittig, dass der (vorläufige) Insolvenzverwalter den Kläger im vorläufigen Insolvenzverfahren darauf hingewiesen hat, dass ein Eigenantrag nicht eingereicht ist. Da der Kläger von dem Beklagten nicht darüber aufgeklärt worden war, bis wann ein Restschuldbefreiungsantrag wirksam gestellt werden kann, wusste der Beklagte jedoch nicht, dass ein eigener Antrag und damit ein Restschuldbefreiungsantrag nur bis zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens gestellt werden kann.

Die rechtzeitige Einreichung des Eigenantrags und Restschuldbefreiungsantrags fällt in den rechtlichen Bereich des Mandats. Insoweit ist es allein Aufgabe des Anwalts, einen Schaden zu vermeiden. Es ist anerkannt, dass dem geschädigten Auftraggeber ein Mitverschulden dann nicht zugerechnet werden kann, wenn er eine Gefahr, zu deren Vermeidung er den sachkundigen Berater hinzugezogen hat, bei genügender Sorgfalt selbst hätte erkennen und abwenden können. Dies gilt auch bei einschlägiger Vorbildung des Mandanten, weil dieser sich auf eine einwandfreie Vertragserfüllung durch seinen Berater verlassen darf (vgl. *BGH, VersR 1992, 447 = WM 1992, 739 [740]; VersR 1993, 1016 [1018] = NJW 1993, 2045 [2047]; WM 1993, 1889 [1893] = VersR 1994, 691 L; VersR 1997, 974 [976] = NJW 1997, 2168 [2170]; Senat, OLGR Düsseldorf 2007, 195 = FamRZ 2007, 644*). Das gilt auch hier.

d) Die vom Beklagten in zweiter Instanz erhobene **Einrede der Verjährung** ist nicht begründet.

aa) Nach § 199 Abs. 1 BGB beginnt die regelmäßige Verjährungsfrist mit dem Schluss des Jahres, in dem der Anspruch entstanden ist und der Gläubiger von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder ohne grobe Fahrlässigkeit erlangen müsste.

Die Entstehung eines Schadenersatzanspruchs, die den Lauf der Verjährungsfrist herbeiführt, liegt grundsätzlich dann vor, wenn ein Schaden dem Grunde nach entstanden ist, seine Höhe jedoch noch nicht beziffert werden kann (*BGH, a.a.O. m.w.N.*).

Des Weiteren ist die Voraussetzung dann zu bejahen, wenn durch die Verletzungshandlung eine – als Schaden anzusehende – Verschlechterung der Vermögenslage eintritt, ohne dass zu diesem Zeitpunkt bereits feststeht, ob der Schaden bestehen bleibt und damit endgültig wird (*BGH, a.a.O. m.w.N.*). Ist hingegen noch offen, ob ein pflichtwidriges, mit einem Risiko behaftetes Verhalten zu einem Schaden führt, ist die Voraussetzung des Entstehens eines Anspruches i.S.d. § 199 BGB S. 1 BGB nicht erfüllt, so dass eine Verjährungsfrist nicht in Lauf gesetzt wird, mag auch gemäß § 256 ZPO

die Erhebung einer Klage möglich sein, mit der das Ziel verfolgt wird, die Verpflichtung zur Leistung künftigen Schadenersatzes festzustellen (*BGH, a.a.O. m.w.N.*).

Ein Schaden, der einen vertraglichen Ersatzanspruch auslöst, entsteht demgemäß, sobald sich die Vermögenslage des Auftraggebers durch eine anwaltliche Pflichtverletzung objektiv verschlechtert; dies ist noch nicht der Fall, solange nur das Risiko eines Vermögensnachteils infolge einer Pflichtverletzung des Rechtsanwalts besteht, also bei der gebotenen wertenden Betrachtung allenfalls eine Vermögensgefährdung vorliegt (vgl. *BGH, VersR 1996, 852 = WM 1996, 540 [541] = NJW 1996, 661; VersR 1997, 187 = WM 1996, 1832 [1833] = NJW 1996, 2929; VersR 2001, 330 = NJW 2000, 1263 [1264]; VersR 2001, 909 [911] = NJW 2000, 1498 [1499]; Palandt/Ellenberger, BGB, 70. Aufl., § 199 Rdnr. 19*).

bb) Danach mag – was allerdings keiner abschließenden Entscheidung bedarf – im Streitfall ein Schaden des Klägers zwar bereits mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens (19.7.2006) entstanden sein, weil hiernach ein Eigenantrag und Restschuldbefreiungsantrag von ihm nicht mehr wirksam gestellt werden konnte, so dass bereits zu diesem Zeitpunkt feststand, dass der Kläger im Insolvenzverfahren keine Restschuldbefreiung mehr erreichen konnte. Dieser Stichtag ist aber für den Beginn der regelmäßigen Verjährungsfrist nicht allein maßgeblich. Vielmehr müssen zu diesem Zeitpunkt zusätzlich die subjektiven Voraussetzungen des § 199 Abs. 1 Nr. 2 BGB vorliegen, der Gläubiger muss also von den den Anspruch begründenden Umständen und der Person des Schuldners Kenntnis erlangt oder diese nur infolge grober Fahrlässigkeit nicht haben.

**Die erforderliche Kenntnis vom Schaden und der Person des Ersatzpflichtigen liegt nach der Rechtsprechung des BGH im Allgemeinen vor, wenn dem Geschädigten die Erhebung einer Schadenersatzklage, sei es auch nur in Form der Feststellungs-klage, Erfolg versprechend, wenn auch nicht risikolos, möglich ist** (st. Rspr., vgl. nur *BGH, VersR 2009, 1630 [1632] = NJW 2008, 2576 [2578] m.w.N.*). Weder ist notwendig, dass der Geschädigte alle Einzelumstände kennt, die für die Beurteilung möglicherweise Bedeutung haben, noch muss er bereits hinreichend sichere **Beweismittel** in der Hand haben, um einen Rechtsstreit im Wesentlichen risikolos führen zu können.

Auch kommt es – abgesehen von Ausnahmefällen – nicht auf eine zutreffende **rechtliche Würdigung** an. Vielmehr genügt aus Gründen der Rechtssicherheit und Billigkeit im Grundsatz die Kenntnis der den Ersatzanspruch begründenden tatsächlichen Umstände (*BGH, VersR 2009, 1630 [1632] = NJW 2008, 2576 [2578] m.w.N.*). Der Gläubiger muss aber die Tatsachen kennen, die die Voraussetzungen der anspruchsbegründenden Norm erfüllen. Dazu gehört bei einem Schadenersatzanspruch auch der Eintritt eines Schadens (vgl. *Palandt/Ellenberger, a.a.O., § 199 Rdnr. 28*).

Erforderlich ist insoweit eine hinreichende Kenntnis des Gläubigers vom Schaden, die sich darauf erstrecken muss, dass er geschädigt ist und daher als Inhaber einer Schadenersatzforderung in Frage kommt, die er zwecks Vermeidung

der Verjährung in zumutbarer Weise gerichtlich geltend zu machen hat (vgl. BGH, NJW 1996, 117 [118]).

Danach begann die Verjährung hier frühestens mit der Kenntniserlangung des Klägers davon zu laufen, dass nach der am 19.7.2007 erfolgten Eröffnung des Insolvenzverfahrens ein Eigenantrag und Restschuldbefreiungsantrag nicht mehr wirksam gestellt werden konnte. Da der Kläger seine Klage im Verlaufe des Jahres 2010 erhoben hat und die Verjährungsfrist hierdurch gehemmt worden ist (§ 204 Abs. 1 Nr. 1 ZPO), wäre der Schadenersatzanspruch des Klägers nur dann verjährt, wenn dieser die erforderliche Kenntnis bereits im Jahre 2006 erlangt und die dreijährige Verjährungsfrist (§ 195 BGB) damit bereits mit dem Schluss des Jahres 2006 zu laufen begonnen hätte (§ 199 Abs. 1 BGB). Dass der Kläger die Kenntnis von einem eigenen Schaden infolge des Versäumnisses des Beklagten bereits zu diesem Zeitpunkt hatte, zeigt der Beklagte jedoch nicht schlüssig auf.

Ist die Pflichtverletzung des Beklagten in der unterbliebenen Aufklärung des Klägers darüber zu sehen, bis wann ein Eigenantrag mit Restschuldbefreiungsantrag zulässig ist, ist das Ergebnis kein anderes. In diesem Fall kommt hinzu, dass in Fällen unzureichender Aufklärung zur Kenntnis von den anspruchsbegründenden Umständen die Kenntnis der Umstände erforderlich ist, aus denen sich die Rechtspflicht zur Aufklärung ergibt (BGH, VersR 2009, 1630 [1632] = NJW 2008, 2576 [2578] m.w.N.). ■

## Anwaltshaftung

- Kanzleiabwickler
  - Überblick über die Geschäftskonten
  - Fremdgelder
  - Sicherungsmaßnahmen
- (AG Marl, Urt. v. 11.9.2014 – 24 C 492/13)

### Leitsatz (d. Red.):

Ein Kanzleiabwickler hat sich ohne schuldhaftes Zögern einen Überblick über die Mandate und die Kanzleiführung, insbesondere die vorhandenen Geschäftskonten, zu verschaffen. Stellt er fest, dass bislang kein separates Fremdgeldkonto geführt wurde und die ernstliche Gefahr besteht, dass Fremdgelder auf dem Geschäftskonto eingehen und mit einem negativen Saldo verrechnet werden, so hat er innerhalb von 14 Tagen ab dem Zeitpunkt der Übernahme der Kanzleiabwicklung Sicherungsmaßnahmen zu ergreifen. ■

### Zum Sachverhalt:

Die Parteien streiten über die Zahlung von Schadenersatz nach einer Kanzleiabwicklung.

Die Klägerin war Mandantin des verstorbenen Rechtsanwalts H. in E.

Rechtsanwalt H. führte bei der Sparkasse E. zur Konto-Nr. ... ein Konto, bei dem es sich um das laufende Kanzleikonto handelte. Ein Anderkonto oder Treuhandkonto für die Verwahrung von Fremdgeldern bestand nicht. Das Konto bei der Sparkasse E. befand sich dauerhaft im Sollsaldo, auch über den vereinbarten Dispositionskredit hinaus.

Die Klägerin beauftragte Rechtsanwalt H. mit der Geltendmachung von Trennungsunterhaltsansprüchen gegenüber ihrem Ehemann. Der Unterhalt wurde tituliert und eine Lohnpfändung ausgebracht.

Rechtsanwalt H. verstarb am 30.10.2009. Der Beklagte wurde nach dem Tod von Rechtsanwalt H. mit Beschluss der Rechtsanwaltskammer Hamm vom 2.11.2009 für die Zeit vom 2.11.2009 bis zum 30.4.2010 zum Kanzleiabwickler bestellt.

Nach dem Tod von Rechtsanwalt H. gingen auf das Konto bei der Sparkasse E. Zahlungseingänge für die Klägerin in Höhe von insgesamt 2.724,59 EUR ein. Nach Kenntnis des Todes des verstorbenen Rechtsanwalts H. verrechnete die Sparkasse E. die Zahlungseingänge mit dem Negativsaldo und ließ keine weiteren Auszahlungen mehr zu. Eine Weiterleitung der Zahlungseingänge an die Klägerin erfolgte nicht.

Die Klägerin nahm die Sparkasse E. klageweise auf Auszahlung der Zahlungseingänge in Höhe von 2.724,59 EUR in Anspruch. Der Rechtsstreit wurde beim AG E. unter 25 C 108/11 geführt. Am 7.2.2013 erging ein klageabweisendes Urteil des AG E. Die dagegen eingelegte Berufung nahm die Klägerin zurück.

Mit Schreiben vom 16.8.2012 forderte die Klägerin den Beklagten zur Erstattung des Betrages in Höhe von 2.724,59 EUR bis zum 13.9.2012 auf. Eine Zahlung seitens des Beklagten erfolgte nicht.

Die Klägerin begehrt nunmehr von dem Beklagten als Kanzleiabwickler die Erstattung der für sie bestimmten Zahlungseingänge sowie ihrer vorgerichtlichen Rechtsanwaltskosten.

Sie behauptet, auf dem Konto des verstorbenen Rechtsanwalts H. seien folgende Zahlungseingänge zu verzeichnen gewesen: am 11.12.2009 1.327,63 EUR, am 5.1.2010 645,41 EUR und am 15.1.2010 751,55 EUR.

Sie ist der Ansicht, als Kanzleiabwickler habe dem Beklagten bei Einsicht in die Konten sofort auffallen müssen, dass sich das Konto im Soll befunden habe und daher die Gefahr bestanden habe, dass im Rahmen von ausgebrachten Pfändungen noch Gelder auf dieses Konto als Fremdgelder eingehen würden. Er habe als Kanzleiabwickler sicherstellen müssen, dass keine weiteren Zahlungseingänge mehr auf das Konto erfolgen und diese mit dem Negativsaldo verrechnet werden. Er hätte daher das Konto schließen oder für die eingehenden Fremdgelder ein Unterkonto bei der Sparkasse E. eröffnen müssen.

Es hätte mit der Sparkasse E. eine entsprechende Vereinbarung getroffen werden müssen. Auch unter Berücksichtigung einer gewissen Einarbeitungszeit für den Beklagten hätte dies bis zum ersten Zahlungseingang für die Klägerin am 11.12.2009 erfolgt sein müssen. Da der Beklagte nicht rechtzeitig dafür Sorge getragen habe, dass keine Zahlungseingänge auf dem Konto mehr eingehen können, müsse er für den Gesamtbetrag von 2.724,59 EUR haften.

(Anträge: ...)

Der Beklagte behauptet, er habe sich nach der Übernahme der Kanzleiabwicklung direkt mit der Sparkasse E. in Verbindung gesetzt. Die Sparkasse E. habe eine schriftliche Vereinbarung dahingehend, dass Fremdgelder auf ein Anderkonto weitergeleitet würden, abgelehnt. Ihm sei aber telefonisch zugesagt worden, dass der Negativsaldo auf dem Girokonto durch ein Guthaben auf dem Sparkonto des verstorbenen Rechtsanwalts H. ausgeglichen werden könne und dann Fremdgelder ausgezahlt würden.

Er ist der Ansicht, dass die Klägerin zunächst die Erben des verstorbenen Rechtsanwalts H. in Anspruch nehmen müsse. Ein Auszahlungsanspruch sei gegen die Erben zu richten.

Zudem sei davon auszugehen, dass der Unterhaltsanspruch der Klägerin gegenüber ihrem getrennt lebenden Ehemann nicht erloschen sei, da die gepfändeten Lohnansprüche von dem Drittschuldner nicht an die Klägerin, sondern an den verstorbenen Rechtsanwalt H. gezahlt worden seien. Dass dem verstorbenen Rechtsanwalt eine Geldempfangsvollmacht erteilt worden sei, sei nicht nachzuvollziehen. Die Klägerin sei daher verpflichtet, zunächst ihre Unterhaltsforderung einzuziehen.

Der Beklagte ist darüber hinaus der Auffassung, dass ihm ein fehlerhaftes Verhalten nicht vorzuwerfen sei. Die Kanzlei des Rechtsanwalts habe sich in unstrukturierten und chaotischen Verhältnissen befunden, als er die Kanzleiabwicklung übernommen habe.

Als er von dem Fall der Klägerin erfahren habe, habe er sofort die Zahlung der pfändbaren Lohnbestandteile des getrennt lebenden Ehemannes der Klägerin auf deren eigenes Konto veranlasst. Ihm könne nicht zum Vorwurf gemacht werden, dass er den Fall der Klägerin nicht vorrangig behandelt habe. Dies sei aufgrund der Masse an Verfahren, die unerledigt waren, nicht möglich gewesen. Einem Kanzleiabwickler sei es auch nicht zuzumuten, alle Fälle sofort im Hinblick auf die hier aufgetretene Problematik durchzugehen. Es sei eine Einarbeitungszeit von mehreren Wochen zuzubilligen.

Im Übrigen berufe er sich auf § 255 BGB. ■

#### Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist in dem aus dem Tenor ersichtlichen Umfang begründet.

Die Klägerin hat gegen den Beklagten einen Anspruch auf Zahlung in Höhe von 2.724,59 EUR aus § 280 Abs. 1 BGB.

Zwischen den Parteien bestand ein **Schuldverhältnis in Form eines anwaltlichen Geschäftsbesorgungsvertrages**. Denn mit der Bestellung des Beklagten zum Kanzleiabwickler des verstorbenen Rechtsanwalts H. hat er das Mandat zwischen der Klägerin und dem Rechtsanwalt H. fortgesetzt.

**Aufgrund seiner Bestellung zum Kanzleiabwickler war der Beklagte verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass Fremdgelder unverzüglich an den Empfangsberechtigten weitergeleitet oder auf ein Anderkonto eingezahlt werden.** Dies hat der Beklagte vorliegend jedoch nicht getan, sodass er seine Pflichten gegenüber der Klägerin verletzt hat.

Es ist davon auszugehen, dass am 11.12.2009, 5.1.2010 und 15.1.2010 Zahlungseingänge in Höhe von insgesamt 2.724,59 EUR, die aufgrund einer Lohnpfändung bei dem getrennt lebenden Ehemann für die Klägerin bestimmt waren, auf dem Konto des verstorbenen Rechtsanwalts H. zu verzeichnen waren und diese mit dem auf dem Konto bestehenden Negativsaldo von der Sparkasse E. verrechnet wurden. Sofern der Beklagte die **Zahlungseingänge mit Nichtwissen bestreitet**, ist dieses Bestreiten unzulässig, da er als Kanzleiabwickler Einsicht in die Kontoführungsunterlagen hatte und daher von den Zahlungseingängen Kenntnis nehmen konnte. Zudem ergibt aus dem Schreiben vom 16.2.2010, das der Beklagte selbst an die Rechtsschutzversicherung der Klägerin geschickt hat, dass Zahlungen des Arbeitgebers des getrennt lebenden Ehemannes der Klägerin auf dem Konto des verstorbenen Rechtsanwalts H. eingegangen sind.

Als Kanzleiabwickler hätte der Beklagte die Zahlungseingänge in Höhe von 2.724,59 EUR an die Klägerin weiterleiten müssen. **Denn der Abwickler hat Fremdgelder, die an den verstorbenen Rechtsanwalt gezahlt worden sind, auszuzahlen, soweit sie noch vorhanden sind und der Verfügungsbefugnis des Abwicklers unterliegen.** Da die Sparkasse E. jedoch eine Verrechnung der Zahlungseingänge mit dem auf dem Konto bestehenden Negativsaldo vorgenommen hat, waren die an den Rechtsanwalt H. gezahlten Beträge nicht mehr vorhanden, sodass der Beklagte darüber nicht mehr verfügen konnte. Mithin war eine Auszahlung an die Klägerin nicht mehr möglich, sodass ihr ein entsprechender Schaden entstanden ist.

Dem Beklagten ist zuzugeben, dass er für ein Fehlverhalten des verstorbenen Rechtsanwalts H., soweit dieser Fremdgelder nicht auf einem Anderkonto verwahrt und sich dadurch schadenersatzpflichtig gemacht hat, nicht persönlich einzustehen hat. Solche Schadenersatzansprüche sind gegen die Erben des verstorbenen Rechtsanwalts zu richten.

Der Beklagte haftet jedoch für eine **eigene Pflichtverletzung gegenüber der Klägerin**. Eine solche Pflichtverletzung besteht darin, dass der Beklagte nicht unverzüglich Maßnahmen zur Sicherung eingehender Fremdgelder ergriffen hat. **Nach der Übernahme des Abwickleramtes hatte der Beklagte dafür zu sorgen, dass auf dem allgemeinen Konto verbliebene Fremdgelder auf ein vom Abwickler einzurichtendes Anderkonto**

**übertragen werden und keine weiteren Fremdgelder mehr auf dem Konto eingehen können. Gegebenenfalls hätte der Beklagte das Konto schließen oder die Fremdgelder durch einen Arrest sichern müssen.** Dies hat er jedoch nicht getan.

Der Beklagte war ab dem 2.11.2009 zum Kanzleiabwickler bestellt. Ab diesem Zeitpunkt oblag es ihm also, die Mandate des verstorbenen Rechtsanwalts H. abzuwickeln. **Dazu gehört es, sich unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern, einen Überblick über die Mandate und die Kanzleiführung, insbesondere die vorhandenen Geschäftskonten, zu verschaffen.** Mangels anderweitiger Anhaltspunkte ist anzunehmen, dass der Beklagte sofort eine entsprechende Prüfung vorgenommen hat. Dabei war von ihm festzustellen, dass nur ein Girokonto des verstorbenen Rechtsanwalts H. bei der Sparkasse E. bestand, das ein erhebliches Negativsaldo aufwies, und Treuhand- bzw. Anderkonten nicht geführt wurden.

**Insofern war dem Beklagten erkennbar, dass auch Fremdgelder auf dieses einzige Konto eingehen und er deshalb dafür zu sorgen hat, dass keine weiteren Fremdgelder auf dem Konto eingehen können.** Entsprechende Maßnahmen sind wiederum unverzüglich, d.h. ohne schuldhaftes Zögern, einzuleiten. Dabei ist zu berücksichtigen, dass dem Kanzleiabwickler eine gewisse Einarbeitungszeit zuzubilligen ist. **Da aber die erhebliche Gefahr besteht, dass – wie vorliegend – weiterhin Fremdgelder auf dem Konto eingehen und diese mit dem negativen Saldo verrechnet werden, darf mit solchen Sicherungsmaßnahmen nicht länger als 14 Tage ab dem Zeitpunkt der Übernahme der Kanzleiabwicklung zugewartet werden.**

Der Beklagte hat vorliegend weder eine Sperrung des Kontos des verstorbenen Rechtsanwalts H. vorgenommen noch erzielt, dass die Fremdgelder auf ein Anderkonto übertragen werden. Dies war jedenfalls in dem Zeitraum vom 11.12.2009 bis zum 5.1.2010, in dem Zahlungseingänge für die Klägerin auf dem Girokonto eingegangen sind, nicht der Fall. Dem entsprechend ist der Beklagte seinen Pflichten nicht nachgekommen.

Sofern der Beklagte vorbringt, dass er mit der Sparkasse E. im Dezember 2009 eine mündliche Vereinbarung dahingehend getroffen habe, dass das Negativsaldo durch ein Guthaben auf einem Sparkonto des verstorbenen Rechtsanwalts H. ausgeglichen werden könne und dann solche Gelder, die fremden Dritten zustünden, ausgezahlt würden, war diese Maßnahme jedenfalls nicht geeignet, die eingehenden Fremdgelder zu sichern.

Denn wie sich im vorliegenden Fall zeigt, hat die Sparkasse E. eine Verrechnung der eingehenden Fremdgelder mit dem Negativsaldo vorgenommen, da eine Verrechnung mit einem Guthaben auf einem Sparkonto des verstorbenen Rechtsanwalts H. nicht erfolgt ist. Sofern die Sparkasse E. eine schriftliche Vereinbarung mit dem Beklagten dahingehend, dass Fremdgelder auf ein Anderkonto überwiesen werden, abgelehnt haben sollte, hätte der Beklagte eine Kontosperrung oder gegebenenfalls eine dahingehende einstweilige Verfügung erwirken müssen. Insofern reichten die von ihm getroffenen Maßnahmen nicht aus.

Da die Zahlungseingänge für die Klägerin erst ab dem 11.12.2009 auf dem Girokonto erfolgten, hat der Beklagte jedenfalls seine Pflicht zur unverzüglichen Sicherung eingehender Fremdgelder verletzt. Denn wenn der Beklagte zuvor, d.h. nach einer Einarbeitungszeit von höchstens 14 Tagen, entsprechende Maßnahmen getroffen hätte, wären die Zahlungseingänge nicht mehr auf dem Girokonto verbucht und mit dem Negativsaldo verrechnet worden.

Das Vertretenmüssen des Beklagten wird gemäß § 280 Abs. 1 Satz 2 BGB vermutet. **Der Beklagte kann sich nicht mit der Begründung entlasten, dass ihm eine Einarbeitungszeit von mehreren Wochen zuzubilligen sei.** Denn die Sicherungsmaßnahmen waren unverzüglich einzuleiten. Da zwischen der Bestellung zum Kanzleiabwickler am 2.11.2009 und dem ersten Zahlungseingang am 11.12.2009 bereits fünf Wochen lagen, kann von einem unverzüglichen Handeln des Beklagten nicht mehr gesprochen werden.

Aufgrund dessen kann die Klägerin von dem Beklagten gemäß § 249 Abs. 2 BGB Schadenersatz in Höhe von 2.724,59 EUR verlangen. Der Klägerin ist in dieser Höhe ein Schaden dadurch entstanden, dass die gepfändeten Lohnansprüche ihres getrennt lebenden Ehemannes von dem Drittschuldner auf das Girokonto des verstorbenen Rechtsanwalts H. überwiesen wurden und die Sparkasse E. eine Verrechnung mit dem Negativsaldo des Girokontos vorgenommen hat.

Insofern konnte die Klägerin von der Sparkasse E. eine Auszahlung nicht verlangen, da für die Sparkasse E. nicht erkennbar war, dass es sich bei den Zahlungseingängen um Fremdgelder handelte. Auch ist der Unterhaltsanspruch der Klägerin gegenüber ihrem getrennt lebenden Ehemann mit der Überweisung des Drittschuldners auf das Konto des verstorbenen Rechtsanwalts H. erloschen. Es ist davon auszugehen, dass dem verstorbenen Rechtsanwalt H. eine Geldempfangsvollmacht erteilt wurde und im Rahmen der Lohnpfändungen die Zahlungen des Drittschuldners auf das Kanzleikonto erfolgen sollten. **Sofern der Beklagte mit Nichtwissen bestreitet, dass eine Geldempfangsvollmacht vorgelegen habe und die Zahlung des Drittschuldners auf das Kanzleikonto verlangt worden sei, ist dieses Bestreiten unzulässig, da der Beklagte als Kanzleiabwickler Einsicht in die entsprechenden Mandatsunterlagen hatte.**

Sofern der Beklagte mit Schriftsatz vom 25.8.2014 beantragt hat, den anberaumten Verkündungstermin aufzuheben, damit er Gelegenheit hat, Unterlagen aus der eingelagerten Handakte des verstorbenen Rechtsanwalts H. zu beschaffen, war dem nicht nachzugehen. Denn dadurch würde sich die Erledigung des Rechtsstreits verzögern, sodass der Antrag gemäß §§ 296 Abs. 2, 282 ZPO zurückzuweisen war.

Der Beklagte hatte ausreichend Zeit, Unterlagen aus der Handakte, insbesondere die dem verstorbenen Rechtsanwalt H. von der Klägerin erteilte Vollmacht vorzulegen, zumal die Erteilung einer Geldempfangsvollmacht von dem Beklagten bereits mit Schriftsatz vom 29.1.2014 bestritten wurde, worauf hin die Klägerin den Beklagten mit Schriftsatz vom 19.2.2014 aufgefordert hat, die Vollmacht aus der ihm zur



Verfügung stehenden Akte beizubringen. Zuletzt war dem Beklagten in der mündlichen Verhandlung vom 17.7.2014 eine Stellungnahmefrist zu dem Schriftsatz der Klägerin vom 16.7.2014 eingeräumt worden, indem wiederum die Erteilung einer Geldempfangsvollmacht behauptet wurde. Der Beklagte hat sich jedoch allein auf das Bestreiten mit Nichtwissen beschränkt. Insofern verzögert das verspätete Vorbringen des Beklagten die Erledigung des Rechtsstreits und beruht auf grober Nachlässigkeit des Beklagten, da es diesem ohne weiteres möglichen gewesen wäre, Unterlagen aus der Handakte des verstorbenen Rechtsanwalts H. rechtzeitig vorzulegen. Einer Verlegung des Verkündungstermins bedurfte es daher nicht.

Dementsprechend ist der Unterhaltsanspruch der Klägerin mit dem Zahlungseingang auf dem Konto des verstorbenen Rechtsanwalts H. erloschen, sodass sie insoweit keine weiteren Ansprüche mehr geltend machen kann.

Nach alledem ist die Pflichtverletzung des Beklagten kausal für den der Klägerin entstandenen Schaden, sodass ihr als Schadenersatz von dem Beklagten eine Zahlung in Höhe von 2.724,59 EUR zusteht. Dieser Anspruch ist auch fällig und durchsetzbar. Entgegen der Auffassung des Beklagten steht ihm kein Zurückbehaltungsrecht gemäß § 273 BGB bis zur Abtretung der Unterhaltsansprüche der Klägerin gegen ihren Ehemann gemäß § 255 BGB zu, da jedenfalls der Beklagte die abzutretenden Ansprüche nicht hinreichend bestimmt bezeichnet hat. (...) ■

## Rechtsdienstleistung des Steuerberaters

- Erstfeststellung nach Schwerbehindertenrecht
  - „Rechtliche Prüfung“, § 2 RDG?
  - Nebenleistung, § 5 RDG
  - Antragsverfahren
  - Widerspruchsverfahren
- (BSG, Urt. v. 14.11.2013 – B 9 Sb 5/12 R)

### Leitsätze:

1. Ein Steuerberater erbringt als Bevollmächtigter in Antragsverfahren zu Erstfeststellungen nach dem Schwerbehindertenrecht bis zur Bescheiderteilung grundsätzlich keine Rechtsdienstleistungen.

2. In Widerspruchsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht ist ein Steuerberater (grundsätzlich) nicht befugt als Verfahrensbevollmächtigter aufzutreten. ■

### Zum Sachverhalt:

Die Beteiligten streiten über die Befugnis des Klägers, als Verfahrensbevollmächtigter in einem Verwaltungsverfahren zur erstmaligen Feststellung des Grades der Behinderung (GdB) sowie der Voraussetzungen von Merkzeichen aufzutreten.

Der Kläger ist selbstständiger Steuerberater. Mit Schreiben vom 22.12.2008 stellte er für seinen Mandanten, Herrn B., vertreten durch dessen Mutter, Frau B., als gerichtlich bestellte Betreuerin, beim beklagten Land (Eingang am 23.12.2008) einen Erstantrag nach dem Sozialgesetzbuch Neuntes Buch – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – (SGB IX). Auf das Anhörungsschreiben des Beklagten vom 3.2.2009 betreffend die beabsichtigte Zurückweisung als Bevollmächtigter oder Beistand gemäß § 13 Abs. 5 Sozialgesetzbuch Zehntes Buch – Sozialverfahren und Sozialdatenschutz – (SGB X) machte der Kläger mit Schreiben vom 23.3.2009 u.a. geltend, dass es sich bei dem Antrag auf Feststellung der Schwerbehinderteneigenschaft im Hinblick auf Steuer- und Kindergeldangelegenheiten um eine für Steuerberater zulässige Nebenleistung i.S.d. § 5 Rechtsdienstleistungsgesetz (RDG) handele.

Mit Bescheid vom 15.5.2009 wies der Beklagte den Kläger gemäß § 13 Abs. 5 SGB X als Bevollmächtigten in der Schwerbehindertenangelegenheit des Herrn B. zurück, da es sich um eine Rechtsdienstleistung handele, die der Kläger nicht verrichten dürfe, zumal sie nicht als eine zum Berufs- oder Tätigkeitsfeld eines Steuerberaters gehörende, erlaubte Nebenleistung anzusehen sei. Das anschließende Widerspruchsverfahren blieb erfolglos (Widerspruchsbescheid vom 21.8.2009). (...) ■

### Aus den Gründen:

1. Die vom LSG zugelassene Revision des Klägers ist statthaft (§ 160 Abs. 1 SGG) und auch sonst zulässig. Der Kläger hat bei ihrer Einlegung und Begründung Form und Fristen eingehalten (vgl. § 164 SGG). (...) ■

2. Die Revision des Klägers ist teilweise begründet.

a) Einer Sachentscheidung des Senats stehen keine prozessualen Hindernisse entgegen. Klage und Berufung sind zulässig. SG und LSG haben insbesondere die Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 131 Abs. 1 S. 3 SGG) zu Recht für zulässig erachtet, weil der Kläger ein berechtigtes Interesse an der Feststellung der Rechtswidrigkeit des Bescheides vom 15.5.2009 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 21.8.2009 hat. Dieser Verwaltungsakt betrifft die Zurückweisung des Klägers als Bevollmächtigter in dem für Herrn B. geführten Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht.

Er hat sich auf andere Weise erledigt (vgl. § 39 Abs. 2 SGB X), nachdem jenes Verwaltungsverfahren durch den Bescheid des Beklagten vom 25.5.2009 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 20.8.2009 abgeschlossen worden war. Zunächst ist es unschädlich, dass sich der zugrundeliegende Verwaltungsakt bereits vor der Klageerhebung erledigt hat (vgl. BSG, SozR 4-1500 § 131 Nr. 3; LSG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 23.2.2011 – L 8 R 319/10, ASR 2012, 70 Rdnr. 33; Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, a.a.O., § 131 Rdnr. 7d m.w.N.).

Sodann ergibt sich das erforderliche Feststellungsinteresse des Klägers insbesondere daraus, dass für weitere Verwal-

tungsverfahren seiner Mandanten nach dem SGB IX eine Wiederholungsgefahr besteht (vgl. hierzu: BSG, SozR 3-1300 § 13 Nr. 2, S. 2, Juris Rdnr. 11; Keller in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, a.a.O., Rdnr. 10a f).

Die Zurückweisung des Klägers als Bevollmächtigter des Herrn B. bezieht sich ersichtlich auf das gesamte Verwaltungsverfahren betreffend Feststellungen nach dem SGB IX (GdB, Voraussetzungen von Merkzeichen), also nicht nur auf das Antrags-, sondern auch auf das Widerspruchsverfahren (§§ 8, 62 SGB X i.V.m. §§ 78 ff SGG; vgl. dazu von Wulffen, SGB X, 7. Aufl. 2010, § 8 Rdnr. 8). Dementsprechend erstreckt sich auch die Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Zurückweisungsentscheidung auf beide Teile des Verwaltungsverfahrens.

b) Die Revision des Klägers ist insoweit begründet, als ihn der Beklagte als Bevollmächtigten des Herrn B. im Verwaltungsverfahren bis zum Erlass des Bescheides vom 25.5.2009 zurückgewiesen hat. In diesem Umfang ist der erledigte Verwaltungsakt des Beklagten rechtswidrig gewesen. Der Kläger war berechtigt, für seinen Mandanten einen Erstantrag zur Feststellung des GdB sowie der Voraussetzungen von Merkzeichen i.S.d. § 69 SGB IX zu stellen und das Verwaltungsverfahren bis zur Bescheidung des Antrags zu betreiben. Im Übrigen ist die Revision – das Widerspruchsverfahren (§§ 78 ff SGG) betreffend – unbegründet.

Ein Beteiligter i.S.v. § 10 SGB X kann sich in einem außergerichtlichen Verwaltungsverfahren durch einen Bevollmächtigten vertreten lassen (§ 13 Abs. 1 S. 1 SGB X). Nach § 13 Abs. 5 SGB X (i.d.F. des Art. 2 Nr. 1 Viertes Gesetz zur Änderung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften [4. VwVfÄndG] v. 11.12.2008, BGBl I 2418) sind Bevollmächtigte und Beistände jedoch zurückzuweisen, wenn sie entgegen § 3 RDG (i.d.F. v. 12.12.2007, BGBl I 2840) Rechtsdienstleistungen erbringen. **Nach dieser Vorschrift ist die selbstständige Erbringung außergerichtlicher Rechtsdienstleistungen nur in dem Umfang zulässig, in dem sie durch das RDG oder durch oder aufgrund anderer Gesetze erlaubt wird. Dabei ist eine Rechtsdienstleistung in diesem Sinne nach der Legaldefinition in § 2 Abs. 1 RDG jede Tätigkeit in konkreten fremden Angelegenheiten, sobald sie eine rechtliche Prüfung des Einzelfalls erfordert. Erlaubt sind allerdings Rechtsdienstleistungen im Zusammenhang mit einer anderen Tätigkeit, wenn sie als Nebenleistung zum Berufs- oder Tätigkeitsbild gehören (§ 5 Abs. 1 S. 1 RDG).**

aa) Vor diesem rechtlichen Hintergrund haben die Instanzgerichte zu Unrecht bereits für das Betreiben des außergerichtlichen Verwaltungsverfahrens zur Erstfeststellung des GdB und von Voraussetzungen für Merkzeichen nach dem SGB IX durch den Kläger bis zur Bescheidung des Antrags vom 23.12.2008 (Bescheid des Beklagten vom 25.5.2009) eine Rechtsdienstleistung i.S.d. § 2 Abs. 1 RDG angenommen. Es handelt sich bei dieser Tätigkeit des Klägers zwar ganz offensichtlich um eine **konkrete fremde Angelegenheit** (vgl. hierzu BT-Drucks 16/3655 S. 48; BGH, Urt. v. 4.11.2010 – I ZR 118/09, MDR 2011, 680 = Juris Rdnr. 29 bis 31).

Diese erfordert jedoch noch keine rechtliche Prüfung des Einzelfalls, wie sie § 2 Abs. 1 RDG voraussetzt.

Wie das **Merkmal „rechtliche Prüfung“** auszulegen ist, wird nicht einheitlich beurteilt. Zum Teil wird eine solche erst angenommen, wenn der vertretene Rechtsuchende eine besondere rechtliche Betreuung oder Aufklärung erkennbar erwartet oder nach der Verkehrsanschauung eine besondere rechtliche Prüfung erforderlich ist. Dabei wird darauf verwiesen, dass im ursprünglichen Regierungsentwurf zu § 2 Abs. 1 RDG von einer „besonderen“ rechtlichen Prüfung ausgegangen worden sei (vgl. BT-Drucks 16/3655 S. 7 und 46).

Aus eben diesem Umstand wird aber auch geschlossen, dass kein hoher Maßstab zugrunde zu legen sei. **Danach seien alle rechtlichen Prüfungstätigkeiten erfasst, wenn sie nur über eine einfache rechtliche Prüfung und Rechtsanwendung hinausgingen und einer gewissen Sachkunde bedürften** (siehe zum Meinungsstreit insgesamt die Darstellung bei: BGH, Urt. v. 4.11.2010 – I ZR 118/09, MDR 2011, 680 = juris Rdnr. 28 m.w.N.). Der BGH hat die Frage ausdrücklich offen gelassen, weil die dort relevante Frage ohnehin eine vertiefte Rechtsprüfung erforderte, die über eine einfache oder schematische Rechtsanwendung hinausging (vgl. BGH a.a.O.).

Der erkennende Senat sieht sich im vorliegenden Fall ebenfalls nicht veranlasst, den Begriff der rechtlichen Prüfung abschließend zu klären. Auch wenn man insoweit keine hohen Anforderungen stellt, erfordert die bei einem Erstantrag nach § 69 SGB IX erfolgende Tätigkeit eines Bevollmächtigten keine relevante rechtliche Prüfung.

**Der Begriff der rechtlichen Prüfung verlangt jedenfalls ein gewisses Maß an substanzieller Prüfung, die über eine bloße Rechtsanwendung hinausgeht.** Dies ergibt sich bereits aus den Gesetzesmaterialien. Das RBERG sollte durch das inhaltlich und strukturell neu gestaltete RDG abgelöst werden. Das RDG betrifft allein die Befugnis zur Erbringung außergerichtlicher Rechtsdienstleistungen, während die gerichtliche Vertretung in den jeweiligen Verfahrensordnungen getrennt geregelt ist (vgl. bereits Gesetzentwurf der Bundesregierung in BR-Drucks 623/06 S. 1). Dabei sollten auch nach Auffassung der Bundesregierung in Übereinstimmung mit der Rechtsprechung des BVerfG und mit dem europäischen Gemeinschaftsrecht (s. umfassende Darstellung in: BR-Drucks 623/06 S. 47–52) von Beginn an durch § 2 RDG nur solche Dienstleistungen dem Verbotsbereich des RDG unterstellt sein, die eine substantielle Rechtsprüfung erfordern und sich nicht auf die bloße Anwendung des Rechts beschränken (vgl. BR-Drucks a.a.O., S. 2).

Auch durch den Wegfall des Wortes „besondere“, das im ersten Entwurf noch vor dem Begriff „rechtliche Prüfung“ stand, sollte an dieser Konzeption nichts Wesentliches geändert werden. So führt der Rechtsausschuss in seiner Empfehlung mit Bericht zu § 2 Abs. 1 RDG in seiner Gesetz gewordenen Fassung aus, dass die sprachliche Straffung der Legaldefinition im § 2 Abs. 1 RDG durch Streichung des Wortes „besondere“ vermeiden wolle, „dass an das Erfordernis der rechtlichen Prüfung zu hohe Maßstäbe angelegt werden“.

Weiter heißt es dort: „Um klar hervorzuheben, dass es im Rahmen von § 2 Abs. 1 RDG nur um die Abgrenzung von bloßer Rechtsanwendung zu juristischer Rechtsprüfung und nicht um die Unterscheidung von ‚einfachem‘ und ‚schwierigem‘ Rechtsrat geht, hält der Rechtsausschuss die Streichung des Wortes ‚besondere‘ für geboten“ (vgl. *BT-Drucks 16/6634 S. 50 f.*). Dem ist letztlich der Bundesrat gefolgt, insbesondere im Hinblick auf das in § 1 Abs. 1 S. 2 RDG festgeschriebene gesetzgeberische Anliegen, Rechtsuchende vor nicht hinreichend qualifizierten Dienstleistungen zu schützen (s. Niederschrift der 855. Sitzung des Rechtsausschusses des Bundesrates – R0055 – Nr. 32/07 v. 24.10.2007 unter II zu Art. 1 § 2 Abs. 1 RDG [Begriff der Rechtsdienstleistung] und *BR-Drucks 705/07*).

Gemessen an diesen Kriterien sind die Antragstellung und das Betreiben des Verwaltungsverfahrens i.S.v. § 8 SGB X zur Erstfeststellung des GdB sowie der Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen nach dem SGB IX bis zur Bescheidung des Antrags nicht als Rechtsdienstleistung i.S.d. § 2 Abs. 1 RDG, sondern als bloße Rechtsanwendung anzusehen. **Ein Antragsteller muss bis zur Bescheiderteilung lediglich das von der Behörde vorgefertigte Formular ausfüllen und ihm vorliegende Belege über ärztliche Behandlungen beifügen bzw. die ladungsfähigen Anschriften der behandelnden Ärzte angeben.** Die Ärzte muss er zudem von ihrer ärztlichen Schweigepflicht entbinden. Hierbei handelt es sich ausschließlich um eine bloße tatsächliche Mitwirkung, die keine rechtliche Prüfung erfordert.

Nach § 69 Abs. 1 SGB IX stellen die für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes zuständigen Behörden auf Antrag des behinderten Menschen das Vorliegen einer Behinderung und den GdB von wenigstens 20 (s. § 69 Abs. 1 S. 6 SGB IX) fest. Entsprechende Feststellungen treffen diese Behörden auch hinsichtlich weiterer gesundheitlicher Merkmale für die Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen (§ 69 Abs. 4 SGB IX). § 69 Abs. 5 S. 1 SGB IX bestimmt, dass die zuständigen Behörden auf entsprechenden Antrag des behinderten Menschen „aufgrund einer Feststellung der Behinderung einen Ausweis über die Eigenschaft als schwerbehinderter Mensch, den GdB sowie im Falle des Absatzes 4 über weitere gesundheitliche Merkmale“ ausstellen. Den insoweit entscheidungserheblichen Sachverhalt ermittelt die jeweilige Behörde von Amts wegen (§ 20 SGB X). Folglich ist es für den Antragsteller bis zum Erlass des Erst-Bescheides nicht erforderlich, die tatsächlichen und rechtlichen Zusammenhänge selbst zu durchschauen.

In diesem Zusammenhang weist der Senat darauf hin, dass vorliegend ausschließlich eine Bewertung der Vertretungstätigkeit in einem erstmaligen Verwaltungsverfahren nach dem SGB IX vorzunehmen ist. Über einen Fall der Abwehr eines (beabsichtigten) Aufhebungsbescheides nach dem SGB IX mit der Erforderlichkeit einer vorherigen Anhörung (§ 24 SGB X) oder z.B. über den Fall eines Statusfeststellungsverfahrens nach § 7a SGB IV ist vorliegend nicht zu entscheiden.

bb) Anders verhält es sich mit der Tätigkeit eines Bevollmächtigten nach Erteilung eines Erstbescheides über den GdB und das Vorliegen der Voraussetzungen für Merkzeichen nach dem SGB IX. Für diesen Teil des Verwaltungsverfahrens ist der Kläger vom Beklagten zu Recht gemäß § 13 Abs. 5 SGB X zurückgewiesen worden. Insoweit liegt eine Rechtsdienstleistung des Klägers vor, ohne dass er sich auf § 5 Abs. 1 RDG (erlaubte Nebenleistung) berufen kann.

**Nach Erlass des Feststellungsbescheides wird erstmals eine echte (eigene) rechtliche Prüfung des Bevollmächtigten i.S.d. § 2 Abs. 1 RDG erforderlich, wenn es darum geht, ob vor dem Hintergrund der rechtlichen Voraussetzungen und der bestehenden funktionalen Einschränkungen Widerspruch eingelegt werden soll.** Es müssen die rechtlichen Zusammenhänge in den Blick genommen werden, um beurteilen zu können, ob alle relevanten Tatsachen vollständig und zutreffend gewürdigt worden sind. Aus dem Ergebnis dieser Prüfung folgt dann ggf. die Einlegung und Begründung eines Widerspruchs. Abweichende Verhältnisse sind für den vorliegenden Fall weder tatrichterlich festgestellt (vgl. § 163 SGG) noch vom Kläger geltend gemacht worden. Folglich hat für die Zeit nach Erteilung des Bescheides vom 25.5.2009 keine erlaubnisfreie Tätigkeit des Klägers mehr vorgelegen.

Die Rechtsdienstleistung des Klägers als Bevollmächtigter des Herrn B in dem Verfahren des Widerspruchs gegen den Bescheid vom 25.5.2009 ist nicht nach Maßgabe des § 5 RDG als erlaubt anzusehen. Nach Abs. 1 dieser Vorschrift sind Rechtsdienstleistungen im Zusammenhang mit einer anderen Tätigkeit erlaubt, wenn sie als Nebenleistung zum Berufs- oder Tätigkeitsfeld einer anderen Haupttätigkeit gehören. Ob eine Nebenleistung vorliegt, ist nach ihrem Inhalt, Umfang und sachlichen Zusammenhang mit der Haupttätigkeit unter Berücksichtigung der Rechtskenntnisse zu beurteilen, die für die Haupttätigkeit erforderlich sind (§ 5 Abs. 1 S. 2 RDG).

Nach Auffassung des Senats ist es bereits **zweifelhaft, ob die Vertretung von Mandanten im Widerspruchsverfahren nach dem SGB IX zum Berufs- und Tätigkeitsfeld von Steuerberatern gehört. Die Tätigkeit eines Steuerberaters ist die „Hilfeleistung in Steuersachen“** (vgl. §§ 2, 3 Nr. 1, 32, 33 StBerG). Nach § 33 S. 1 StBerG haben sie „die Aufgabe, im Rahmen ihres Auftrags ihre Auftraggeber in Steuersachen zu beraten, sie zu vertreten und ihnen bei der Bearbeitung ihrer Steuerangelegenheiten und bei der Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten Hilfe zu leisten“.

Steuerberatung ist mithin eine auf ein Fachgebiet beschränkte Rechtsberatung mit Berührungspunkten zum außersteuerlichen Recht. Letzteres ist teilweise auch Bestandteil des Steuertatbestandes, wie z.B. das Gesellschafts-, Erb- und Familienrecht. In diesen Fällen erstreckt sich die Beratungspflicht des Steuerberaters, falls dies mit Blick auf die steuerlichen Gegebenheiten unerlässlich ist, auf „fremde“ Rechtsgebiete, wie umgekehrt auch andere Berufe die Verpflichtung haben können, auf steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten hinzuweisen (vgl. *BSG, SozR 3-1300 § 13 Nr. 3 S. 7 f m.w.N.*).

Über eine solche Beratungstätigkeit hinaus gehören Verrichtungen auf anderen Rechtsgebieten nicht schon dann zum Berufsbild eines Steuerberaters, wenn bestimmte in diesem Bereich angesiedelte Tatbestände steuerrechtlich relevant sind. Da das Steuerrecht sehr viele Vorgänge erfasst, für die (auch) andere Rechtsvorschriften maßgebend sind, könnten sich Steuerberater sonst nahezu unbeschränkt auf praktisch allen Rechtsgebieten betätigen. **Es muss sich vielmehr im Einzelfall um eine Nebenleistung handeln, die ein Steuerberater mit seiner beruflichen Qualifikation ohne Beeinträchtigung des Schutzzwecks des RDG miterledigen kann. Dabei kommt es nicht auf die individuelle Qualifikation, sondern auf die allgemeine juristische Qualifikation des Rechtsdienstleistenden im Rahmen seiner Haupttätigkeit an** (vgl. *BT-Drucks 16/3655 S. 54; Dreyer/Müller in: Dreyer/Lamm/Müller, RDG, 2009, § 5 Rdnr. 30; Weth in: Henssler/Prütting, BRAO, 3. Aufl. 2010, § 5 RDG Rdnr. 12; Kleine-Cosack, RDG, 2. Aufl. 2008, § 5 Rdnr. 66*).

Insofern ist es von Bedeutung, dass das Schwerbehindertenrecht nicht zu den **Prüfungsgebieten der Steuerberaterprüfung** gehört (vgl. § 37 Abs. 3 StBerG). Dass sich das Berufsbild des Steuerberaters ohne eine entsprechende Rechtsgrundlage auf die Vertretung in Widerspruchsverfahren nach dem SGB IX erstrecken könnte, ist für den Senat nicht ersichtlich.

**Eine Sonderregelung, wie sie in § 13 Abs. 6 SGB X i.V.m. § 73 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 SGG enthalten ist, fehlt für den Bereich des Schwerbehindertenrechts.** Nach § 13 Abs. 6 SGB X können Personen nicht zurückgewiesen werden, die nach § 73 Abs. 2 S. 1 und 2 Nr. 3 bis 9 SGG zur Vertretung in sozialgerichtlichen Verfahren befugt sind. § 73 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 SGG sieht u.a. eine Vertretungsbefugnis für Steuerberater in Angelegenheiten nach den §§ 28h und 28p SGB IV vor. **Dadurch hat der Gesetzgeber unter Anerkennung der in einem bestimmten Bereich rechtsdienstleistenden Tätigkeiten von Steuerberatern bestimmt, dass diese in Verfahren ihrer Auftraggeber gegenüber den Einzugsstellen und bei Betriebsprüfungsverfahren gegenüber den Rentenversicherungsträgern vertretungsbefugt sein sollen.**

Für das Gerichtsverfahren hat er deren Vertretungsbefugnis damit konkludent auf die ausdrücklich bezeichneten Angelegenheiten beschränkt: „Neu ist die Vertretungsbefugnis der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer sowie der ihnen im Steuerberatungsrecht gleichgestellten Personen und Gesellschaften in sozialgerichtlichen Verfahren, die Angelegenheiten des § 28h und des § 28p des Vierten Buches Sozialgesetzbuch betreffen. Mit diesen Verfahren, die die Einziehung des Gesamtsozialversicherungsbeitrags durch die gesetzlichen Krankenkassen (Einzugsstellen) und die Beitragsprüfung betreffen, sind Steuerberater außergerichtlich regelmäßig befasst. Sie sind hier in besonderer Weise sachkundig ...“ (*BT-Drucks 16/3655 S. 95; vgl. dazu Leitherer in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer, SGG, 10. Aufl. 2012, § 73 Rdnr. 22*).

Für das Verwaltungsverfahren ist darin lediglich eine positive Regelung der Vertretungsbefugnis von Steuerberatern zu sehen, die als Sondervorschrift i.S.v. § 3 RDG neben den all-

gemeinen Bestimmungen des RDG steht, welche die außergerichtliche Rechtsdienstleistung betreffen (a.A. z.B. *SG Aachen, Urt. v. 27.11.2009 – S. 6 R 217/08, DStR 2010, 76 = juris Rdnr. 27; nachgehend LSG Nordrhein-Westfalen, Urt. v. 23.2.2011 – L 8 R 319/10, ASR 2012, 70 Rdnr. 42*). Andererseits scheidet auch eine analoge Anwendung von § 13 Abs. 6 SGB X i.V.m. § 73 Abs. 2 S. 2 Nr. 4 SGG auf Feststellungsverfahren nach dem SGB IX mangels Regelungslücke von vornherein aus (vgl. *dazu LSG NRW, Urt. v. 23.2.2011 – L 8 R 319/10, ASR 2012, 70 Rdnr. 42 m.w.N.*).

Unabhängig von den genauen Grenzen des Berufsbildes ist die Beratung und Vertretung von Mandanten nach Erlass eines Feststellungsbescheides nach dem SGB IX unter Berücksichtigung aller relevanten Umstände keine Nebenleistung eines Steuerberaters i.S.d. § 5 Abs. 1 RDG.

Der **Begriff der Nebenleistung** wird in § 5 Abs. 1 S. 2 RDG umschrieben. Danach kommt es auf den Inhalt, den Umfang und den sachlichen Zusammenhang der Nebenleistung mit der Hauptleistung sowie auf die Rechtskenntnisse an, die für die Haupttätigkeit erforderlich sind. Anders als noch im RBerG vorgesehen, ist es nach dem Wortlaut der Vorschrift unerheblich, ob die als Nebenleistung erbrachte Tätigkeit selbst auch eine Hauptleistung sein kann oder ob die Haupttätigkeit auch ohne die Nebenleistung überhaupt erbracht werden kann.

Dementsprechend ist der Anwendungsbereich des § 5 Abs. 1 RDG nicht auf solche rechtlichen Nebenleistungen beschränkt, ohne die, wie z.B. bei der Erfüllung von Beratungs- und Aufklärungspflichten, die Haupttätigkeit nicht ordnungsgemäß ausgeführt werden kann (vgl. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Rechtsberatungsrechts: *BR-Drucks 623/06 S. 106 ff = Begründung zum Regierungsentwurf in BT-Drucks 16/3655 S. 51 ff; BGH, Urt. v. 4.11.2010 – IZR 118/09, MDR 2011, 680 = juris Rdnr. 35 m.w.N.; BGH, Urt. v. 6.10.2011 – IZR 54/10, DB 2012, 458 Rdnr. 22 m.w.N.; BGH, Urt. v. 31.1.2012 – VI ZR 143/11, BGHZ 192, 270 Rdnr. 11*). ■ (...)

## Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

### Heft 1–6

#### Amtspflichtverletzung

- StB-Kosten 2015, 54
- Vorauszahlungsbescheid 2015, 54

#### Anwaltschaftung

- Anderkonto 2015, 183
  - = Praxisabwickler
- Beratungspflichten 2015, 176
  - = Restschuldbefreiung
  - = Insolvenzantrag 2015, 176



– Berufungsbegründung = Streitgegenstände, mehrere – Angriffspunkte	2015, 139	<b>Handakte des Anwalts</b> – Zurückbehaltungsrecht = > ohne Anlass	2015, 134
– Dritthaftung = Treuhandkonto	2015, 53	<b>Honoraranspruch des Rechtsanwalts</b> – Erfolgshonorarvereinbarung = Aufklärungspflicht	2015, 39
– Fristenkontrolle = Ausgangskontrolle – abendliche	2015, 3	= Betrugstatbestand	2015, 39
= Fristenkontrollbuch – Erledigungsvermerk	2015, 3	– Honorarvereinbarung = Formunwirksamkeit, § 3a RVG	2015, 42
– Praxisabwickler = Sicherungsmaßnahmen	2015, 183	= Gebühren, gesetzliche	2015, 42
– Rechtsanwalt = Beihilfe zur Erpressung	2015, 136	– Zeitgebühr = Aufzeichnungen	2015, 36
= Beratungspflichten – unklare Rechtslage	2015, 82	= Leistungsbeschreibung	2015, 36
– Verfallssumme	2015, 82	<b>Honorar des Steuerberaters</b> – Abtretung	2015, 103
= Email	2015, 90	– Inkasso	2015, 103
= Mandantenkorrespondenz – Email	2015, 90	– Kündigung des StB-Vertrages = Honorar, § 628 BGB	2015, 166
– Spam-Filter	2015, 90	– Pauschalgebühr, § 14 StBVV = Kündigung des StB-Vertrages	2015, 166
= Treuhänder	2015, 69	<b>Notarhaftung</b> – Notar	
– Schaden = Darlegungslast	2015, 51	= Reserveursache	2015, 66
= „Schrottimmobilie“	2015, 139	= Verzögerung, Notar	2015, 66
= Rückabwicklung – Investition	2015, 139	– Verjährung, §§ 195, 199 BGB = Kenntnis der anspruchsbegründenden Tatsachen	
– Schädigung, sittenwidrige = Beihilfe zur Erpressung	2015, 136	– Beurteilung, rechtliche	2015, 162
– Treuhänder = Rechtsanwalt	2015, 53	<b>Prozessauftrag</b> – Beweisantrag, § 403 ZPO	2015, 19
= Schuldverhältnis eigener Art	2015, 53	<b>Rechtsanwalt</b> – Auftragsinhalt	
= Sittenwidrige Schädigung	2015, 69	= >, beschränkter	2015, 30
– Verjährung, §§ 195, 199 BGB = Kenntnis der anspruchsbegründenden Umstände	2015, 87	– Beweisantrag, § 403 ZPO	2015, 19
– Schadeneintritt	2015, 87	– Kündigungsschutzklage = „Minimalvergleich“	2015, 25
– Verjährungsunterbrechung = Klagezustellung, verzögerte	2015, 139	– Rechtskenntnis	2015, 59
– Gerichtskostenvorschuss	2015, 139	– Vergleich = >, ungünstiger	2015, 25
– Wiedereinsetzung = Postausgangskontrolle	2015, 3	– Verhandlungsauftrag	2015, 30
<b>Anwaltshaftungsprozess</b> – Prozessuale Fragen = Befangenheit d. Richters	2015, 74	<b>Rechtsberatung/-besorgung/-dienstleistung</b> – Antrag, Schwerbehinderung	2015, 186
<b>Belehrungspflicht des StB/WP</b> – Nachzahlungszinsen	2015, 16	– Sozialgericht = Schwerbehindertenrecht	2015, 186
<b>Haftung des Insolvenzverwalters</b> – Insolvenzverwalter = Sonderverwalter = Verjährung, §§ 195, 199 BGB – Kenntnis des Sonderverwalters	2015, 106	– Widerspruchsverfahren	2015, 186
– Verjährung, §§ 195, 199 BGB = Kenntnis der anspruchsbegründenden Umstände	2015, 106	<b>Schaden</b> – Nachzahlungszinsen	2015, 16
– Kenntnis des Sonderverwalters	2015, 106	<b>Sozietät</b> – Ausscheiden des Gesellschafters = Briefkopf	2015, 27
		= Mandanteninformation	2015, 27
		= Nachhaftung	2015, 27

= Scheinsozius	2015, 27
= Türschild	2015, 27
– Scheinsozius	
= Ausscheiden	2015, 27

### Steuerberaterhaftung

– Belehrungspflicht des StB/WP	
= Fehler	
– > des Vorberaters	2015, 98
= Umsatzsteuer	
– Heilbehandlung	2015, 155
– Fahrtauglichkeitstest	2015, 155
– Kenntnis des Steuerrechts	
= BFH-Rechtsprechung	2015, 171
= Fachpresse	2015, 88
= Rechtsprechung, höchstrichterliche	2015, 171
= Rechtsprechungsänderungen	2015, 157
– Umsatzsteuerfreiheit für Berufsbetreuer	2015, 150
= Verfassungsmäßigkeit der Steuergesetze	
– Eingetragene Lebenspartnerschaft	2015, 115
= Vorlagebeschluss	
– > zum EuGH	2015, 150, 157
– Lohnbuchhaltung	
= Auftragsinhalt	2015, 152
= Steuerfreie Zuschläge	2015, 152
= Vertragsgestaltung	2015, 152
– Mandatsübernahme	
= Überprüfungspflicht der Arbeitsergebnisse	2015, 146
– Mittelverwendungskontrolle	
= Verjährung	2015, 108
– Praxisveräußerung	
= Mandatsübernahme	2015, 146
– Rechtsberatung/Rechtsbesorgung	
= > durch Steuerberater	2015, 98
– Schaden	
= Gewinn, entgangener	
– Kalkulation	2015, 155
= Kalkulationsschaden	
– Marktsituation	2015, 155
– USt	2015, 155
= Schadenbegriff, normativer	2015, 121
= Schadenbetrachtung, konsolidierte	2015, 71, 109
= Steuerberatungshonorar, vermeidbares	2015, 155
= Steuerzinsen	
– Renditevorteil	2015, 155
– Steuerberatungsvertrag	
= Pflichten	
– zur allgemeinen Rechtsberatung	2015, 98
= Rechtsprüfung bei unklarer Rechtslage	2015, 75
= Regress gegen den Vorberater	2015, 98
– Steuergesetze	
= Verfassungswidrigkeit	2015, 115
– Verjährung, § 68 StBerG a.F., § 51a WPO a.F.	
= Kostenschaden	2015, 100
= Mittelverwendungskontrolle	2015, 108
= Teilschaden	2015, 100
– Verjährung, §§ 195, 199 BGB	2015, 88
– Vorberater	
= Mandatsübernahme	2015, 146
– Vorteilsausgleichung	
= Festsetzungsverjährung	2015, 146

### Verjährung, § 51 BRAO a.F., § 51b BRAO a.F.

– Verjährungsbeginn	
= Rücknahme eines Widerspruchs	2015, 22

### Verjährung, § 68 StBerG a.F., § 51a WPO a.F.

– Verjährungsbeginn	
= Rücknahme eines Widerspruchs	2015, 22

### Versicherungsschutz

– Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB)	
= Pflichtverletzung, wissentliche	2015, 130
– Auskunftsobliegenheit	2015, 6
– Bindungswirkung	
= Haftpflichturteil	2015, 175
– Gründungskommanditist	2015, 123
– Mittelverwendungskontrolle	
= Versicherungsschutz	2015, 168
– Pflichtverletzung, wissentliche	
= Auszahlung, ungeprüfte	
Notaranderkonto	2015, 13
= Beweislast	2015, 34
= Kardinalpflichten	2015, 34
= Liquiditätsplan	2015, 34
– Trennungsprinzip	
= Bindungswirkung	2015, 175
– Treuhänder	
= Versicherungsschutz	
– Pflichtverletzung, wissentliche	2015, 130
– Treuhandkommanditist	2015, 62
– Treuhandtätigkeit	
= Handlungsspielraum	2015, 175
– Versicherungsschutz	
= Mittelverwendungskontrolle	2015, 168
= Pflichtverletzung, wissentliche	
– Mittelverwendungskontrolle	2015, 168
– Weitere unbewusste Pflichtverletzung	2015, 130

### Wiedereinsetzung

– Krankheit	
= > des Prozessbevollmächtigten	2015, 36

### Wirtschaftsprüferhaftung

– Abschlussprüfung	
= Dritthaftung	2015, 46
– Dritthaftung	
= Abschlussprüfung	2015, 46
= Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter	
– Kreditgeber	2015, 46
– Insolvenz des Steuerberaters	
= Zug-um-Zug-Forderung	2015, 131
– Verjährungsunterbrechung	
= Anmeldung einer Zug-um-Zug-Forderung	
in Insolvenzverfahren	2015, 131

OGH v. 9.7.2014 – 7 Ob 70/14	2015, 9
BGH v. 27.2.2014 – III ZR 364/13	2015, 108
BGH v. 22.5.2014 – IX ZR 147/12	2015, 166
BGH v. 5.6.2014 – IX ZR 137/12	2015, 42
BGH v. 17.7.2014 – IX ZR 301/12	2015, 106

BGH v. 11.9.2014 – III ZR 217/13	2015, 162
BGH v. 25.9.2014 – 4 StR 586/13	2015, 39
BGH v. 25.9.2014 – IX ZR 25/14	2015, 103
BGH v. 22.10.2014 – IV ZR 303/13	2015, 6
BGH v. 22.10.2014 – XII ZB 257/14	2015, 36
BGH v. 3.11.2014 – AnwSt(R) 5/14	2015, 134
BGH v. 4.11.2014 – VIII ZB 38/14	2015, 3
BGH v. 11.12.2014 – IX ZR 177/13	2015, 36
BGH v. 17.12.2014 – IV ZR 90/13	2015, 34
BGH v. 18.12.2014 – IX ZB 65/13	2015, 74
BGH v. 5.2.2015 – IX ZR 167/13	2015, 71
BGH v. 10.2.2015 – VI ZR 569/13	2015, 69
BGH v. 12.2.2015 – III ZR 29/14	2015, 66
BGH v. 23.4.2015 – IX ZR 176/12	2015, 100
BGH v. 7.5.2015 – IX ZR 186/14	2015, 98
BGH v. 21.5.2015 – III ZR 384/12	2015, 131
BGH v. 27.5.2015 – IV ZR 322/14	2015, 130
OLG Bremen v. 17.10.2012 – 1 W 37/12	2015, 87
OLG Bremen v. 20.11.2014 – 3 U 17/14	2015, 13
OLG Celle v. 23.8.2012 – 16 U 8/12	2015, 54
OLG Celle v. 26.2.2014 – 4 U 18/13	2015, 146
OLG Düsseldorf v. 2.8.2012 – 24 U 110/11	2015, 176
OLG Düsseldorf v. 28.4.2014 – 24 U 87/13	2015, 27
OLG Düsseldorf v. 4.11.2014 – I-23 U 168/13	2015, 16
OLG Düsseldorf v. 21.1.2015 – I-23 U 100/09	2015, 46
OLG Frankfurt v. 10.6.2015 – 2 U 201/14	2015, 136
OLG Hamm v. 12.8.2014 – 28 W 11/14	2015, 22
OLG Hamm v. 14.8.2014 – 28 U 37/13	2015, 139
OLG Koblenz v. 20.1.2014 – 5 U 1591/13	2015, 30
OLG Koblenz v. 29.4.2014 – 5 U 316/14	2015, 25
OLG Koblenz v. 25.11.2014 – 5 U 904/14	2015, 51
OLG Köln v. 2.6.2014 – 9 U 157/13	2015, 175
OLG Köln v. 28.10.2014 – 19 U 21/14	2015, 82
OLG Köln v. 25.2.2015 – 16 U 50/14	2015, 109
OLG Köln v. 26.3.2015 – 8 U 27/07	2015, 75
OLG München v. 8.10.2014 – 7 U 850/14	2015, 53
OLG München v. 17.9.2015 – 23 U 1751/14	2015, 168
OLG Naumburg v. 27.8.2015 – 4 U 90/14	2015, 171
OLG Saarbrücken v. 14.8.2014 – 4 U 146/13	2015, 19
LG Bonn v. 10.1.2014 – 15 O 189/13	2015, 90
LG Bonn v. 19.6.2015 – 15 O 444/14	2015, 152
LG Halle v. 21.11.2014 – 3 O 210/14	2015, 88
LG Halle v. 4.5.2015 – 4 O 346/14	2015, 115
LG Halle v. 3.8.2015 – 6 O 83/15	2015, 150
LG Kleve v. 22.4.2015 – 1 O 89/11	2015, 160
LG Koblenz v. 21.1.2015 – 15 O 248/14	2015, 121

LG Koblenz v. 17.6.2015 – 15 O 362/14	2015, 155
LG Köln v. 3.7.2013 – 20 O 431/12	2015, 62
LG Magdeburg v. 9.6.2015 – 11 O 258/15	2015, 157
LG München I v. 12.7.2013 – 3 O 28931/11	2015, 123
LG München I v. 14.1.2015 – 30 O 27783/13	2015, 59
AG Marl v. 11.9.2014 – 24 C 492/13	2015, 183
BSG v. 14.11.2013 – B 9 Sb 5/12 R	2015, 186

## GI Literatur-Ecke

**Armbrüster/Schreier:** Abgrenzung von Änderung und Neuabschluss (Novation) eines Versicherungsvertrages, *VersR* 2015, 1053

**Burkert/Cranshaw/Bail:** Gläubigerbenachteiligung in einer Bankenkrise und die Behandlung von Treuhandverhältnissen, *DZWIR* 2015, 443

**Esskandari/Schmitt:** Steuerberaterhaftung: Verjährungsbeginn des Anspruchs auf Erstattung der Beraterkosten des neuen steuerlichen Beraters bei fehlerhafter steuerlicher Gestaltung des Vorberaters, *StBW* 2015, 593

**Gehm:** Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern gem. § 160 AO – Risikoprofil in der Praxis, *StBp* 2015, 283

**Jung:** Vorvertragliche Informationspflichten des Rechtsanwalts, *AnwBl* 2015, 724

**Kilian:** Anmerkung: Zur Frage der Verjährung eines Schadenersatzanspruchs wegen fehlerhafter Beratung durch einen Rechtsanwalt, *WuB IV A* § 199 BGB 2.14

**Meixner:** Anmerkung: Zur Frage der Verjährung eines Anspruchs aus Steuerberaterhaftung, *DStR* 2015, 1888

**Roessink:** Anwaltshaftung bei fehlender Befristung im naheheiligen Unterhalt, *FamRB* 2015, 374

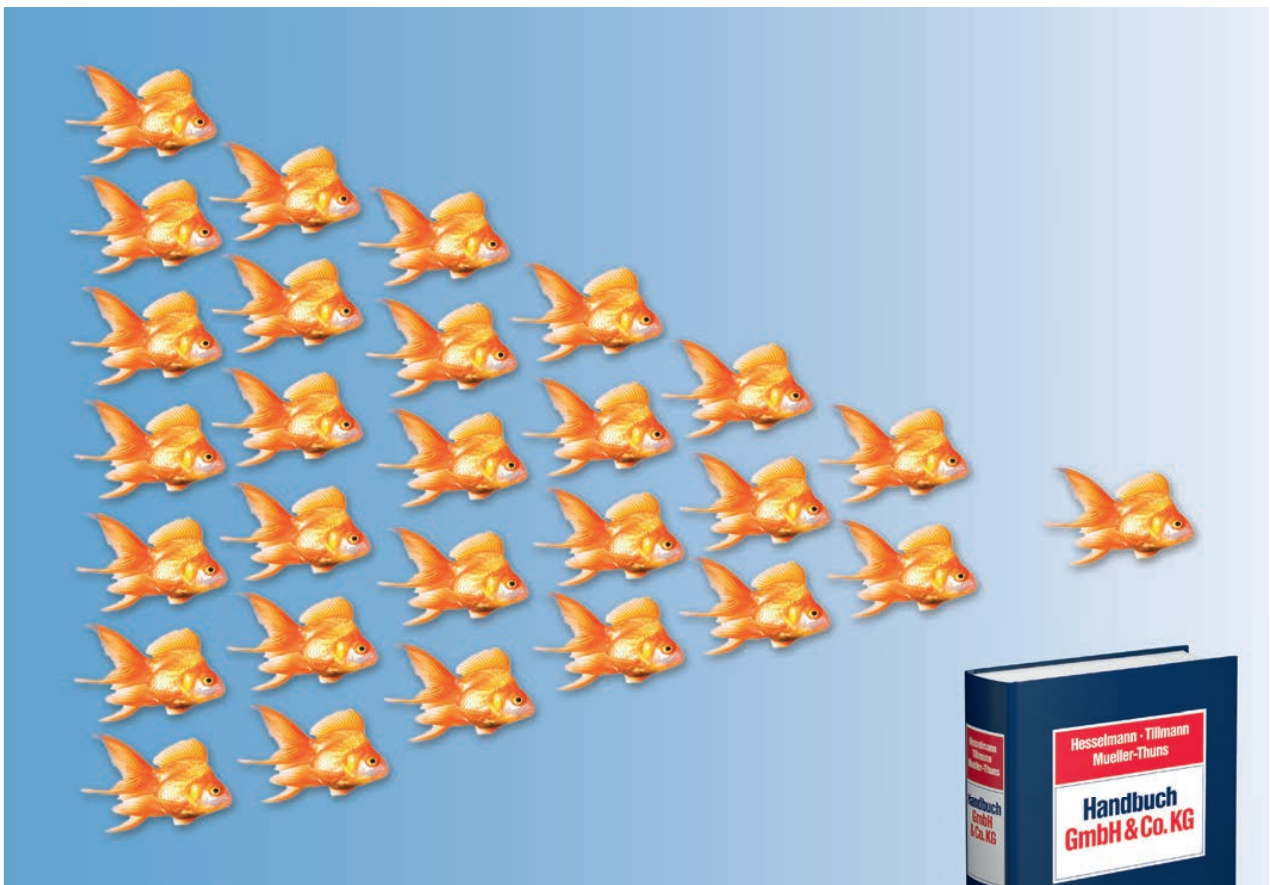
**Schwaiger:** Die missglückte Wahrnehmung des Regressanspruchs im (Unfall-)Mandat, *AnwBl* 2015, 802

**Therstappen:** Serienschäden bei Anwälten – Massenverfahren und Versicherungssummen, *AnwBl* 2015, 708

**Vrzal:** Anmerkung: Neuer Anwaltsfehler im Anwalts haftungsprozess, *VersR* 2015, 1169

**Werner:** D&O-Versicherung und Schiedsverfahren, *VersR* 2015, 1084

# Jede Gesellschaft hat ihre Vorbilder.



Für die GmbH & Co. KG und ihre Berater ist das gleichnamige Handbuch seit jeher Vorbild für eine ganzheitliche Gestaltungsberatung. Weil es das notwendige Wissen aus dem Kapital- und Personengesellschaftsrecht bündelt und neben den gesellschafts- auch alle steuerrechtlichen Aspekte im Zusammenhang behandelt. Übersichtlich, gut verständlich, praxisnah.

Dabei führt Sie der systematische Aufbau des Werkes immer schnell vom Problem zur Lösung. Mit vielen Gestaltungshinweisen, Fallbeispielen und einem Anhang mit ausführlichen Vertragsmustern. Mit neuen Themen wie die Gesellschaft im internationalen Steuerrecht oder die vermögensverwaltende GmbH & Co. KG. Mit vertiefter Behandlung des (IFRS-)Konzernabschlusses bei Personengesellschaften oder der Weiterentwicklung der Publikums-KG unter Geltung des Kapitalanlagegesetzbuches. Und einem Ausblick auf die anstehende Erbschaftsteuerreform. Das sind alles Vorteile, die Ihnen kein Kommentar zu bieten vermag.

Handbuch GmbH & Co. KG. Jetzt Probe lesen und bestellen bei [www.otto-schmidt.de/co21](http://www.otto-schmidt.de/co21)



Hesselmann/Tillmann/Mueller-Thuns **Handbuch GmbH & Co. KG** Gesellschaftsrecht – Steuerrecht. Herausgegeben von RA, WP, StB Dr. Thomas Mueller-Thuns. Bearbeitet von 14 renommierten Praktikern. 21., neu bearbeitete Auflage 2016, 1.401 Seiten Lexikonformat, gbd. 149,- €. ISBN 978-3-504-32520-6

**otto****schmidt**



# Ab jetzt ist mehr für Sie drin.



Lerch **Beurkundungsgesetz – Dienstordnung – Richtlinienempfehlungen** Kommentar. Von RiLG a.D. Dr. Klaus Lerch. 5. neu bearbeitete Auflage 2015, 693 Seiten DIN A5, gbd. 79,80 €. ISBN 978-3-504-06259-0.

Die Beurkundung ist das zentrale Thema im beruflichen Alltag des Notars – und deshalb ist perfekte, topaktuelle Arbeitsliteratur gerade hier unverzichtbar. Da kommt die Neuauflage des „Lerch“ gerade recht: Die Kommentierung bietet dem Notar praktikable Arbeitshilfen, um im Tagesgeschäft rasch zu belastbaren Lösungen zu gelangen. Die Darstellung ist durch und durch an den Bedürfnissen des Notariats orientiert und entsprechend gewichtet, zahlreiche praktische Hinweise erhöhen den Nutzwert dieses Konzeptes zusätzlich und erleichtern so die tägliche Arbeit.

Die 5. Auflage wurde erweitert um eigenständige Erläuterungen zur **Dienstordnung** für Notare und zu den **Richtlinienempfehlungen** der Bundesnotarkammer; die europarechtliche Literatur und Rechtsprechung zum Berufsrecht wurde umfassend berücksichtigt. Und: Alles natürlich auf aktuellstem Stand von Rechtsprechung, Gesetzgebung und notarrelevanter Standardliteratur.

Lerch, Beurkundungsgesetz. Schauen Sie mal rein bei **[www.otto-schmidt.de/lbu5](http://www.otto-schmidt.de/lbu5)**

## Service-Fax

**(0511) 645 111 3661**

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

## Worauf Sie sich verlassen können:

HDI steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgelösungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus Industrie, mittelständischen Unternehmen, den Freien Berufen und Privathaushalten.

Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service. Die HDI Versicherung AG bietet ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung abdeckt: Es reicht von unserem innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen über unsere leistungsfähigen Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für den Privathaushalt.

HDI gehört zum Talanx-Konzern, der nach Beitragseinnahmen drittgrößten deutschen Versicherungsgruppe.

## Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende,  
rechts- und steuerberatende Berufe · ISSN 2199-5478

### Herausgeber

HDI Versicherung AG, Nicole Gustiné, Produktmarketing Sach  
HDI-Platz 1, 30659 Hannover, Fax: (0511) 645 111 3661  
E-Mail: [nicole.gustine@hdi.de](mailto:nicole.gustine@hdi.de)

### Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht  
Fachanwalt für Versicherungsrecht  
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI-Gerling (verantwortlich für den Inhalt)

### Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

### Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

### Abonnementservice

Fax: (0511) 645 111 3661

### Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

### Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen

**ottoschmidt**

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Postfach 511026, 50946 Köln  
Postvertriebsstück G 31191, Entgelt bezahlt